

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Nr. 4
vom 24. Jan. '86
20. Jahrgang
Preis 1,— DM

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Diese Woche

Sondernummer!

Diese Ausgabe des Roten Morgen erscheint als Sondernummer zur Vorbereitung des 6. Parteitags der KPD. Sie enthält den Tätigkeitsbericht des ZK der KPD und die Anträge der Genossinnen und Genossen bzw. Delegiertenversammlungen an den Parteitag.

★★★★★★★★★★★★

Weihnachtsgeschichte

★★★★★★★★★★★★

Weihnachten feiert jeder auf seine Art, mit Eltern, alleine, mit Geschenken oder ganz ohne...! Aber daß einer von uns seinem Vorgesetzten, z. B. seinem Hauptmann ein Geschenk für das Heilige Fest zukommen läßt, dürfte sehr selten sein.

Jedoch den Oberst von Heygendorff mit einem Geschenk zu beglücken...?

Einige Soldaten haben es gewagt. Ein Geschenk ganz besonderer Art und von Herzen wie es scheinen mag. Sie haben ganz einfach den Oberst zu Hause besucht und ihm seinen kleinen Golf beschriftet...!

Als am besagten Morgen der „Wachhund“ (Zitat aus der Erklärung) mit seinem Auto in die Kaserne fahren wollte, entdeckte er es besprüht mit „Soldatenschinder“, „Wachausgleich“ etc. Da es sich nicht um Lack zu handeln schien, konnte der Oberst die Sprüche entfernen.

Als er sich jedoch nach getaner Arbeit in seinen Golf DT-JY-21 setzen wollte, stank es ihm doch ein wenig, denn die Kameraden hatten die Sitze noch mit „übel riechender Buttersäure“ (Zitat) parfümiert. Aus dem gefürchteten Auto wurde ein stinkender Käsewagen. Doch der Oberst kennt seine Feinde, ist er doch entsprechend gut geschult von seinem Lehrgang zurück, und setzte sich mitten in den Gestank hinein. Mit offenen Fenstern ging es dann gen Augustdorf, der Kopf vom Oberst hing zum Fenster hinaus — stank es doch gar zu fürchterlich.

Im Stab der PzBrig 21 angelangt, war der erste Befehl an einen Soldaten der Instandsetzung 210 das Reinigen der Sitze. Doch längst stank nicht mehr nur der von Wachen gefürchtete rote Bomber (Golf). Nein, mittlerweile stank auch der ganze Oberst. Auf die heißgeliebte Meldung des Schließerpotsens im Stab verzichtete er diesmal und zog mit seiner Fahne von dannen. (...)

In der Erklärung wurde die Aktion mit der Forderung nach Wachausgleich begründet und die Soldaten dazu aufgefordert, nicht zu resignieren, sondern sich zu wehren. Diese Aktion zeige geradezu, daß man sich auch anders wehren könne und mit ein bißchen Geduld, Mut und Phantasie nicht machtlos sei.

Aus „Rührt Euch“ (Bielefelder Soldatenzeitung)

CDA auf Kurs

Massenaktionen gegen Änderung des § 116 tun not!

Der Versuch, den Widerstand gegen den geplante Änderung des § 116 auf die parlamentarische Ebene zu beschränken, die Appelle der CDA, sie sollten ihrem Vorsitzenden Blüm die Gefolgschaft verweigern sind in den ersten Januarwochen endgültig gescheitert. Zwar gab es aus diesen Reihen etwas Kritik, aber die Parteiräson der CDU wurde obenangestellt. Daß nur der Massenwiderstand, der „Druck der Straße“, den Kohl und Co. so sehr hassen, Erfolg in diesem Kampf bringen kann, erscheint nach dieser Entwicklung um so deutlicher.

Und diese Mobilisierung des Massenwiderstandes ist, zieht man nüchtern Bilanz, in den ersten Wochen des neuen Jahres nicht mit derselben Konsequenz betrieben worden, wie vor Weihnachten. Genau dies tut not und muß noch gesteigert werden. Dies war auch oft genug Tenor auf den zahlreichen Funktionskonferenzen auf Kreisebene in den letzten Wochen — in Sindelfingen deutlich gemacht mit der großen Demonstration vor der Konferenz (siehe Bild). Die Reaktion zieht derweil alle Register, um Verwirrung und Unsicherheit zu säen: Sei es die heuchlerische Kampagne um den Protest gegen Wallmanns Auftritt beim Frankfurter DGB, der nachzugeben ausgesprochen falsch war oder jetzt, wenn ausgerechnet die Bonner Skandalregierung die Frage der „Neuen Heimat“ aufwirft.



Präsidentschaftswahl in Portugal: Stoppt Kohls Freund!

Das ist eine der Losungen, mit der linke und unabhängige Kräfte die Kandidatur der ehemaligen UNESCO-Botschafterin Maria Lourdes Pintasilgo bei der Präsidentschaftswahl in Portugal am kommenden Sonntag unterstützen. Gemeint ist Freitas do Amaral, Kandidat der portugiesischen Rechten bei dieser Wahl.

Amarals Programm ist einfach: Um jeden Preis ausländisches Kapital ins Land holen, damit auch Portugal vom „europäischen Aufschwung“ profitieren könne. Er kann im ersten Wahlgang (absolute Mehrheit nötig, wenn keiner sie erreicht, gehen die zwei Besten in den zweiten Gang) nach verschiedenen Umfragen mit 40 bis 45 Prozent der Stimmen rechnen. Zweiter Kandidat ist Mario Soares (PS), der frühere zweifache Ministerpräsident, der sich landauf, landab als Bollwerk gegen den Kommunismus an-

preis — in der Tat seine einzige profilierte Wahlaussage. Zweiter Kandidat aus den Reihen der PS ist der Rechtsanwalt Salgado Zenha, dessen Kandidatur von der KP Portugals und der PRD des bisherigen Staatspräsidenten Ramalho Eanes unterstützt wird. Soares liegt nach Umfragen bei 21 Prozent, Zenha (oft als politischer Verteidiger zu Salazars Zeiten) bei 16 Prozent. Die KP Portugals hat außerdem mit Angelo Veloso noch einen eigenen Kandidaten aufgestellt, was die Verwirrung der eigenen Anhänger vergrößert.

Bert.

Mit 21 Prozent in den Umfragen liegt auch die unabhängige Kandidatur von Frau Lourdes Pintasilgo weit vorne. Sie wird auch ausdrücklich von der KPP (Wiederaufgebaut) und der UDP unterstützt — vor allem, weil die portugiesischen Marxisten-Leninisten und Antifaschisten in der unabhängigen Kandidatur Pintasilgos (mit einem deutlichen Programm gegen Reaktion und IWF) die einzige Chance zum Wahlsieg in der zweiten Runde gegen die Rechte sehen, eine Möglichkeit, die Soares sowieso nicht, aber auch Zenha nicht hat, die jeweils KP- oder PS-Wähler nicht mobilisieren könnten, während es an der Basis beider Parteien wichtige Strömungen für Frau Pintasilgo gibt. Erreicht sie im ersten Wahlgang den zweiten Platz, kann die zweite Runde gegen die Rechte gewonnen werden.

Rundreise des PAC-Vorsitzenden Johnson Mlambo kommt in die BRD

Ende Februar kommt der Vorsitzende des Pan Africanist Congress (PAC), einer der schwarzen Befreiungsbewegungen aus Azania (Südafrika) zu einer Rundreise in die BRD. Nach unseren letzten Informationen wird er eine Woche später als ursprünglich geplant in die Bundesrepublik kommen, weshalb die bisherigen Veranstaltungstermine sich wie folgt ändern:

Hamburg, Dienstag, 18. Februar (statt 11.2.). Dortmund, Mittwoch, 19. Februar, (statt 12.2.). München, Freitag, 21. Februar (statt 14.2.). Stuttgart, Samstag, 22. Februar (statt 15.2.). Wir hoffen, trotz der plötzlich aufgetretenen organisatorischen Probleme in der nächsten Ausgabe des RM diese Termine endgültig bestätigen zu können und die einzelnen Veranstaltungsstätten und die jeweilige Uhrzeit bekanntmachen zu können.

Die Delegation des PAC, die von den Organisationen der im „Beilagenkreis“ zusammenarbeitenden revolutionären Sozialisten eingeladen wurde, wird nach der Abreise von der Konferenz der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) aus Lagos noch — auf Einladung — einen Besuch in Jugoslawien machen und dann in die BRD reisen. Der Delegation gehört u.a. neben dem PAC-Vorsitzenden Johnson Mlambo noch Gora Ibrahim an. Gora Ibrahim ist der UNO-Vertreter des PAC in New York und auch einer der Gründer des PAC und Leitungsmitglied. Nach den bisherigen Absprachen wird Genosse Ibrahim länger in der BRD bleiben und über die vier

Veranstaltungen mit Genossen Mlambo hinaus noch in verschiedenen Orten auf Veranstaltungen reden und diskutieren. Für diese Veranstaltungen sind — ungefähr ab dem 24. Februar — folgende Orte in Aussicht genommen: Ulm, Freiburg, Konstanz, Schweinfurt (oder Würzburg), Regensburg, Graz, Frankfurt, Münster, Göttingen, Oldenburg, Rendsburg und Westberlin (in dieser Reihenfolge).

Auch hier hoffen wir in allernächster Zeit genaue Termine und Veranstaltungsstätten bekanntgeben zu können. Wir bitten, die etwas chaotische Organisation zu entschuldigen, die Organisation dieser Rundreise — über tausende Kilometer hinweg — ist etwas sehr schwierig.

Wir möchten an dieser Stelle nicht versäumen, auf die Spendensammlung hinzuweisen, die zur Informationsreise gemacht wird. Der Ertrag — wir wollen 20000 Mark zusammenbekommen — dient dem Ausbau des Informationswesens des PAC. Ein Spendenkonto ist eingerichtet: Spendenkonto: R. Lötzer, BfG, Köln, Kto.-Nr. 2154424600 (BLZ 37010111).



Das Plakat, mit dem für die Veranstaltungen mit Genossen Mlambo geworben wird. „Izwe lethu“ — „Das Land gehört uns“ steht auf dem Plakat, das den Veranstaltern zur Verfügung gestellt wird.

Anträge an den 6. Parteitag

20

Antrag an den 6. Parteitag

Betr.: Thesen „der weitere politische Parteiaufbau“
In der Resolution „Der weitere politische Parteiaufbau“ sind in dem Abschnitt „Elemente des politischen Parteiaufbaus“ unter der Erläuterung zu Punkt 1 folgende Punkte der Aufzählung hinzuzufügen;

hinter „Zu dieser inhaltlichen Entwicklung gehört:“

- Die Anleitung der Grundeinheiten bei der Organisation von Schulungen, insbesondere zur Aneignung des wissenschaftlichen Sozialismus.

- Die Organisation von Wochenend- und Wochen-schulungen zur Vermittlung des wissenschaftlichen Sozialismus und seiner Verbindung mit der aktuellen Tagespolitik.

- Die Durchführung von theoretischen Untersuchungen und ihre Veröffentlichungen.

MV-Rheinland

21

Antrag an den 6. Parteitag

Retrifft: ZK-Thesen: „der weitere politische Parteiaufbau“ im RM 50/85

Der Parteitag möge beschließen:

In der weiteren Arbeit am politischen Parteiaufbau muß das Verhältnis zwischen Leitung und anderen Mitgliedern der Partei sowie das Verhältnis der Mitglieder untereinander bezüglich der Diskussion, Informationsweitergabe und Meinungsbildung bewußt aufgegriffen werden und die hier existierenden Probleme offensiv diskutiert und, so gut es geht, gelöst werden.

Begründung:

Die Thesen gehen von einer angenommenen Übereinstimmung bei den Parteimitgliedern aus, die zwar vorhanden ist, wenn man die Abstimmungsergebnisse des Sonderparteitags zugrunde legt, aber bei einem Großteil so nicht existiert, zumindestens was die Bedeutung angeht. Das betrifft v.a. die Punkte „Stoßrichtung des neuen Programms“ sowie die Einheit mit der GIM in einer Organisation. Der existierenden Unzufriedenheit in der Partei sowie dem Gefühl, daß trotz aller Demokratie irgendetwas nicht stimmt, wird keine Beachtung geschenkt. Diese mangelnde Übereinstimmung in der **Bewertung der Bedeutung** wird die Forderungen „2. Politik machen und um politische Wirksamkeit bemüht sein, 3. die KPD als revolutionäre Alternative verankern“ in der Praxis weitgehend nicht erfüllen. Ursache dieser Tatsache ist nicht böser Wille, Angst vorm Klassenfeind, Unlust, Bequemlichkeit oder ähnliches, Ursache ist das mangelnde Vertrauen, daß aus dieser Organisation, mit oder ohne GIM, überhaupt noch was wird.

Daß das so ist, liegt am falschen Verständnis der Zentrale, in der Partei und mit den Parteimitgliedern Politik zu entwickeln. Auf der einen Seite werden formale Möglichkeiten für die Demokratie geschaffen, so z.B. daß jeder Genosse und jede Genossin die Meinung in der parteiinternen Presse veröffentlichen kann, was ein guter Schritt zur Demokratisierung der Organisation ist, auf der anderen Seite wird wenig dafür getan, daß diese Demokratie sich auch wirklich entwickeln kann. (s.a. Antrag Nr. 101 zum Sonderparteitag 1985). Es wird deshalb so wenig dafür getan, weil die Zentrale von einem mechanistischen Bild ausgeht, was völlig illusorisch ist.

„Jetzt kann jedes Mitglied seine Meinung sagen, also soll es es auch tun. Wenn es es nicht tut, muß es sich damit abfinden, was beschlossen wird.“ Parallel dazu wurde immer deutlicher die Meinung vertreten, Politik in der Partei zu machen, daß man sich Mehrheiten verschafft. Das wiederum führt dazu, daß neue Meinungen, die z.B. auf Delegiertenkonferenzen, ZK-Sitzungen usw. geäußert

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe des RM Anträge an den 6. Parteitag Anträge, die auf den Landesmitgliederversammlungen bzw. Delegiertenkonferenzen vorgelegt wurden. Außerdem drei Anträge des ZK, darunter den im Auftrag des Sonderparteitags erstellten Entwurf für eine Schiedsordnung.

Weitere Materialien für den 6. Parteitag sind enthalten in den RMs 50 und 51/52 vom letzten Jahr und im RM 3/86.

werden, aber die „alte“ Politik in Frage stellen, nicht durchdacht werden, sondern erstmal niederdiskutiert werden, damit man nicht die Mehrheit auf der entsprechenden Sitzung verliert. Nach dem Treffen wird das dann vielleicht nochmal durchdacht und beim nächsten Mal als eigene Meinung den verdutzten Mitgliedern aufgetischt und mit der gleichen Vehemenz wird jetzt versucht, diese „neue“ Meinung, wie man sie ein oder einige Treffen vorher noch abgelehnt hat. (Es geht hier nicht darum, daß man seine Meinung ändern kann, sondern **wie man das tut.**) In jüngster Zeit war das besonders deutlich bei der Diskussion um das Selbstverständnis der Partei.

Dieses Glauben, daß nach der formalen Schaffung der Demokratie jedes Mitglied die gleichen Möglichkeiten hat, um um Mehrheiten zu kämpfen, führt dann dazu, daß man z.B. Hinweisen vor dem Sonderparteitag, daß ganze Ortsgruppen, die ganz oder teilweise anderer Meinung als denen in den vorgelegten Papieren zum Sonderparteitag sind, keine Beachtung schenkt und erst als der Sonderparteitag diese Nichteinladung als Gastdelegierte kritisiert, überrascht und betroffen bedauert. (Sowohl der Genosse Parteivorsitzende als auch der Genosse „Cheforganisator“ des Sonderparteitags wurden vorher darauf hingewiesen.)

Wenn mir jetzt entgegengehalten wird, daß der Sonderparteitag ja beschlossen habe, andere grundlegende Meinungen, die nicht durch Delegierte vertreten sind, auf den entsprechenden Parteitag einzuladen, so geht das am Kern vorbei. Formale Regeln, die die Demokratie stützen, sind gut und notwendig, aber nicht ausreichend, weil jede Regel durch formalistischen Gebrauch in ihr Gegenteil verkehrt werden kann. Entscheidend ist deshalb die Änderung in der ideologischen Grundhaltung. Wenn diese sich nicht ändert in Richtung, **durch Bereitschaft, der anderen Meinung zuzuhören, die Fähigkeit zu entwickeln, gemeinsam Meinungen zu bilden**, bringt das wenig bis nichts. Denn dann passiert es, daß, um sich die Mehrheit zu erhalten, auch auf dem Parteitag o.ä. versucht wird, starr seine Meinung durchzubringen. Dabei sind selbstverständlich die im Vorteil, die bekannter sind, d.h. die leitenden Genossen und Genossinnen.

Ich glaube, daß die Ursache für dieses Verhalten darin liegt, daß das Vertrauen in die Massen, hier die „Masse“ der Parteimitglieder, weiterhin nicht vorhanden ist. Das gilt sowohl für viele leitende Genossinnen und Genossen wie auch für die Mitglieder, die nicht in der Lage sind, neue Gedanken auch schon zu durchdenken, wenn sie nicht von „höheren“ Genossinnen und Genossen stammen. Dieses Problem ist überhaupt kein parteispezifisches Problem, sondern charakteristisch für die gesamte bürgerliche Gesellschaft. Wollen wir wirklich selbständig denkende und handelnde Parteimitglieder, müssen wir dieses Problem bewußt anpacken.

Für mich ist dieser Punkt ganz entscheidend, weil ich davon ausgehe, daß wir erst dann eine einflußreiche kommunistische Organisation werden können, zu deren Ideen und Hinweisen die Arbeiterklasse auch Vertrauen entwickelt, wenn in unserer Organisation das offene Klima herrscht, wie wir es in unserem Programmentwurf für die sozialistische Gesellschaft fordern. Auch und gerade wie wir miteinander umgehen, ist völlig zu Recht ein Maßstab für die Bevölkerung für die Unterstützung der KPD. Es ist aber auch für uns als Partei ein wichtiger Maßstab, denn es zeigt, inwieweit wir fähig sind, auch im praktischen Kampf andere Meinungen zu akzeptieren und nicht gewillt sind, mit allen formal richtigen Tricks unsere vermeintlich bessere Meinung durchzudrücken (s.a. DKP in der Friedensbewegung, wie sie z.B. durch eine „demokratische“ Abstimmung verhinderte, daß andere Organisationen aus Südafrika als der ANC auf der Solidaritätskundgebung sprechen durfte).

Eine weitere Ursache für das oben genannte Verhalten bei der Entwicklung und Durchsetzung der Politik der Partei liegt in der Bedeutung, die man sich selbst gibt. Zumindest formal ist das Verhältnis der Partei zur revolutionären Linken in der BRD und Westberlin gut bestimmt: die Partei sieht sich als eine unter mehreren. D.h. auch, daß sie ihre Meinung äußert und bereit ist,

darüber zu diskutieren und, wenn andere Meinungen einsichtig sind, ihre Meinung auch verändert. Das zeigt sich heute am deutlichsten gegenüber der GIM.

Aber wie ist es nach innen? Betrachten sich die leitenden Genossinnen und Genossen tatsächlich als Gleiche unter Gleichen? Sicherlich haben sie eine andere Verantwortung als Mitglieder ohne Funktion. Sie müssen die Meinungen in und außerhalb der Partei zusammenfassen und analysieren. Sie haben dadurch erstmal ein größeres Wissen und damit einen Wissensvorsprung. Daraus entwickeln sie Meinungen, die zusammengenommen die Politik der Partei bestimmen sollen. Diese Meinungen geben sie in die Partei wo sie diskutiert werden sollen. **Entscheidend ist hierbei, wie die Meinungen in die Partei gegeben werden!** Wenn man sich eine wichtigere Bedeutung zuschreibt gegenüber den Parteimitgliedern, wird man so die Diskussion führen, daß die von der Leitung entwickelte Meinung beschlossen werden soll. Man wird also im wesentlichen nur die Informationen in die Partei geben, die diese Meinung stützen, Meinungen, die dem widersprechen nicht, denn die könnten ja „verwirren“. Letztlich steckt dahinter, daß den Parteimitgliedern nicht zugetraut wird, fundiert zu urteilen, und man gibt sich selbst eine größere Bedeutung.

Wenn man sich keine größere Bedeutung gibt, sich also nicht für wichtiger hält als die „einfachen“ Parteimitglieder, informiert man sie umfassend also auch darüber, wo man selbst Widersprüche zu seiner Argumentation sieht oder wo andere eine größere oder gar grundlegend andere Einstellung dazu haben usw. Selbstverständlich formuliert man auch seine Position. Man ist aber durchaus bereit, Widersprüche zu seiner Meinung zu sehen oder den anderen Positionen ihre Berechtigung zuzusprechen.

Als Beispiel die Frage der Wahlteilnahme: Es gibt hier sowohl gute Gründe für die Teilnahme (sich dem politischen Votum der Bevölkerung zu stellen z.B.) als auch dagegen (andere Arbeiten werden möglicherweise unverhältnismäßig vernachlässigt). Warum kann man nicht sagen: „Die bereits angepackte Arbeit durch die Wahlteilnahme zu vernachlässigen, sehe ich auch, aber aus den und den Gründen bin ich doch der Meinung, die Teilnahme zu organisieren.“, anstatt, wie es bei der letzten Wahl in NRW geschehen ist, zu sagen: „Man muß sich dem Votum der Bevölkerung stellen. Wer ernsthaft die politische Verankerung in der Partei will, muß für die Wahlteilnahme sein.“ Hier wurde einer anderen Meinung die Berechtigung abgesprochen zu existieren.

Das Berücksichtigen und Verstehen der anderen Meinung muß überhaupt nicht im Widerspruch zur Handlungsfähigkeit der Partei stehen. Umgekehrt ist es langfristig der Fall. Dieses „langfristig“ ist heute der Fall. Insgesamt müssen wir verstehen und akzeptieren, daß es in der täglichen Arbeit selten ein eindeutiges „Richtig“ oder „Falsch“ gibt. Trotzdem müssen wir entscheiden, bewußt die anderen Argumente und Fakten sehend, in dem Wissen, daß wir verdammt daneben hauen können. Haben wir das einmal verstanden, ist es auch nicht mehr so schlimm, Fehler zu machen. Wir bekommen so ein „unbefangeneres“ Verhältnis zu unserer Arbeit, die Last, jeder von uns durchgeführte Schritt wirft den Klassenkampf zurück, existiert nicht mehr.

Wir müssen lernen, eine Meinung zu vertreten, ohne den bzw. die andere zu zertreten! Erst die Praxis wird zeigen, was richtig oder vielleicht auch nur besser war.

Und nun wieder zu den Thesen. Meiner Meinung nach werden das Wunschträume bleiben, solange wir nicht solidarisch miteinander ein Stück näher kommen. Genossen und Genossinnen vom ZK, ihr müßt euch doch fragen, wie es kommt, daß auf der einen Seite die Zustimmung zu den inhaltlichen Positionen in der Partei weitgehend vorhanden ist, aber die Passivität, das Unwohlsein in der Partei gestiegen ist. Auch der Zusammenschluß mit der GIM wird uns hier nicht weiterbringen, wird die Situation eher verschärfen. Zum Glück! Formal mag die Demokratie in der GIM weiterentwickelt gewesen sein, aber in der Umsetzung der Beschlüsse und der Vermittlung an die Mitglieder scheint sie mir, nach meinen zugegebenenmaßen kleinen Erfahrungen, um einiges autoritärer. **W. aus Bochum**

22

Antrag an den 6. Parteitag

Betrifft: Pressearbeit der Partei

- Das Erscheinen des RM sollte nicht zugunsten eines monatlichen Magazins eingestellt werden.
- Wenn es finanziell notwendig ist, soll der RM in Zukunft 14tägig erscheinen.
- Der RM soll folgende große Abschnitte enthalten, die

Impressum
Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD
Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtspar-kasse Dortmund Nr. 321000290. Verlag Roter Morgen, Tel.: (0231) 433691 und 439692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehe. Dem „Roten Morgen“ liegt viermal im Jahr die „Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD (A) FAU-R, GIM, KG (NHT), KPD, PA“ bei.

auch äußerlich in der Zeitung zu erkennen sind:

- aktuelle politische Berichterstattung, Kommentare, Meinungen, Interviews
- wichtige Nachrichten in Kurzform, die nicht mit Kommentaren vermischt sind.
- Mitteilungen und Diskussionsbeiträge, die die Partei und das Parteileben betreffen (alles, was eigentlich nur die „linken Insider“ interessiert.)

• Artikel, die jetzt im TO stehen, können als Sonderbeilage des RM, als Broschüre oder auch weiter als TO erscheinen.

Mit solch einer Grundkonzeption des RM können — außer Flugblättern — sämtliche Presseaufgaben der Partei abgedeckt werden. Man muß bei der Diskussion um den RM davon ausgehen, was für politisch interessierte Arbeiter wichtig ist. Man darf nicht von dem Leserkreis der „linken Insider“ ausgehen, sonst kommt man zu völlig falschen Schlußfolgerungen. Für diesen Kreis extra ein Monatsmagazin zu schreiben, ist nicht Sinn und Zweck einer Partei, die ihre Anhänger in der breiten Masse der aufgeschlossenen Arbeiter und Angestellten sucht.

OG Gelsenkirchen

23

Antrag an den 6. Parteitag

Betrifft: Bundestagswahlen

Der Parteitag lehnt eine Kandidatur der Partei, auch im Rahmen eines „revolutionären Bündnisses“, für die Bundestagswahl 1987 ab.

MV Weser/Ems

24

Antrag an den 6. Parteitag

Betrifft: Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Der Parteitag möge beschließen:

Der Parteitag möge beschließen:

Die KPD setzt sich für eine ersatzlose Auflösung der RGO ein. Der konkreten Parteiarbeit in Betrieb und Gewerkschaft wird in der KPD ein höherer Stellenwert beigemessen. Dies muß sich auch praktisch und organisatorisch ausdrücken. Deshalb wird die BuG-Arbeit von unten nach oben reorganisiert und zentral personell gestärkt.

Begründung:

Unsere Taktik der Arbeit in den DGB-Gewerkschaften

Die Einschätzung der DGB-Gewerkschaften hat sich in der KPD grundlegend geändert. Im alten Programm wurden die Gewerkschaften noch als „keine Klassengewerkschaften des Proletariats“ und „wichtigste Stützen der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse“ bezeichnet. Aufgrund der im praktischen Klassenkampf gemachten Erfahrungen setzte sich in der Partei Ende 70/Anfang 80 die Position, daß die Gewerkschaften Klassenorganisationen der Arbeiterklasse sind, durch, aus denen es Kampforganisationen zu machen galt. Und heute bezeichnet die Mehrheit in der Partei die DGB-Gewerkschaften als Kampforganisationen. Die diesbezüglichen Formulierungen im Programmentwurf lassen jedenfalls keinen anderen als diesen richtigen Schluß zu. Der gesamte Programmentwurf ist sozusagen durchdrungen von der Einschätzung der Gewerkschaften als Klassen- und Kampforganisationen des Proletariats, was nicht mit einer Einschätzung als klassenkämpferische Organisationen gleichgesetzt werden darf. Die DGB-Gewerkschaften betreiben keine klassenkämpferische Politik, schon gar nicht im revolutionären Sinne. Hierfür gibt es erst zaghafte Ansätze.

In der KPD fehlt bisher eine klar formulierte Taktik der Arbeit in den Gewerkschaften.

Wenn die Mehrheit in der Partei der Meinung ist, daß die in der Arbeiterbewegung stattfindende Auseinandersetzung „Sozialpartnerschaft oder Klassenkampf“ durch das Vorhandensein politischer Alternativen der Revolutionären Sozialisten zu einer breiten sozialistischen Strömung in der Arbeiterbewegung führen kann, dann bedeutet dies für die Arbeit der Kommunisten in BuG konkret: Sie muß auf einen Zusammenschluß der gewerkschaftlichen Opposition und Mobilisierung der Belegschaften gegen die Sozialpartnerschaftspolitik ausgerichtet sein. Auf diesem Wege müssen die Gewerkschaften Schritt für Schritt zu wirklichen Kampforganisationen, d.h. revolutionären Organisationen der Arbeiterklasse gemacht werden. Unsere Aufgabe in den Gewerkschaften ist es, im Kampf gegen die Kapitalisten die vorherrschende klassenversöhnlerische, reformistische, ja z. T. reaktionäre Politik und Ideologie an allen Fronten des gewerkschaftlichen Kampfes zurückzudrängen.

Die klassenkämpferischen Kräfte in BuG können wir heute eher unter dem Begriff „antikapitalistisch“ und nicht „sozialistisch“ oder gar „revolutionär“ zusammenfassen. Die Auseinandersetzung über den richtigen Weg der Gewerkschaften gegen die kapitalistische Krisenpolitik ist heute nicht mit sozialistischen Zielvorstellungen

verbunden, und schon gar nicht mit der Auseinandersetzung „parlamentarischer Weg oder Revolution“. Wir Kommunisten sollten unsere Vorstellungen über Sozialismus und Revolution im allgemeinen nicht verschweigen, aber auch nicht als Glaubensbekenntnis darstellen. Unsere konkrete Politik in BuG muß in diese Richtung gehen. Unsere Parteiarbeit in den Gewerkschaften muß heute die Hauptarbeit der Partei sein und von einem möglichst großen Teil der Genossinnen und Genossen getragen werden.

Die Taktik der Delegierung der Gewerkschaftsarbeit an und in eine Nebenorganisation — die sich auch in der Gründung der RGO ausdrückte — ist gescheitert. Das Projekt „RGO“ ist ein Schulbeispiel für die schematische Übernahme von Taktiken der Weimarer KPD ohne jede Rücksicht auf die konkreten Bedingungen hier und heute, und war deswegen von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Der geringe Einfluß, den die RGO heute in den Betrieben und Gewerkschaften hat, ist nicht größer als der Einfluß der Partei selbst, schon allein deswegen, weil RGO und Partei personell faktisch identisch sind. Die Arbeit, die die RGO heute nach Korrektur der schlimmsten linkssektiererischen Position leistet, wird fast ausschließlich von Parteigenossen getragen.

Das allein schon macht eine besondere Organisation neben oder „unter“ der Partei überflüssig. Wir machen uns die kommunistische Fraktionsarbeit nur schwerer, indem wir sie mit der von uns künstlich am Siechen gehaltenen RGO unnötig verkomplizieren. Einerseits hat der Tarnkappen-Effekt der RGO vielfach dazu geführt, daß wir als Kommunisten mit einer konkreten Politik in Betrieben und Gewerkschaften für die Kollegen nur noch mühsam erkennbar sind. Andererseits ist der sogenannte Massenorganisation RGO nie der Durchbruch zu den sozialdemokratisch beeinflussten Arbeitern und Angestellten, d. h. zur Masse in BuG, gelungen und wird es so auch nie.

Eine Taktik, die auf einen Zusammenschluß der Gewerkschaftsopposition unter den Begriff „revolutionär“ aufbaut, wird auch nicht besser, wenn man sie durch den Begriff „klassenkämpferisch“ ersetzt. Die Folge ist dann nur eine Änderung der Quantität. Statt der Mitglieder und Sympathisanten einer revolutionären Organisation befinden sich dann die Mitglieder und Sympathisanten zweier oder mehrerer revolutionärer Organisationen in dieser gewerkschaftsoppositionellen Organisation. Weder betrieblich noch bundesweit bringt es für die Entfaltung einer kommunistischen Fraktionsarbeit etwas, dafür eine Organisation zu bilden, die im wesentlichen nur revolutionäre Gewerkschafter umfaßt. Die Diskussion und Zusammenarbeit dieser Revolutionäre und Sympathisanten könnte auch zwischen den revolutionären Organisationen laufen. Noch besser — und darum geht es uns heute ja bei unseren Bestrebungen für die Vereinigung der revolutionären Kräfte in einer Partei — wäre der Zusammenschluß bzw. Eintritt dieser Kräfte in einer Partei. Und diese Zeitung wie die RGO-Nachrichten könnte auch die Partei als Gewerkschafts-Info o.ä. herausgeben. Nichts spricht mehr für die RGO.

Wir müssen die BuG-Arbeit in der Partei reorganisieren und stärken, damit nicht nur die Partei gestärkt wird, sondern auch um die Förderung und Organisation der ansatzweise oder punktuell schon vorhandenen klassenkämpferischen Opposition innerhalb des DGB durch ständigen Informationsaustausch, Aktions- und Branchenkongressen, Schulungen über die Notwendigkeit revolutionärer Zielsetzungen im gewerkschaftlichen Kampf, gemeinsame Vorbereitung der Tarifausschließungen, Organisationswahlen usw. usw. voranzutreiben. Anzustreben ist mit zunehmender Breite und Tiefe der Bewegung die Gründung eines — möglichst gewerkschaftslegalen — Arbeitskreises klassenkämpferischer sozialistischer Gewerkschafter als revolutionäre Fraktion im DGB.

Landesmitgliederversammlung Schleswig-Holstein

25

Antrag an den 6. Parteitag

Betr.: ZK-Thesen zur Gewerkschaftspolitik

Ein entscheidender Punkt für die Arbeiterbewegung wird in den nächsten Jahren sein, welche Strömung innerhalb des DGB die Oberhand bekommen. Ob es gelingt, sozialpartnerschaftliche Konzepte zurückzudrängen und den Einfluß klassenkämpferischer Kräfte zu stärken.

Unter diesem Gesichtspunkt reicht es nicht, die Frage wie es den klassenkämpferischen Kräften gelingen soll, größeren Einfluß zu bekommen, darauf zurechtzustützen, daß die Notwendigkeit einer bundesweiten Zusammenarbeit dringender denn je ist. (Wie in den Thesen geschehen).

Die Notwendigkeit einer eigenständigen Koordinierung der oppositionellen Kräfte ist eng damit verbunden, wie man meint, eine politische Wende von der sozialpartnerschaftlichen Politik zu klassenkämpferischen Positionen in den Gewerkschaften zu erreichen.

Einen verstärkten Einfluß (im klassenkämpferischen Sinn) wird nur möglich sein, indem man sich in seiner Politik auf breite Teile der Mitgliedschaft bezieht bzw. an sie wendet und sich darauf stützt.

Es ist zwar absolut richtig und wichtig, Funktionen innerhalb der Organisation zu erlangen, drum zu kämpfen und sie zu nutzen, aber alle Erfahrungen (gerade auch anderer „linker“ Kräfte) zeigen, daß dieser Weg alleine ganz bestimmt nicht zum angestrebten Ziel führt.

Es wird eine eigenständige politische Debatte um Fragen der Gewerkschaftspolitik nötig sein und diese muß nicht nur intern geführt werden, sondern sichtbar nach außen in Erscheinung treten, um Einfluß zu schaffen.

Veränderungen in Richtung Klassenpolitik wird es nur durch erheblichen Druck wesentlicher Teile der Gewerkschaftsmitglieder geben. (Wobei klar ist, daß die Auseinandersetzung zur Zeit immer an bestimmte Einzelpunkten ansetzen wird, 35 Stunden/§ 116).

Dabei wird die vorherrschende sozialpartnerschaftliche Politik nicht zu ändern sein auf den vorgegebenen innergewerkschaftlichen Wegen und Strukturen.

Genauso wenig wird sich im Selbstlauf sozusagen spontan eine klassenkämpferische Strömung entwickeln. Wer nicht für seine Politik mobilisiert und geeignete organisatorische Rahmen findet (wie es ja in Einzelfragen in Ansätzen sich entwickelte, 35-Stunden-INFO, aber eben erst an zeitlich und thematisch begrenzten Themen), wird zwar nicht immer wieder von vorne anfangen müssen, aber auf jeden Fall einen nicht sehr erfolgreichen Weg gehen.

Eine Koordinierung und bundesweite Zusammenarbeit aller klassenkämpferischen Kräfte ist deshalb für unsere Partei eine dringende und anstehende Aufgabe. Dabei setzen wir uns innerhalb der „linken“ Kräfte dafür ein, nicht nur in bestimmten Einzelpunkten koordiniert zu arbeiten, sondern aus obiger Einschätzung heraus, eine kontinuierliche Zusammenarbeit zu erreichen.

Begründung bzw. Erläuterung:

Ich habe lange überlegt, wie man eine inhaltliche Debatte über unsere Grundlagen von Gewerkschaftsarbeit zustandebekommen kann. Die Frage, wie wir in der Gewerkschaftsbewegung Einfluß für klassenkämpferische Positionen am ehesten bekommen, ist ja ein wichtiger Punkt, der einen wesentlichen Teil unserer politischen Tätigkeit als KPD betrifft.

Allerdings ist die Frage RGO, RGO-Konzept bisher enorm belastet und überladen mit einer ganzen Reihe von Punkten. (Z. B. wurden über die Namensdiskussionen doch auch unerschwinglich Inhalte ausgetragen, aber eben unerschwinglich). Es ist kaum möglich, dieses Thema anzusprechen, ohne vereinfacht gesagt, in das Lager von „RGO-Befürwortern“ oder „Gegnern“ eingruppiert zu werden, womit sich der inhaltliche Teil der Debatte erschöpft. (Wohl auch immer noch ein Problem der Vergangenheitsbewältigung).

Um es klarzustellen, für mich ist überhaupt nicht die Frage, daß unsere frühere Vorstellung von RGO falsch war, ich bin auch nicht für diesen Namen, mir geht es auch nicht um die besondere Art von Organisation (mit allen damit verbundenen Vorstellungen).

Aber mir geht es darum, daß bestimmte Inhalte, die auch immer einen Teil unserer Politik in der Gewerkschaftsbewegung ausgemacht haben (nämlich die Aspekte, die ich oben nochmal festgehalten habe), immer noch richtig sind. Tatsache ist aber auch, daß ohne Diskussion diese Punkte teilweise wegfallen, teilweise noch vertreten werden, es auf jeden Fall in diesen Fragen in der Partei unterschiedliche Strömungen gibt.

Es ist auch eine Tatsache, daß innerhalb der Gewerkschaftslinken genau diese Punkte heftig umstritten sind, und man nicht so tun kann, daß dies nicht so ist (auch wenn die Einsicht für ein koordiniertes selbständiges Eingreifen wächst, auf Grund der Situation).

Es fällt auf, daß in den Thesen zur allgemeinen politischen Entwicklung sehr differenziert auf die politische Gesamtsituation eingegangen wird, auf den sozialdemokratischen Einfluß in der Bewegung gegen die Wende und wie wir darin eingreifen müssen.

Solch eine differenzierte Einschätzung zur Gewerkschaft fehlt uns. Ich meine, daß wir aber um eine Einschätzung der Gewerkschaftsführung, der gewerkschaftlichen Strukturen nicht herumkommen, auch wenn dies sicherlich nicht so einfach ist. Aber besonders, wenn man eine sehr flexible und differenzierte Politik machen will und muß, ist dies notwendig.

MV Rheinland

26

Antrag an den 6. Parteitag

Betr. Thesen zur Gewerkschaftsarbeit/Thema Arbeitslosigkeit

Ich beantrage, in die Thesen das Thema Arbeitslose/Arbeitslosenarbeit im folgenden Sinne aufzunehmen:

Über 2,3 Millionen offizielle Arbeitslose + stille Reserve (die Mehrzahl Frauen) können uns nicht egal

sein. Abgesehen davon, daß hier ein erheblicher Teil der Arbeiterklasse immer mehr an den Rand unserer Gesellschaft und ins soziale Elend gedrängt wird, gibt es durch die Arbeitslosigkeit eine Spaltung der Arbeiterschaft in Arbeitsplatzbesitzende und Arbeitsplatzlose. Dieser Spaltung muß unbedingt entgegengewirkt werden. Dazu gilt es einmal für uns, in die Gewerkschaftsbewegung hineinzuwirken, einen gemeinsamen Kampf von Arbeitslosen und Beschäftigten herzustellen. Andererseits gilt es, diesem Problem auch in unserer Partei den ihm gehörenden Stellenwert zu geben. Daraus ergeben sich für das nächste Jahr folgende Konsequenzen:

1. müssen unsere inhaltlichen Positionen zu dem Thema entwickelt werden, wobei es im wesentlichen um folgende Bereiche geht

- Arbeitslose — Gewerkschaft
- Arbeitslosengewerkschaft/Initiativen oder? (immerhin sind diese Fragen von der KPD offiziell zur Diskussion gestellt worden, ohne Beantwortung)
- eigene Positionen/Forderungen müssen entwickelt werden, wobei auch inhaltlich Stellung bezogen werden muß zu Positionen, die sich in der „Arbeitslosenbewegung“ entwickelt haben bzw. diskutiert werden (z.B. Existenzgeld).
- Die Frage der Frauenarbeitslosigkeit muß besonders berücksichtigt werden.

2. muß überlegt werden, wie eine Arbeitslosenarbeit entwickelt werden kann.

Voraussetzung dafür ist

- a. ein eigene/eigener Verantwortliche/er für diesen Bereich (möglichst ein/e selbst Betroffene/er, welche/er in der Lage ist, so etwas zu organisieren.)
- b. Die Form von Arbeitslosenarbeit muß überdacht werden. Wobei untersucht werden muß, warum es so wenig Genossen/innen gibt, die sich für das Thema interessieren, bei einem relativ hohen Anteil arbeitsloser Mitglieder.

Genauso die Tatsache, daß sich in den meisten Initiativen kaum der durchschnittliche Arbeitslose wiederfindet und wohl auch nicht wiederfinden kann. Dies macht ja die Arbeit dort sehr mühsam (Stichwort: Sozialarbeit). Zwischen beiden Punkten gibt es sicherlich ja einen Zusammenhang.

Die Frage der Betroffenheit, der besonderen Situation, wenn man arbeitslos ist, der Isoliertheit, der Nicht-Anerkennung in der Gesellschaft sollte man nicht einfach als nebensächlichen Firlefanz abtun. Dies ist ein ernstzunehmendes Moment bei der politischen Mobilisierung von Arbeitslosen und dementsprechend auch ein wichtiger Punkt bei der Art und Weise von Arbeitslosenarbeit.

Klaus, Köln

dem Inhalt nach auf MV-Rheinland einstimmig angenommen.

27

Antrag an den 6. Parteitag

Betr.: Thesen zum antifaschistischen-demokratischen Kampf, Abschnitt 6

Ich beantrage, diesen Abschnitt in der Form aus den Thesen zu streichen, weil keine Behandlung der Volksfront besser ist als so eine.

Begründung:

Ich finde es unmöglich zu behaupten, wir hätten mal große Hoffnungen in die Volksfront gesetzt, aber in letzter Zeit habe sie sich leider politisch doch nicht so gut entwickelt. Man müsse schon noch sehen, ob sich da vielleicht noch was ändern läßt, aber „stärker“ in den Mittelpunkt gerückt und von Interesse sind in letzter Zeit örtliche und regionale Aktionsbündnisse bzw. Initiativen ...“ usw., usw.

Tatsache ist doch wohl, daß wir diese Organisation gegründet und ihre Politik bestimmt haben, und wenn sie heute Positionen vertritt, die wir nicht mehr mittragen können, wir zumindest doch die Ursachen dafür mal klar benennen müssen und unsere eigene Verantwortung.

Tatsache ist doch wohl noch, daß die Volksfrontpolitik von Anfang an umstritten war in der Partei, gerade weil es Aktionsbündnisse und Initiativen ja auch bei der Gründung schon gab (!) und Mitglieder von uns bis an den Rand der Partei getrieben wurden.

Noch auf dem V. Parteitag entschied sich trotzdem die große Mehrheit für den weiteren Aufbau der Volksfront mit verschiedenen Änderungen im Verständnis:

- sie wirklich nur als eine antifaschistische Organisation zu sehen, die ihren Beitrag leistet am Zustandekommen einer antifaschistischen Einheitsfront.
- sie vom Apparat her auf die wirklich existierenden und arbeitenden Gruppen zurückzuschrauben und deren überregionale Zusammenarbeit zu gewährleisten.
- die Zusammenarbeit und den Zusammenschluß mit anderen antifaschistischen Kräften verstärkt zu suchen.

Schon auf dem Volksfrontkongreß kurz nach dem Parteitag wurde so gut wie nichts davon verwirklicht. Seither hat sich eine Abstimmung mit den Füßen voll-

zogen, es gibt kaum mehr Genossen, die in der Volksfront arbeiten.

Im Rheinland gibt es noch eine einzige Ortsgruppe in Köln, die aus (mehr oder weniger) zahlenden Mitgliedern von BWK und uns besteht und ihrem Vorstand, dessen Arbeit darin besteht, einen monatlichen Vortrag zu organisieren. Ich meine, der Parteitag soll ehrlich Bilanz ziehen und dann auch Konsequenzen.

Die Volksfront als Abspracheorgan zwischen BWK und KPD war nicht unsere Vorstellung, und wenn die antifaschistische praktische Arbeit heute woanders gemacht wird, frage ich mich, was von der Idee noch geblieben ist und weiter verfolgt werden soll. Ich finde es falsch, so um dieses Problem herumzureden, wie die Thesen es tun.

MV Rheinland

28

Antrag an den 6. Parteitag

Betr. Politische Freistellungen

Die Aufgabenverteilung und Gewichtung der verbleibenden politischen Freistellungen der Partei sollen Gegenstand einer Diskussion auf dem Parteitag sein.

MV Rheinland

29

Antrag an den 6. Parteitag

Betrifft: Finanzen

In der Vergangenheit sah sich die Partei des öfteren vor erhebliche finanzielle Schwierigkeiten gestellt, die kurzfristige, einschneidende Sparmaßnahmen zur Folge hatten. Neben objektiven Gründen führten zu diesen finanziellen Problemen auch eine unrealistische Einschätzung der Parteientwicklung, Fehlkalkulationen auf idealistischer Basis (z. B. zu hohe Buchauflagen, worauf die Zentrale dann sitzen bleibt), ein Finanzleben „von der Hand in den Mund“, Sünden der Vergangenheit usw. Häufig wurden Finanzprobleme als richtig lästig betrachtet und von den verantwortlichen Gremien kaum beachtet, es sei denn, der Eklat wird unausweichlich. Auch wurde die Mitgliedschaft kaum über den Verbleib und die Nutzung der Mitgliedsbeiträge und Spenden informiert (Konspiration). Als das Kind in den Brunnen gefallen war, (bevorstehende „Pleite“), war es dann doch möglich.

In Zukunft soll das Finanzgebahren der Partei besser kontrolliert werden. Daher soll die ZPKK berechtigt werden, an der Haushaltsführung und Haushaltsplanung der Partei beratend und mit Vetorecht (Beträge über 500DM) teilnehmen. Gerade im Sinne einer Schiedskommission (Rechte der Mitglieder) sollte dies wesentlich ausgeprägter geschehen. Da es in Zukunft keinen freigestellten Finanzfrau/mann mehr gibt, sollte die Haushaltsführung auch einer Finanzkommission, (3 Pers.) bestehend aus erfahrenen Fachleuten, übertragen werden. Zwei Mitglieder dieser Kommission sollten nicht dem ZK angehören. Weiterhin müssen unbedingt Rücklagen angelegt werden, um unvorhergesehene Notfälle überbrücken zu können.

Die Glaubwürdigkeit einer Partei wird auch an deren Finanzgebahren überprüft, und die zum Teil äußerst mangelhafte Zahlungsmoral der Parteimitglieder ist auch auf das nicht gerade vorbildliche Finanzverhalten der Zentrale zurückzuführen.

Die Parteihaushaltspläne und Ausgaben/Einnahmen-Nachweise sollten der Mitgliedschaft regelmäßig in angemessener Form (evtl. kodiert) zugänglich gemacht werden.

K. K., Köln

30

Antrag an den 6. Parteitag

Betrifft: Nationaler Ausschuß

Das ZK beantrag, den auf dem V. Parteitag eingerichteten Nationalen Ausschuß wieder abzuschaffen.

Begründung:

1. Der V. Parteitag hatte beschlossen, die bis dahin bestehende Konstruktion einer gesamtdeutschen Partei, unterteilt in die drei Sektionen Bundesrepublik, Westberlin, DDR, aufzuheben und künftig von zwei selbständigen Parteien in der Bundesrepublik (plus Westberlin) und in der DDR auszugehen. Dementsprechend wurde die Präambel des damals geltenden Statuts so geändert, daß es dort hieß: „Die Kommunistische Partei Deutschlands ist die Partei der Arbeiterklasse der Bundesrepublik Deutschlands und Westberlins ...“ Seite an Seite kämpft sie mit der KPD der Deutschen Demokratischen Republik für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.“

2. Gleichzeitig beschloß der V. Parteitag, ausgehend von diesem gemeinsamen strategischen Ziel, „zwecks Koordinierung und Ausarbeitung gemeinsamer, beide deutsche Staaten betreffender Probleme“ einen Nationalen Ausschuß der KPD einzurichten, dem je zwei

Vertreter aus der DDR und der BRD und ein Vertreter aus Westberlin angehören sollten. Dieser Nationale Ausschuß sollte auch für die notwendige Unterstützung der KPD in der DDR die Verantwortung übernehmen.

3. Wir meinen heute, daß die Einrichtung dieses Nationalen Ausschusses politisch nicht sinnvoll und praktisch wenig nützlich ist:

- Tatsächlich hat sich der Nationale Ausschuß als Gremium nicht für die Unterstützung der KPD in der DDR verantwortlich gefühlt und entsprechend engagiert. Das liegt u. E. hauptsächlich daran, daß eine solche Unterstützung — politischer und organisatorischer Art — tatsächlich auch nur von der Partei bzw. dem ZK der BRD wirkungsvoll wahrgenommen werden kann.

- Das gleiche gilt für die „Koordinierung und Ausarbeitung gemeinsamer, beide deutsche Staaten betreffender Probleme“. Interessant und wichtig wäre hier sicher eine gegenseitige Information und ein Meinungsaustausch über die Friedensbewegung in beiden deutschen Staaten gewesen. Aber auch hier hat sich u. E. gezeigt, daß ein Nationaler Ausschuß eine solche Aufgabe nicht erfüllen kann. Wenn wir so etwas wollen, dann muß es zwischen den beiden Parteien stattfinden, also auch — was die BRD betrifft — unser ZK dafür verantwortlich sein.

4. Die Einrichtung des Nationalen Ausschusses ist seinerzeit einvernehmlich mit den Genossen aus der DDR geschehen. Falls über die Auflösung des Nationalen Ausschusses kein Einvernehmen mit den Genossen aus der DDR erzielt werden kann, muß sich der nächste Parteitag erneut mit dieser Frage befassen.

31

Antrag an den 6. Parteitag

Betrifft: Statut

Der Begriff „Mitgliederinnen“ im neuen Statut soll gestrichen werden. „Mitgliederinnen“ kommen im Singular auch nicht in diesem Statut vor. Mitglied ist ein geschlechtsneutrales Wort.

OG Gelsenkirchen

32

Antrag an den 6. Parteitag

Betrifft: Statut

Der Beschluß über die Quotierung wird geändert. Die Quotierung soll sich in Zukunft nach dem realen Verhältnis von Männern und Frauen richten.

OG Gelsenkirchen

33

Antrag an den 6. Parteitag

Betrifft Statut

Der Parteitag ändert das Wahlverfahren für die Parteitage-delegierten so, daß sie von den Ortsmitgliederversammlungen gewählt werden.

Begründung:

Wir meinen, daß das demokratischer ist als über den „Filter“ der LDK. Politische Ansichten, die sich in der Praxis eines Ortes herausbilden, oder praktische Tätigkeit und Erfahrungen können so direkt auf den Parteitag in die Diskussion wirken. Die sogenannten „Strömungen“ in der Partei können so auch besser berücksichtigt werden. Das zeigt auch die Erfahrung der Delegiertenwahl für den Sonderparteitag in Ruhr. Trotz großer Mehrheit für die neuen Organisationsprinzipien wurden bei der Wahl nur Delegierte der „Hauptströmung“ gewählt. Vielleicht kann man auch praktisch auf LDKs gar keine „Quotierung“ für Strömungen durchführen, so wäre durch die Wahl am Ort aber diese Möglichkeit gegeben.

Zelle General Blumenthal

34

Antrag an den 6. Parteitag

Betrifft: Schiedsordnung

Der Parteitag möge folgende Schiedsordnung beschließen:

Schiedsordnung

I. Schiedskommissionen

Die Zentrale Schiedskommission (ZSK) wird vom Parteitag gewählt und ist diesem rechenschaftspflichtig. Die Anzahl der Mitglieder wird vom Parteitag festgelegt. Sie muß ungerade sein.

Die Landesschiedskommission (LSK) wird von der Landesdelegiertenkonferenz bzw. -mitgliederversammlung gewählt und ist dieser rechenschaftspflichtig. Die Anzahl der Mitglieder wird von der LDK bzw. Mitglieder-versammlung festgelegt. Sie muß ungerade sein.

II Parteiverfahren

1. Der Antrag auf Durchführung eines Parteiverfahrens

kann von sämtlichen Mitgliedern und Organen der Partei gestellt werden. Er ist mit schriftlicher Begründung an die LSK zu richten.

2. Ist ein Mitglied der LSK von dem Verfahren betroffen oder in irgendeiner Weise am Streit beteiligt, so muß es für die Dauer der Durchführung des Verfahrens durch ein Mitglied der ZSK vertreten werden. Darüber hinaus hat jede/r Beteiligte das Recht, Mitglieder der LSKs wegen Besorgnis der Befangenheit abzulehnen. Über das Ablehnungsgesuch entscheidet die LSK. Bei der Entscheidung über das Ablehnungsgesuch beschließt anstelle des abgelehnten Mitglieds ein Mitglied der ZSK.

3. Die LSK muß das betroffene Mitglied unverzüglich nach Eingang des Antrags über Anschuldigung und Begründung informieren. Der/die Betroffene kann innerhalb von 4 Wochen schriftlich dazu Stellung nehmen.

4. Die mündliche Verhandlung soll ca. 6 Wochen nach Eingang des Antrags stattfinden. Innerhalb von 3 Wochen muß die LSK sowohl das betroffene Mitglied als auch den/die Antragsteller/in über den Termin der mündlichen Verhandlung informieren und sie auffordern, eine/n stimmberechtigte/n Beisitzer/in zu benennen. Der/die Beisitzer/in dürfen am Streit nicht beteiligt sein.

5. Sobald die Beisitzer/innen benannt sind, müssen ihnen von der LSK die vorhandenen Unterlagen zugestellt und der Termin der Verhandlung mitgeteilt werden.

6. Verantwortlich für die Durchführung der mündlichen Verhandlung ist die Untersuchungskommission. Die Untersuchungskommission besteht aus der LSK und den beiden Beisitzer/innen. Ein Mitglied der LSK fertigt ein Protokoll der Verhandlung an. Einwände gegen das Protokoll sind dem Protokoll beizufügen.

7. Der Antrag wird in Anwesenheit sowohl des/der Antragsteller/in als auch des betroffenen Mitglieds verhandelt. Zeugen können zur Verhandlung mitgebracht werden und werden in Anwesenheit beider Seiten gehört. Über Reihenfolge und Umfang der Zeugenanhörung entscheidet die Untersuchungskommission.

8. Nach Abschluß der Verhandlung berät die Untersuchungskommission und beschließt mit einfacher Mehrheit eine der folgenden Maßnahmen:

- Einstellung des Verfahrens
- Verwarnung
- Enthebung aus Parteifunktionen
- zeitweiliges Leitungsverbot
- Ausschuß aus der Partei

Der Beschluß muß mit Begründung und Abstimmungsergebnis protokolliert werden. Einwände gegen das Protokoll sind dem Protokoll beizufügen.

9. Der Beschluß, die Begründung und das Abstimmungsergebnis wird dem/der Antragsteller/in und dem betroffenen Mitglied mitgeteilt und innerhalb von 14 Tagen schriftlich zugeleitet.

10. Gegen den Beschluß kann innerhalb 4 Wochen nach Erhalt Einspruch bei der zentralen Schiedskommission eingelegt werden. Der Einspruch muß begründet sein.

Ist ein Mitglied der ZSK von dem Verfahren betroffen oder in irgendeiner Weise am Streit beteiligt oder hat es als Vertreter in der Untersuchungskommission mitgewirkt, so muß es durch ein Mitglied einer nicht beteiligten LSK vertreten werden.

Für das Verfahren vor der LSK gelten die Punkte 3 bis 9 entsprechend. Der Beschluß der zentralen Untersuchungskommission ist endgültig.

III Ruhen der Rechte und Pflichten

Besteht die Gefahr, daß der Partei durch ein Mitglied schwerer, nicht wieder gut zu machender Schaden zugefügt wird, so ist ausnahmsweise die zuständige Landes-

leitung nach Unterrichtung der LSK berechtigt, das Ruhen der Rechte und Pflichten des Mitglieds anzuordnen.

In diesem Fall muß die LSK so schnell wie möglich, spätestens aber nach Ablauf von 3 Wochen entscheiden, ob der Verdacht hinreichend genug begründet erscheint, um die Maßnahme für die Dauer des Parteiverfahrens aufrechtzuerhalten.

35

Antrag an den 6. Parteitag

Betrifft: Vereinigung mit der GIM

Der Parteitag möge beschließen:

1. am 7./8. Juni findet ein Sonderparteitag der KPD statt, der

a. auf der Grundlage von Abänderungsanträgen zum Programmtext und zum Statut, auf die sich die ZKs von KPD und GIM gemeinsam geeinigt haben sowie auf der Grundlage einer gemeinsamen Resolution zum Parteiverständnis darüber entscheidet, ob KPD und GIM sich zu einer Partei vereinigen sollen;

2. Sollte der Sonderparteitag die Vereinigung von KPD und GIM beschließen, hat er folgende Aufgaben:

- a. die Durchführung einer Urabstimmung in der Partei über die Frage der Vereinigung von GIM und KPD zu beschließen (Zeitraum für die Durchführung der Urabstimmung: 9. - 29.6.86);
- b. über den Namen der neuen Partei, ihre Publikationsorgane und ihre Beitragsordnung zu beraten;
- c. Termin und Tagesordnung für den Vereinigungsparteitag festzulegen;
- d. über einen Wahlmodus und einen Abstimmungsmodus auf dem Vereinigungsparteitag zu beraten.

Der Sonderparteitag ist öffentlich für die Mitglieder der KPD. Der Delegiertenschlüssel ist 1:5.

3. Die Vorbereitung dieses Sonderparteitags muß ab sofort die wichtigste innerparteiliche Aufgabe der KPD sein. Der 6. Parteitag spricht sich für folgenden Fahrplan aus:

a. Ende März (z.B. am 22./23.) finden Mitgliederversammlungen mit Vertretern/innen des ZK statt. Diese Mitgliederversammlungen haben die Aufgabe, eine gemeinsame Haltung der Partei zu den Abänderungsanträgen der GIM zu unserem Programmtext und zu unserem Statut zu entwickeln. Beraten werden muß auf diesen Versammlungen auch über das Problem der IV. Internationale. (Zur Erläuterung: Eine Stellungnahme des ZK zu den Änderungsanträgen der GIM zum Programmtext wird auf dem 6. Parteitag vorliegen, ebenso ein Bericht über ein Treffen mit der GIM zu diesem Thema, das am 26.1. stattfindet. Das gleiche gilt für das Problem der IV. Internationale. Eine Stellungnahme des ZK zu den Änderungsanträgen der GIM zum Statut wird es Ende Februar geben. Die Anträge selbst werden auf dem Parteitag vorliegen.)

b. Ende April findet eine gemeinsame Sitzung der ZKs von KPD und GIM statt, wo gemeinsame Abänderungsanträge zum Programmtext und Statut und eine gemeinsame Resolution zum Parteiverständnis beraten und beschlossen werden.

c. Abänderungsanträge aus der Partei zum Programmtext, die bis zum 31.3.86 gestellt werden, werden daraufhin geprüft, ob sie von den ZKs von GIM und KPD als gemeinsame Anträge übernommen werden. Alle Anträge, die von den ZKs nicht übernommen werden oder später gestellt werden (bis ca. vier Wochen vor dem Vereinigungsparteitag) sind automatisch Anträge an den Vereinigungsparteitag, der Anfang Oktober stattfinden sollte und werden von diesem in einem Konsensver-

fahren, das noch genauer festzulegen ist, entschieden.

d. In der zweiten Mai-Hälfte finden die Delegiertenwahlen für den Sonderparteitag statt.

ZK

36

Stellungnahme zur Kampagne der Partei gegen den § 116 Vorbemerkung:

Der Folgende Text wurde als Leserbrief für den RM geschrieben und uns mit der Bitte um Veröffentlichung vor dem Parteitag zugesandt. Da dieser RM keine Leserbrief-Seite hat, haben wir uns entschlossen, den Text an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Betrifft Artikel: „Stoppt das Gesetz!“ in RM 1/2 86, S. 5

Erscheint es vorstellbar, daß nach den theoretischen Anstrengungen im Rahmen der Parteidebatte um den Programmtext nun eine Mehrheit im ZK die Partei auf einen Weg führt, der ihren revolutionären Inhalt auf den einer Public-relations-Organisation der IG Metall reduziert? Wer den von mir erhobenen Vorwurf des Trade-Unionismus in dieser Schärfe aus den Thesen zum Parteitag nicht herauslesen mag, der nehme sich einmal den Grundsatzartikel zum § 116 im RM 1/2, Seite 5 vor. Hier wird im Abschnitt „Es geht um Demokratie“ eine Sicht des Klassenkampfes deutlich, die in ihrer gewerkschaftszentrierten Monomanie allen anderen Kampffronten gegen die Politik des Kapitals, deren es, Gott sei Dank! mehr gibt, als ich hier aufzählen kann, auf einen Punkt reduziert, der nicht weit neben der Bedeutungslosigkeit angesiedelt ist. Was noch schwerer wiegt, weil es mit seinen Endzeitbeschwörungen das Bewußtsein der Kollegen und Genossen vergiftet, ist das Nachbeten der gewerkschaftlichen Zweckpropaganda, wonach mit dem Durchbringen dieses oder jenes Gesetzes die gesamte oppositionelle Bewegung vom Kapital zu Boden geschlagen werde. Was wir einem Gewerkschaftsfunktionär in seinem Mobilisierungseifer nachsehen, können wir dem kommunistischen Redakteur nicht durchgehen lassen. Oder meint er wirklich dem Kampf gegen den § 116 mit dem Schüren irrationaler Ängste zu dienen? Was sagen wir den Menschen, wenn die laufenden Kämpfe sich in ein paar Jahren als Rückzugsgefechte entpuppen, wenn sich herausstellen sollte, daß eine Schwächung der Gewerkschaften wie in USA oder GB nicht verhindert werden konnte? Sagen wir dann: Unsere Kampfmöglichkeiten sind dahin, Leute ergebt euch in euer Schicksal! Nein? O.k., wenn wir das dann nicht sagen würden, sollten wir es klugerweise auch jetzt nicht sagen, sondern uns auf konkrete und realistische Analysen beschränken.

Ich würde nicht erregen, handelte es sich um die Privatmeinung eines Schreiberlings. Leider haben wir es aber mit einer strammen Riege von Betriebsarbeitern zu tun, mit Selbstbewußtsein gesegnet, deren Wort traditionell mehr gilt in der Partei als das der übrigen. Ihnen auf die Finger zu klopfen und die Borniertheit ihres Standpunktes klarzumachen, dürfte schwierig werden. Auf der anderen Seite sollten sich diese Leute überlegen, was aus der Partei wird, wenn alle die, die bisher unter Zurückstellung eigener Klassenkampfinteressen als „nützliche Idioten“ in Leitungen und sonstwo für die „Betriebscracks“ Zuarbeit geleistet haben — nur so funktioniert ja der Laden — sich mehr und mehr fragen, was eigentlich noch kommunistisch ist an einer Organisation, die nicht mehr die Vereinheitlichung und Verstärkung aller Klassenkampfzonen als Aufgabe setzt, sondern die Interessenvertretung eines kleinen Teils der Industriearbeiterschaft über alles stellt ...

Joachim, Bremen

Berichtigung!

In der Berichterstattung über das Treffen zur Bundestagswahl am 11.1. im RM 3/86 ist eine Passage in der Stellungnahme des BWK durch einen technischen Fehler unverständlich geworden. Wir wiederholen hier deshalb (der Einfachheit halber den ganzen Abschnitt) die korrigierte Passage über die Grünen.

Die politische Opposition, die ihre Basis in werktätigen Klassen hat, speist die Protestbewegung der GRÜNEN. Die GRÜNEN stoßen sowohl in der Kritik der Reaktion wie in der Kritik des Reformismus auf Grenzen. Daß der Kampf um Arbeiterinteressen dem Emanzipationsstreben der unterdrückten Volksklassen Richtung gibt, sehen sie nicht. Eine solche Erkenntnis verbietet sich den GRÜNEN, soweit

sie ihnen die Perspektive verlegen würde, die auf eine Gesellschaft weist, in der das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln wohl einschneidend eingeschränkt oder sogar aufgehoben würde, nicht jedoch eine bevorrechtigte Stellung der Intelligenz. Bestünde nicht eine derartige Zielvorstellung, bestünden auch nicht die GRÜNEN.

In der jüngst erschienenen 13. Ausgabe der Kommunistischen Hefte, dem theoretischen Organ unserer Partei, beschäftigt sich Detlef Schneider mit dem ökonomischen System der DDR. Gibt es in der DDR Warenproduktion? Entspricht der juristische Begriff des staatlichen Eigentums an den wesentlichen Produktionsmitteln den tatsächlichen Besitzverhältnissen? Findet in der DDR Mehrwertproduktion statt und sind die Arbeiter in der DDR Lohnarbeiter? Drückt der Plan in der DDR tatsächlich eine bewußte Lenkung der Wirtschaft im gesellschaftlichen Interesse aus? Diese und andere Fragen sind Gegenstand des Aufsatzes.

Genosse Schneider setzt sich dabei einerseits mit der offiziellen SED-Theorie auseinander, andererseits auch mit verschiedenen linken Erklärungsversuchen. Natürlich erfährt der Leser eine Reihe konkreter Fakten über das ökonomische System in der DDR.

Die Kommunistischen Hefte Nr. 13 sind zum Spottpreis von 6,— DM beim Verlag Roter Morgen zu bestellen.



Anmerkungen des ZK zu den Thesen über Gewerkschaftspolitik, Friedensarbeit, antifaschistisch-demokratischen Kampf und Jugendpolitik

Die im RM 51/52/85 veröffentlichten Thesen konnten vor ihrer Veröffentlichung im RM aus Zeitgründen im ZK nicht diskutiert werden. Das ZK hat über diese, von den Abteilungen verfaßten Thesen, erst im Januar diskutiert. Wir veröffentlichen im Folgenden vom ZK beschlossene Anmerkungen zu vier der dort veröffentlichten Thesen.

I. Gewerkschaftspolitik

1. Im allgemein-politischen Teil ist zu ergänzen:

„Eine weitere Auseinandersetzung wird die Frage der Veränderung der Arbeitszeitordnung aus den 30er Jahren sein, deren Entwurf — der gravierende Verschlechterungen enthält — schon in erster Lesung beraten wurde.“

In Verbindung mit der Abwehr der Änderung des § 116 ist die politische Forderung nach gesetzlichem Verbot der Aussperrung notwendigerweise zu erheben und verstärkt in die politische Debatte zu bringen; eventuelle Aktivitäten und Initiativen dazu sollten von uns unterstützt werden.

Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang auch eine positive Beurteilung und Behandlung des Komplexes „politischer Streik“, wobei es hauptsächlich darauf ankommt, seine Legitimität und seinen demokratischen Charakter deutlich zu machen, um die Ausweitung der Praktizierung dieses Instruments der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung zu fördern.“

Im 2. Teil: „Bisherige Versuche...“ ist zu ergänzen:

„Während bis zum Sommer/Herbst 85 auch bei den Gesprächen über die Bildung einer „Arbeitsgemeinschaft klassenkämpferischer Gewerkschafter“ keine entscheidenden Fortschritte zu verzeichnen waren, scheint es uns heute so, als seien auch kurzfristig hier gewisse Erfolge in der Verstärkung der organisierten Zusammenarbeit klassenkämpferischer Kräfte möglich.“

Der Absatz zu den Unvereinbarkeitsbeschlüssen in diesem Teil ist folgendermaßen neu zu formulieren:

„Eine besondere Rolle spielen in diesem Zusammenhang sicher notwendige Aktivitäten gegen die nach wie vor bestehenden Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Ihre Ein-

führung und Praktizierung war und ist in erster Linie gegen klassenkämpferische linke Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gerichtet, die sich gegen den vorherrschenden sozialpartnerschaftlichen Einfluß in Programmatik und Praxis der DGB-Gewerkschaften gewandt haben.“

Bei Aktivitäten gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse sollten wir auch klarstellen, wie wir zu berechtigten Kritiken an unseren früheren Positionen in der Gewerkschaftsfrage stehen.“

II. „Die Friedensarbeit der KPD“

In den Thesen der Abteilung wurde zu wenig auf die Frage der Weiterentwicklung der Friedensbewegung als Massenbewegung eingegangen. Dafür sollte unserer Meinung nach folgender Grundsatz gelten:

„Durch die Großaktionen 81—84, durch die breit angelegte Informations- und Öffentlichkeitsarbeit war die Friedensbewegung zu einem politischen Faktor geworden, der meinungsbildend für Millionen war und in der Lage, politischen Druck auf die herrschenden Befürworter des Aufrüstungskurses auszuüben. Diese gesellschaftspolitische Bedeutung rührte nicht zuletzt daher, daß die Bewegung in der Lage war, Forderungen von Millionen aufzugreifen: Keine Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles.“

Seit der Niederlage bei der Stationierung ist jedoch die gesellschaftliche Bedeutung der Friedensbewegung erheblich zurückgegangen. Einen Fortschritt für die Bewegung wird es aber nicht allein dadurch geben, daß sie sich „weiter radikalisiert“, sondern indem sie Forderungen aufgreift, die in der Massendiskussion sind, einigungsfähig in der Bewegung und den gesellschaftlichen Druck der von der Bewegung ausging, wieder aufbauen. Einen entsprechenden Stellenwert dürften heute die Pläne zur weiteren Weltraummilitarisierung haben, insbesondere die Ablehnung von SDI. Im Rahmen solcher Bündnisse sieht die KPD allerdings eine wichtige Aufgabe darin, für eine Verbreiterung des Standpunkts der „einseitigen Abrüstung“ zu werben.“

Weiter meinen wir zu Punkt 4 der Thesen:

Unserer Meinung nach sollte der Punkt wie folgt gefaßt sein: Neben einer Unterstützung der Anti-SDI-Kampagne sollten wir uns der Themen annehmen, die von anderen (interessierten) Kreisen gern vernachlässigt werden: europäische Weltraumrüstung vermittelt Eureka.

III. Zum antifaschistisch-demokratischen Kampf

1. Bezüglich des **Volkszählungsgesetzes** in Punkt 3 soll ergänzt werden, daß die Partei sich an einer Widerstandsbewegung gegen die Volkszählung beteiligen soll.

2. In **Punkt 4 (Ausländerfeindlichkeit)** soll eindeutiger als es in den Thesen der Fall ist, zum „Frankfurter Ap-

pell“ und seinen im Zusammenhang mit der Bundestagswahl 1987 geplanten Aktivitäten Stellung genommen werden. Soll heißen: „Im Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit und ausländerfeindliche Politik kommt dem ‚Frankfurter Appell‘ als bundesweitem Zusammenschluß von Initiativen und Organisationen ein besonderer Stellenwert zu. Es ist deshalb wichtig, daß die Partei dort aktiv mitarbeitet. Das gilt insbesondere für die im Zusammenhang mit der Bundestagswahl 1987 geplanten Aktivitäten, nämlich bundesweite Aktionen für ein Niederlassungsrecht im Herbst 1986 und Kampagnen für das Kommunale Wahlrecht in den Bundesländern, in denen Kommunal- oder Landtagswahlen stattfinden.“

3. In **Punkt 5 (Verbot faschistischer Organisationen)** soll es heißen: „Die Partei soll sich in den Kampf für das Verbot der FAP — möglichst bundesweit — aktiv einschalten. Dabei unterstützt die Partei nicht nur die Forderung nach Verbot und Auflösung der FAP als Nachfolgeorganisation der verbotenen ANS sowie die Forderung nach einem Verbot gemäß Artikel 139 GG, sondern auch die parlamentarische Initiative seitens der SPD in NRW. (Genossinnen und Genossen, die in diesem Bereich aktiv sind, sollten möglichst bald auf einem zentralen Treffen beraten, wie dieser Kampf für das Verbot der FAP von uns am besten unterstützt werden kann.)“

4. In **Punkt 6 (Volksfront)** soll eindeutig festgestellt werden: „Die Volksfront ist heute vom Charakter her im wesentlichen ein revolutionär-sozialistischer Zusammenschluß für den antifaschistisch-demokratischen Kampf. Wir meinen, daß die Partei auch unter diesen geänderten Bedingungen die Volksfront unterstützen soll bzw. Parteigenossinnen und -genossen in der Volksfront arbeiten sollen. Denn — abgesehen davon, daß die Volksfront eine der ganz wenigen bundesweiten Organisationen in diesem Bereich ist — meinen wir, daß es positiv ist, wenn revolutionäre Sozialisten sich zum Zweck des gemeinsamen antifaschistisch-demokratischen Kampfes zusammenschließen. Eine Auseinandersetzung über theoretische und praktisch-politische Fragen antifaschistisch-demokratischer Politik heute und ein Bemühen um gemeinsame Aktivitäten unter revolutionären Sozialisten halten wir für unbedingt notwendig. Allerdings kann diese Aufgabe nicht geleistet werden, wenn sie allein auf den Schultern einiger, weniger Genossen liegt. Zumindest ist erforderlich, daß das ZK sich intensiver und kontinuierlicher als bisher mit Problemen antifaschistisch-demokratischer Politik beschäftigt.“

IV. Jugend

Das Zentralkomitee unterstützt die Denkrichtung bezüglich des Strebens der Jugend nach Selbstbestimmung, die in den Thesen zum Ausdruck kommt. Ansonsten wird aber das Fehlen konkreter Ansatzpunkte für die Entwicklung einer Jugendpolitik kritisiert. Das Zentralkomitee sah keine Möglichkeit, diesen Mangel bis zum Parteitag noch abzustellen.

Tätigkeitsbericht des ZK der KPD

Zu Beginn unseres Rückblicks auf die Tätigkeit unserer Partei gedenken wir des Genossen Ernst Aust, der am 25. August 1985 gestorben ist. Genosse Ernst Aust war der Gründer unserer Partei und hat unsere Partei über all die Jahre geführt. Auch wenn wir seit dem 5. Parteitag über die notwendige Entwicklung unserer Partei sehr gegensätzlicher Auffassung waren: Genosse Ernst Aust hat seit seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft ununterbrochen für den Kommunismus gekämpft. Was er tat, tat er stets aus der Überzeugung heraus, daß es notwendig war, um der Arbeiterklasse zum Sieg über ihre kapitalistischen Ausbeuter und Unterdrücker zu verhelfen. Es gibt nur wenige, über die sich Gleiches sagen ließe.

Dieser großen revolutionären Lebensleistung des Genossen Ernst Aust wird unsere Partei stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Arbeit des Zentralkomitees im Berichtszeitraum war in starkem Maße durch die innerparteiliche Diskussion und Auseinandersetzung in Beschlag genommen. Lediglich im ersten Halbjahr 1984 war das nicht in dem Maße der Fall, weil hier der Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich stark im Vordergrund stand.

Nach der Sommerpause wurde das Zentralkomitee noch einmal in der Flick-Affäre politisch initiativ. Danach aber kam es immer seltener dazu, daß das Zentralkomitee wirklich gründlich Fragen der aktuellen Politik diskutierte. Die Plenums-Sitzungen waren im wesentlichen gefüllt mit Diskussionen, die im Zusammenhang mit der parteiinternen Diskussion standen: Beratung der vom Zentralkomitee vorgelegten Dokumente, Diskussionen

über Berichte von den Mitgliederversammlungen, der dabei zu Tage getretenen Positionen, Debatten darüber, ob und wie auf diese Positionen eingegangen werden soll usw. nahmen einen breiten Raum ein. Hinzu kamen Probleme, die sich aus den Vereinigungsverhandlungen mit der GIM ergaben und Probleme, die sich im Zusammenhang mit der Teilnahme am Beilagenkreis stellten. Als der Sonderparteitag heranrückte, erste recht als nach dem Sonderparteitag im Schnellverfahren der 6. Parteitag vorbereitet werden mußte, verstärkte sich diese Tendenz, nahezu ausschließlich Probleme der Parteientwicklung zu diskutieren noch mehr.

Seit der Sommerpause 1985 waren so viele Plenen des Zentralkomitees erforderlich, daß es terminlich noch nicht einmal mehr möglich war, die ursprünglich 14tägigen Politbüro-Sitzungen durchzuführen. Daß es praktisch nicht mehr möglich war, im Zentralkomitee die aktuellen Fragen des Klassenkampfes politisch angemessen zu diskutieren, hat insgesamt bei allen ZK-Mitgliedertiefe Unzufriedenheit hervorgerufen. Andererseits sahen wir auch keine Möglichkeit, das unter den gegebenen Umständen zu ändern. Für die politische Entwicklung der Partei ist das ohne Zweifel sehr schlecht. Jedenfalls sollte das neue Zentralkomitee versuchen, der politischen Diskussion mehr Raum zu verschaffen. Allerdings ist absehbar, daß vor allem wegen der Frage der Vereinigung mit der GIM der Druck, sich sehr stark mit programmatischen und organisationspolitischen Aufgaben zu beschäftigen, weiter anhalten wird.

Weil wir dazu in keinem Einzelbericht Stellung genommen haben, möchten wir an dieser Stelle eine kurze Bemerkung zur Frage der internationalen Beziehungen un-

serer Partei machen. Wir haben kaum noch Kontakte zu unseren Bruderparteien. Treffen gab es seit dem letzten Parteitag nur mit den albanischen Genossen, der KP Brasiliens, der dänischen Partei, der MAP-ML (Nicaragua) und der Marxistisch-Leninistischen Liga Tigrays. Wir müssen feststellen, daß wir heute ziemlich am Rand der marxistisch-leninistischen Weltbewegung stehen. Wir müssen auch davon ausgehen, daß der Großteil unserer Bruderorganisationen unsere Entwicklung, insbesondere die Vereinigungsbestrebungen mit der GIM, mit großem Argwohn verfolgt. Wir müssen aber auch sagen, daß wir in den letzten drei Jahren praktisch darauf verzichtet haben, einen offensiven Kampf für unsere Auffassungen in der internationalen m.-l. Bewegung zu führen. Ausschlaggebend dafür war, daß die Gespräche mit den Bruderparteien immer mehr den Charakter eines diplomatischen Notenaustausches angenommen hatten. Dem geringen Resultat dieser Gespräche stand aber ein hoher, vor allem finanzieller Aufwand gegenüber. Tatsächlich sind wir heute sehr schlecht darüber informiert, ob es neuere Entwicklungen bei unseren Bruderparteien gibt.

Außer Genossen Ernst sind zwei weitere Genossen aus dem Zentralkomitee ausgeschieden. Ein Berliner Genosse trat aus dem Zentralkomitee und aus der Partei aus. Eine politische Auseinandersetzung im Zentralkomitee, die dafür hätte ausschlaggebend sein können, war dem nicht vorangegangen. Es hatte den Anschein, daß große persönliche Schwierigkeiten und im Zusammenhang damit auch eine lange währende Überforderung durch die Partei für den Austritt dieses Genossen wesentlich waren.

Ein weiterer Genosse zog sich ebenfalls wohl auf-

grund persönlicher Probleme aus der Arbeit des Zentralkomitees und der Partei zurück. Weil dieser Genosse im wesentlichen alle Übersetzungen ins Türkische machte und den Löwenanteil an der redaktionellen Erstellung des türkischen RM hatte, entstand mit seinem Ausscheiden hier eine Lücke, die wir nicht mehr schließen konnten.

An Stelle der drei ausgeschiedenen Genossen wurde die vom letzten Parteitag gewählten Kandidaten zu Vollmitgliedern des ZKs.

Zur organisatorischen Entwicklung der Partei

Wegen des knappen Zeitraums zwischen dem Sonderparteitag und dem VI. Parteitag wurde kein detaillierter Fragebogen in die Grundeinheiten gegeben. Die folgenden Zahlen zur Struktur der Mitgliedschaft und zum organisatorischen Stand der Partei stützen sich auf Angaben der Landesbezirksleitungen.

Die Partei hat derzeit noch über 430 Mitglieder. Die von den Landesbezirksleitungen angegebenen Zahlen summieren sich exakt auf 437, sie enthalten aber einige „unsichere Fälle“. Beim V. Parteitag hatten wir ca. 780 Mitglieder. Eine Beurteilung der Austrittsgründe ist vor allem im Hinblick auf ihre zahlenmäßige Gewichtung schwierig. Einige Aspekte liegen auf der Hand: politische Gegnerschaft zur programmatischen Entwicklung der Partei im Sinne der Fraktionisten; sonstige Unzufriedenheit mit der Partei, ihre relative Erfolglosigkeit, Zweifel, ob eine positive Lösung der Parteikrise möglich ist; allgemeine Tendenzen zur Resignation und zum Abschlaffen u. a.

Bis auf sehr wenige Genossinnen und Genossen sind die türkischen bzw. kurdischen Parteimitglieder wieder aus der Partei ausgetreten. Sicher hat das zum einen klare politische Gründe. Viele dieser Genossinnen und Genossen kamen aus revolutionären türkischen Organisationen und standen mehr oder weniger direkt unter ihrem Einfluß. Die ideologische und politische Ausrichtung dieser Organisationen aber steht den heutigen Auffassungen unserer Partei sehr entgegen.

Das ist zwar zum erheblichen Teil zutreffend, ist aber ja andererseits nur eine andere Formulierung der Tatsache, daß unsere Partei es nicht vermochte, diese Genossinnen und Genossen tatsächlich zu integrieren. Das ist auch nicht nur die Frage, daß die Zentrale nicht für die notwendigen Übersetzungen gesorgt hat. Wir müssen feststellen, daß wir als Partei — vom Zentralkomitee bis hinunter zu den Grundeinheiten — unseren Anspruch, es sei richtig und notwendig, deutsche und ausländische Arbeiter in einer kommunistischen Partei zu organisieren, nicht eingelöst haben. Wir haben diese Auffassung ziemlich energisch gegenüber türkischen Organisationen wie der TDKP vertreten. Die Tatsache, daß die überwältigende Mehrheit der Genossinnen und Genossen aus der Türkei die Partei wieder verlassen hat, zwingt uns darüber nachzudenken, ob das in dieser Entscheidung richtig war bzw. — falls das bejaht wird — was wir an unserer bisherigen praktischen Haltung ändern müssen.

Der starke Rückgang der Mitgliederzahl ergibt sich, wenn die Austritte auch der wesentliche Faktor sind, auch daraus, daß kaum neue Mitglieder gewonnen werden konnten. Den 284 Austritten seit dem 5. Parteitag stehen nur 59 Eintritte gegenüber.

Mit 164 Genossinnen beträgt der Frauenanteil in der Partei 37,5 Prozent. Der Anteil von Arbeitern und zur Arbeiterklasse gerechneten unteren Angestellten liegt bei ca. 55 Prozent. Leider war die Frage auf dem Erhebungsbogen so mißverständlich gestellt, daß einige Bezirksleitungen keine zwischen Arbeitern und unteren Angestellten unterschiedenen Zahlen genannt haben. Die vorliegenden Zahlen deuten aber darauf hin, daß gegenüber dem 5. Parteitag unverändert ca. 40 Prozent der Parteimitglieder als Arbeiter/in beschäftigt sind.

Bei den folgenden absoluten Zahlen zur sozialen Zusammensetzung muß berücksichtigt werden, daß Angaben zur Klassenlage nur für ca. 400 Parteimitglieder gemacht wurden:

Mittlere Angestellte/Beamte: 75
Schüler/Studenten/Umschüler: 30
Hausfrauen/männer: 29
Arbeitslose: 35
Selbständige: 8

73 Genossinnen und Genossen sind Betriebs-/Personalräte, die weiteren Angaben über gewerkschaftliche Funktionen sind erkennbar unvollständig: 56 Vertrauensleute und 40 sonstige Funktionen.

Angaben zur Altersstruktur:
unter 20: 4 Genossinnen und Genossen
20 - 30: 99 Genossinnen und Genossen
30 - 40: 234 Genossinnen und Genossen
40 - 50: 19 Genossinnen und Genossen
über 50: 2 Genossinnen und Genossen.

Bei den Angaben zur Altersstruktur gilt es zu berücksichtigen, daß nur 358 Genossinnen und Genossen erfaßt

sind.

Die Parteimitglieder sind in 16 betrieblichen Zellen, 49 Stadtteil- bzw. Ortszellen und 3 Bereichszellen organisiert. Von den drei Bereichszellen sind zwei branchenmäßig/gewerkschaftlich orientiert und eine studentisch. Hier kommt eine starke Veränderung der Organisationsstruktur der Partei zum Ausdruck: Rückgang der betrieblichen Zellen, aber auch eine gewisse Tendenz zur Auflösung von Zellenstrukturen in Ortsgruppen hinein. Beispielhaft dafür die Ortsgruppe Stuttgart, die auf dem Erhebungsbogen als Ortsgruppe mit ungeklärter Struktur vorgestellt wird, was faktisch wohl bedeutet, daß derzeit die Mitgliederversammlung der Ortsgruppe die eigentliche Struktur ist.

Programm-Arbeit

Im Beschluß des 5. Parteitages über die Einberufung eines Sonderparteitages noch vor dem 6. ordentlichen Parteitag hieß es: „Vor dem 6. Parteitag der KPD, der in zwei Jahren stattfinden wird, ist ein außerordentlicher Parteitag einzuberufen, der zum Thema Sozialismus Stellung nimmt und ein neues Programm und Statut der Partei verabschiedet.“

Im März 1984 diskutierte und beschloß das Plenum des Zentralkomitees eine Art Rahmenplanung zur Sozialismus- und Programm-Diskussion:

1. Um das theoretische Wissen der Partei über Fragen des Sozialismus und der Diktatur des Proletariats zu erhöhen, sollten zwei Ausgaben der „Kommunistischen Hefte“ erscheinen, von denen sich die erste mit den Auffassungen von Marx und Engels über den Sozialismus und die Diktatur des Proletariats und die zweite mit dem Eingreifen Lenins in die Diskussion, die die Bolschewiki in den ersten Jahren der Sowjetmacht führten, beschäftigen sollten. Dabei ging es auch darum, eine vermutete einseitige Interpretation der Texte von Marx, Engels und Lenin durch die Partei kritisch zu überprüfen und gegebenenfalls zu korrigieren.

2. Die eingerichtete Projektgruppe DDR sollte sich auf die Untersuchung der Produktionsweise konzentrieren. Gegenüber der vom V. Parteitag beschlossenen Resolution „Sozialistische Demokratie und Diktatur des Proletariats“ bedeutete das eine eingeschränkte Aufgabenstellung, denn besagte Resolution forderte gleichberechtigt die Untersuchung der Frage, wie sich die heutigen Verhältnisse in den revisionistischen Ländern historisch herausgebildet haben. Bei dieser Entscheidung ging das ZK davon aus, daß für die Programmatik der Partei die Stellung zu den revisionistischen Ländern, wie sie heute existieren, (und nicht, wie sie sich in der Vergangenheit entwickelt haben) vorrangig ist. Es ging und geht ja in erster Linie um den Nachweis, daß der sogenannte real existierende Sozialismus kein Sozialismus ist. Andererseits war auch von den Kräften her, die Konzentration auf eine Fragestellung absolut notwendig. Faktisch war es nur möglich, die Arbeitsgruppe mit drei ZK-Genossen zu besetzen, die eigentlich schon alle ausreichend Beschäftigung hatten. Anfangs nahm noch eine Bremer Genossin an der Arbeitsgruppe teil, die ihre Mitarbeit aber bald einstellte und inzwischen die Partei verlassen hat. Inzwischen macht noch ein Genosse mit, der früher in der DDR lebte.

3. Die eigentliche Diskussion über ein neues Parteiprogramm sollte mit einem Artikel, der erste Überlegungen des Zentralkomitees beinhalten sollte, eingeleitet werden.

Das theoretische Organ mit dem Artikel über die Auffassungen von Marx und Engels erschien im Juni. Das war später als geplant. Der Grund war, daß das erste Manuskript, das von einem Genossen erarbeitet worden war, der später führend bei der Formierung der Koordinationskomitee-Fraktion aktiv war, unserer Meinung nach die Auffassungen von „Marx und Engels nicht richtig darlegte, sondern mit ausführlichen Stalin-Zitaten „erläuterte“, wie Marx und Engels zu verstehen sind. Das Politbüro beschloß daher, einen anderen Genossen mit einer gründlichen Überarbeitung des Manuskripts zu beauftragen. Dabei ist eine schwere Panne insofern passiert, als der Autor des ersten Entwurfs zwar telefonisch über die Entscheidung des Politbüros informiert wurde, aber nicht ausführlich mit ihm darüber diskutiert wurde, was natürlich ein Ding der Unmöglichkeit ist.

Zu diesem TO wurden von der Zentrale Kaderschulungen durchgeführt.

Ebenfalls im Juni 84 erschien ein Kommunist-Artikel mit Überlegungen zur Programm-Diskussion. Der Kommunist-Artikel und auch das Marx-Engels-TO sollten Grundlage für eine erste Runde von Mitgliederversammlungen sein. Diese Mitgliederversammlungen fanden auch zwischen Juni und September 84 statt. Kritik an den Vorstellungen des ZKs gab es etwa daran, die Untersuchung der Geschichte der revisionistischen Entartung zurückzustellen. Daneben wurden eine Reihe von Thesen

und Überlegungen des Zentralkomitees durchaus kritisch diskutiert, die spätere antagonistische Polarisierung wurde aber — vielleicht mit Ausnahme von Kiel — noch nicht deutlich.

Ende Oktober 1984 lag dem Zentralkomitee zur Information das Manuskript für das Lenin-TO vor. Das ZK diskutierte und beschloß Thesen zu drei Problemkreisen: 1. Arbeitermacht und Staat im Sozialismus, 2. Organisation der sozialistischen Wirtschaft, 3. Kommunistische Partei und Arbeitermacht. Diese Thesen wurden im Rahmen eines längeren Artikels „Die Pariser Kommune, die Oktoberrevolution und das Programm der KPD“ Ende Dezember 84 im „Roten Morgen“ und dann auch als Vorwort im Lenin-TO veröffentlicht. Dieser Artikel rief jene auf den Plan, denen die ganze Richtung der Diskussion nicht paßte. Sie trugen ihre Kritik von Anfang an in antagonistischer Form vor: Revisionismus, Titoismus, Trozismus, Anarchosyndikalismus usw.

Mitte Januar beriet das Zentralkomitee zum ersten Mal über einen vorliegenden konkreten Programm-Entwurf. Beschlossen wurde eine Ergänzung und Überarbeitung des Entwurfs, so daß der Entwurf erst im Februar vom Zentralkomitee verabschiedet werden konnte. Er wurde in einer Kommunist-Sondernummer parteiintern zur Diskussion veröffentlicht — zusammen mit einer Kritik des alten Parteiprogramms und des Statut-Entwurfs.

Bereits im Oktober 1984 hatte das ZK angekündigt, daß Ende Mai/Anfang Juni eine auf der Grundlage der Parteidiskussion überarbeitete Fassung des Programm-entwurfs erstellt werden sollte, die dann auch nach außen veröffentlicht werden sollte, und die als ZK-Antrag für den Sonderparteitag fungieren sollte.

Tatsächlich verlief die Parteidiskussion anders als vom Zentralkomitee angenommen.

1. Weil der Programmentwurf später als geplant fertig wurde, begann sie später als angenommen.

2. Verlief die gesamte Diskussion auf den in der ganzen Partei durchgeführten Mitgliederversammlungen und weiteren örtlich bzw. landesbezirksmäßig organisierten Diskussionsveranstaltungen im wesentlichen als scharfer Richtungsstreit: auf der einen Seite die Minderheit derjenigen, die den Programmentwurf und das ZK als revisionistisch, trozistisch usw. verteilten, auf der anderen Seite die Mehrheit, die die Richtung des Programmentwurfs unterstützten und ihn als Diskussionsgrundlage betrachteten. In diesem grundsätzlichen Richtungsstreit formulierte die Broschüre „Schluß mit den Lebenslügen“ (Pauli-Broschüre) einen extremen Gegenpol zur Position der späteren Fraktion.

Diese Polarisierung der Diskussion führte dazu, daß zunächst kaum konkrete Kritiken und Abänderungsanträge zum Programmentwurf vorlagen. Das Zentralkomitee beschloß aufgrund der Tatsache, daß eine Überarbeitung des Programmentwurfs vor der Sommerpause nicht sinnvoll sei. Es stellte den Programmentwurf als Antrag für den Sonderparteitag und kündigte an, daß das ZK aufgrund eigener Überlegungen und aufgrund der Parteidiskussion vor dem Sonderparteitag Änderungsanträge formulieren würde.

Der Programmentwurf wurde in der „gemeinsamen Beilage“ mit der Aufforderung an andere revolutionär-sozialistische Organisationen zur Diskussion veröffentlicht.

Im Juni 1985 fand ein erweitertes ZK-Plenum statt, zu dem ca. 30 Genossinnen und Genossen der Landesbezirksleitungen eingeladen waren. Die Entscheidung, keine Überarbeitung des Programmentwurfs vor dem Sonderparteitag vorzunehmen, wurde in der Partei relativ stark kritisiert und diese Kritik wurde auch von einigen Genossinnen und Genossen der Landesbezirksleitungen auf dem erweiterten Juni-Plenum vorgetragen.

Eine große Rolle spielte in der Programm-Diskussion die Frage, ob im Programm Aussagen über die Rolle der Partei gemacht werden müßten. Auf dem erweiterten Juni-Plenum wurde ein Diskussionspapier zum Selbstverständnis unserer Partei vorgelegt. Es war ein erster, vorher noch nicht im ZK und im Politbüro diskutierter Entwurf. Er wurde auf der Grundlage der Diskussion im erweiterten Plenum überarbeitet und als Diskussionsartikel im „Roten Morgen“ veröffentlicht. Diese Diskussion führte zu der vom Sonderparteitag verabschiedeten Resolution über das Selbstverständnis und die Rolle unserer Partei.

Auf dem August-Plenum 85 entschied das Zentralkomitee, eine Änderung der Tagesordnung des Sonderparteitages zu beantragen. Das Zentralkomitee kam zu der Auffassung, daß der Sonderparteitag noch nicht über das Programm der KPD beschließen sollte, sondern lediglich einen Entwurf beschließen sollte, der die bis dahin vorliegenden Anträge zum Programmentwurf berücksichtigen sollte. Dafür gab es zwei Gründe:

1. Durch das Auftreten der Fraktionisten war es unmöglich geworden, eine Atmosphäre herzustellen, die eine sachliche Diskussion einzelner Fragen erlaubt hätte. Viele Genossinnen und Genossen waren mit dem Verlauf

dieser Diskussion unzufrieden, weil sie ihre Probleme mit dem Programmwurf nicht in die Diskussion einbringen konnte, weil alle Debatte sich in der Regel immer um die Hauptfrage drehte, ob man im Prinzip für den Programmwurf ist oder prinzipiell dagegen.

2. Hielten wir es nach den ersten Reaktionen auch für sinnvoll, der Diskussion mit anderen revolutionären Sozialisten mehr Zeit einzuräumen.

Auf der September-Sitzung des Zentralkomitees, an der auf Einladung der Frauenabteilung auch 12 Genossinnen teilnahmen, wurden die von der Frauenabteilung vorgelegten Änderungsanträge zum Programmwurf diskutiert und als Änderungsanträge des Zentralkomitees beschlossen.

Zur Programmfrage wurden an den Sonderparteitag ca. 60 Anträge gestellt. Der Sonderparteitag verabschiedete den Programmwurf mit einer Reihe von Anträgen in der jetzt veröffentlichten Form (Dokumente vom Sonderparteitag der KPD).

Der Sonderparteitag beschloß zwei Änderungen zum Programmwurf, die er nicht formulierte. Leider wurde versehentlich auch in der Dokumentation des Sonderparteitags vergessen, auf diese beschlossenen Abänderungsaufträge des Sonderparteitages hinzuweisen.

Der erste Abänderungsauftrag lautet, daß Ausführungen über die neuen Technologien im Programm enthalten sein müssen. Im Rahmen der Vereinigungsverhandlungen mit der GIM wurde inzwischen die Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe beschlossen, die einen entsprechenden Vorschlag erarbeiten soll.

Der zweite Abänderungsauftrag bezieht sich auf eine differenziertere Darstellung der von NATO und Warschauer Pakt.

Zur Weiterführung der programmatischen Arbeit beschloß der Sonderparteitag die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zu Fragen der Klassenanalyse. Sie ist noch nicht gebildet.

Zur Auseinandersetzung mit den Fraktionisten (Koordinationskomitee)

Die inhaltlichen Fragen dieser Auseinandersetzung sind bekannt und wir gehen an dieser Stelle nicht weiter darauf ein. Behauptet wurde weiter, die durch das Zentralkomitee eingeschlagene Richtung der Programm-Diskussion sei nicht durch die Beschlüsse des 5. Parteitages legitimiert, das ZK würde sich als Fraktion über das geltende Programm und damit über das Statut hinwegsetzen. Daraus wurde die Forderung nach einem ordentlichen Parteitag abgeleitet, dessen Hauptziel offensichtlich die Abwahl des Zentralkomitees sein sollte.

Ein entsprechender Antrag wurde vom Genossen Ernst Aust im Zentralkomitee gestellt. Das ZK lehnte diesen Antrag ab. Er wurde aber im Kommunist veröffentlicht. Von den Sympathisanten dieser Position wurde eine Unterschriftensammlung eingeleitet mit dem Ziel, die laut damaligem Statut notwendigen Unterschriften (ein Drittel der Parteimitglieder) zur Durchsetzung des Parteitags zu sammeln. Noch im Juni 1985 wurde Vertretern der Koko-Fraktion seitens des Politbüros erklärt, daß das ZK auch eine Unterschriftenzahl unterhalb der Drittel-Quote akzeptieren würde, wenn sie groß genug wäre, um zu der Vermutung Anlaß zu geben, daß ein Drittel der Parteimitglieder die Forderung nach einem ordentlichen Parteitag unterstützen könnte.

Es wurden aber keine Unterschriften zur Stützung des Antrags auf einen ordentlichen Parteitag vorgelegt.

Das Zentralkomitee hat auf allen Mitgliederversammlungen die Diskussion mit den Fraktionisten gesucht. Das ZK hat auch versucht zu verhindern, daß diese Auseinandersetzung überhaupt diese scharfe fraktionelle Form annahm. Als uns gerüchteweise bekannt wurde, daß im März 85 in Kiel ein bundesweites Fraktionstreffen stattfinden würde, haben wir uns erfolglos um die Möglichkeit zur Teilnahme an der Diskussion bemüht. Als als Ergebnis dieses Treffens die Erklärung der 33 sogenannten Marxisten-Leninisten in der KPD erschien, das Koordinationskomitee gebildet wurde und die erste Ausgabe des „Weg der Partei“ erschien, reagierte das Zentralkomitee mit einer Erklärung, in der den Fraktionisten einerseits Freiheit der Diskussion zugesichert wurde, sie andererseits ultimatim aufgefordert wurden, das Koordinationskomitee aufzulösen und die Herausgabe des Weg der Partei einzustellen.

Als der 1. Mai als Datum des Ultimatums verstrichen war, diskutierte das Zentralkomitee, ob nun der aufgrund des damaligen Parteistatus eigentlich zwingend vorgeschriebene Parteiausschluß gegen die bekannten Fraktionisten vollzogen werden solle. Das ZK kannte inzwischen einen Großteil der Genossinnen und Genossen, die der Koko-Fraktion angehörten. Ihr Ausschluß hätte praktisch bedeutet, die wichtigste innerparteiliche Opposition gegen das ZK aus der Partei auszuschalten. Des-

halb ließ das ZK dem ausgesprochenen Ultimatum nicht die nach dem Statut fälligen Taten folgen.

Stattdessen wurde vom Zentralkomitee beschlossen, für die Ausgaben des Kommunist, die der Vorbereitung des Sonderparteitags dienten, die Begrenzung von 300 Schreibmaschinenzeilen aufzuheben. Diese Zeilenbegrenzung war seitens der Fraktionisten als Repressionsmaßnahme angeprangert worden.

Inzwischen hatten sich die Fraktionisten gespalten. Ein Teil (Zentrum Kiel) trat aus der Partei aus. Der Rest der Koko-Fraktion faßte kurz vor dem Sonderparteitag den Beschluß, die Partei zu verlassen bzw. ca. 90 Prozent der Parteimitglieder „auszuschließen“.

Verhandlungen mit der GIM

1. Das Verhältnis unserer Partei zur GIM hat im abgelaufenen Berichtszeitraum eine qualitative Veränderung erfahren. Es gab zwar bereits zum Zeitpunkt des letzten Parteitags im Gegensatz zu anderen Zeiten in der Vergangenheit positive Ansätze einer Zusammenarbeit —, vor allem im Bereich BuG und in der Frage der 35-Stunden-Wochen-Auseinandersetzung. Neu ist inzwischen, daß sich konkret die Möglichkeit einer Vereinigung unserer Organisationen stellt.

Diese Entwicklung wurde neben den positiven Erfahrungen in der Zusammenarbeit vor allem durch einen Beschluß des ZK der GIM vom September 1984 eingeleitet, nämlich in Gesprächen mit der Führung unserer Partei die Möglichkeiten einer Vereinigung zu diskutieren. Die Resolution des ZK der GIM, in der das festgehalten wurde, erwähnte als Grund dafür nicht nur die praktischen Erfahrungen sondern vor allem, daß auch eine größere programmatische Übereinstimmung möglich schien.

2. Das ZK begrüßte in seiner Antwort auf diese Resolution das Herangehen der GIM und beauftragte das Politbüro, Gespräche zur näheren Klärung der Vorstellungen zu führen. Die positive Antwort unseres ZK hatte vor allem die Gründe:

Die GIM entwickelte in dieser Resolution ähnliche Vorstellungen über die Einheit der revolutionären Sozialisten heute in der BRD wie wir sie selbst vertreten hatten — daß diese Einheit nämlich nicht als Ergebnis eines langsamen Prozesses des Zusammenwachsens denkbar ist, sondern nur herstellbar ist, indem die Differenzen zwischen unseren Organisationen vor dem Hintergrund der Erfordernisse der Entwicklung der Arbeiterbewegung heute ernsthaft geprüft und im wesentlichen historisch gewachsene Trennungslinien überwunden werden. So vertrat die GIM in dieser Resolution die Auffassung, daß eine gemeinsame Organisation der revolutionären Sozialisten weder trotzkistischer noch „ML“-Prägung, sondern in der Lage sein müsse, auch unterschiedliche Auffassungen unter revolutionären Marxisten zu integrieren.

In einem ersten Gespräch im November 1984 wurde deutlich, daß tatsächlich ähnliche Vorstellungen über einen Prozeß der Vereinheitlichung bestanden. Es wurde vereinbart, vor allem erst einmal über die programmatischen Positionen beider Organisationen zu diskutieren und zu klären, wieweit hier ein ausreichendes Maß gemeinsamer Vorstellungen für eine revolutionär-sozialistische Politik vorhanden ist. Weiter sollte über Charakter und Selbstverständnis einer revolutionären Partei heute gesprochen werden.

In diesem ersten Gespräch wurde auch von unserer Seite das Problem der internationalen Beziehung, sprich der IV. Internationale angesprochen. Wir stellten fest, daß für uns ein Anschluß an die IV. Internationale nicht infrage komme, da dies als nichts anderes als den Anschluß an die trotzkistische Strömung gewertet werden könne und eine Einengung auf internationaler Ebene darstellen würde, die wir hier gerade überwinden wollen. Dennoch wurde in diesem Gespräch eine Möglichkeit der Regelung dieser strittigen Frage diskutiert: Die Organisation wird nicht Mitglied, die Genossinnen und Genossen der GIM wissen auch, daß die KPD dagegen ist, haben aber in einer vereinigten Organisation das Recht, für einen Anschluß an die IV. einzutreten und zu werben und diese Frage auf einem Kongreß zu einem späteren Zeitpunkt verbindlich entscheiden zu lassen.

Der Verlauf der Gespräche

Insgesamt fanden nach diesem Auftakt im November 1984 im Jahr 1985 fünf Gespräche statt, wobei wie verabredet die Diskussion über die Programmatik im Vordergrund stand. Zu den Gesprächen im Februar 1985 aber lag nur der Programmwurf von uns vor, während die Genossen der GIM nur eine Gliederung eines Programms vorlegten. Es wurde daher nur in Umrissen wesentliche Auseinandersetzungspunkte deutlich: die Frage der Übergangsforderungen, die Einschätzung der revisionistischen Länder und die Einschätzung der SU im internationalen Zusammenhang. Es zeigte sich aber auch programmatische Übereinstimmung so z. B. in der Einschät-

zung des westdeutschen Imperialismus und in den Vorstellungen über die sozialistische Gesellschaft. Bis Juni wurde diese Frage noch dreimal diskutiert; wobei der in der gemeinsamen Broschüre abgedruckte „Plattformvorschlag“ der GIM zu einer scharfen Auseinandersetzung führte, in der wir deutlich machten, daß hier offensichtlich mehr der Wunsch nach Festschreibung trotzkistischer Grundsätze Pate gestanden hatte, denn der Versuch eine programmatische Einheit ausgehend von den wichtigsten Auseinandersetzungslinien der Arbeiterbewegung heute. Das ZK der GIM zog im Juni diesen Plattformvorschlag zurück und erklärte die Bereitschaft, den Programmwurf der KPD als Diskussionsgrundlage für die Einheit zwischen unseren Organisationen zu nehmen. Zugleich kündigte es Änderungsvorschläge für Teile des Programmwurfs an, von denen klar war, daß sie zwischen unseren Organisationen umstritten waren: 1. die Frage der Übergangsforderungen im Programm, 2. die Einschätzung der revisionistischen Länder 3. die internationale Rolle der SU und 4. die Partei im Programm.

Als dieser Punkt erreicht war und die Diskussion über eine mögliche Einheit damit in eine neue Phase trat, wurde beschlossen, die bis dahin erarbeiteten Papiere in einer Broschüre für die Öffentlichkeit zusammenzustellen.

Neben den programmatischen Fragen wurden auch in dieser Phase Fragen der Organisation und des Selbstverständnisses der revolutionären Partei zumindest angerissen, wobei vor allem die Vorstellungen über die Organisationsprinzipien einer revolutionären Partei sehr unterschiedlich waren. Diese Diskussion wurde dann nach der Sommerpause in einem weiteren Gespräch aufgenommen und es wurde vereinbart, daß die Differenzen, die hier bestanden, ähnlich wie beim Programm in Stellungnahmen von beiden Seiten für die Diskussion in beiden Organisationen dargestellt werden sollten. Die Differenzen bezogen sich weiter auf die Frage der Organisationsprinzipien, d. h. den Status von Fraktionen und Tendenzen in einer revolutionären Partei und Statutfragen wie Mitgliedsanforderungen und Grundorganisation. Auch in der Frage des Selbstverständnisses der revolutionären Partei schien es nötig, daß erst einmal die Positionen dargelegt würden, damit sie in den Organisationen diskutiert werden können. In einem weiteren Gespräch erläuterten die Genossinnen und Genossen der GIM ihre aktuelle Auseinandersetzung zu den Grünen vor ihrer Delegiertenkonferenz.

Berichterstattung und Diskussion in der Partei

Neben der Programmdebatte hat wohl die Diskussion um die GIM und die Gespräche mit ihr am meisten die Gemüter erhitzt. Dabei hat auch eine Rolle gespielt, daß das ZK es ganz offensichtlich nicht geschafft hat, seine Überlegungen bei diesem Vereinigungsprozeß für die Partei deutlich und verständlich zu machen. Hier wurde ein gewisser Umschwung eigentlich erst bei den Mitgliederversammlungen im September letzten Jahres erzielt, auf denen die Möglichkeit zur Diskussion mit Mitgliedern des ZK der GIM bestand. (MVs dieser Art wurden auch in der GIM durchgeführt.) Ein positives Echo in der Partei fand auch ein Artikel im RM, der unsere Haltung zur GIM früher und heute selbstkritisch darstellte.

Wegen des positiven Verlaufs der Gespräche stellte das ZK dann den Antrag an den Sonderparteitag, einen konkreten Vereinigungsprozeß einzuleiten, in dem ein gemeinsames Programm, Statut und Resolution zum Selbstverständnis der Partei erarbeitet werden soll. Dies ist vom Sonderparteitag mit großer Mehrheit verabschiedet worden.

Seit dem Sonderparteitag hat die GIM auf ihrer Konferenz ebenso eine Resolution zur Vereinigung mit der KPD beschlossen und ist die Diskussion über das Selbstverständnis der Partei in einem Gespräch seitdem fortgeführt worden. Die Papiere zu diesem Komplex, die ja bereits im September zur Diskussion in den Organisationen beschlossen waren, sollen jetzt umgehend zur Verfügung gestellt werden.

Beilagenkreis

Auf der ersten gemeinsamen Vollversammlung der ZKs von BWK und KPD nach dem V. Parteitag, im Januar '84, wird vereinbart, künftig eine gemeinsame Beilage zu den Publikationen der einzelnen Organisationen herauszugeben. An der Herausgabe der Beilage sollen sich möglichst viele Organisationen der revolutionären Sozialisten beteiligen. Die erste „Beilage“ zum Thema EG und EG-Wahlen erscheint Mitte April mit einer Auflage von ca. 8000. Außer BWK und KPD sind NHT/KG und FAU/R an der Herausgabe beteiligt. Im Laufe der Zeit schließen sich FAU/HD (A), AAU und PA und schließlich die GIM dem Herausgeberkreis der „Beilage“ und der Vollversammlung an. Die MLPD hat eine Beteiligung an der „Beilage“ kategorisch abgelehnt, der KB lehnte eine generelle Beteiligung ebenfalls ab, erklärte aber, sich in einzelnen „Beilagen“ an der Diskussion beteiligen zu wollen.

Die Themen der einzelnen „Beilagen“: 1. EG — EG-Wahlen; 2. 35-Stunden-Woche; 3. Sozialismus/Revisionismus in Osteuropa; 4. Revolutionäre Gewerkschaftspolitik; 5. Wie weiter mit den revolutionären Sozialisten?; 6. Wirtschaftspolitik von SPD und Grünen.

Die Vereinbarung, gemeinsame Vollversammlungen zwischen den ZKs von BWK und KPD abzuhalten, war im April 1983 getroffen worden. Grundlage dafür war das in einem gemeinsamen Kommuniqué gezogene Fazit aus dem Bundestagswahlkampf 1983: „Durch die Erfahrung des Bündnisses revolutionärer Sozialisten ist theoretisch und praktisch in Frage gestellt, ob die historisch gewachsene Konkurrenz der revolutionären sozialistischen Kräfte in der BRD tatsächlich politisch und ideologisch zwingend und damit auch im Interesse der Arbeiterklasse ist. (...) Die Zentralen Komitees von BWK und KPD sind bereit, die Frage, ob die Einheit der revolutionären Sozialisten in einer Partei möglich ist, ernsthaft zu prüfen. BWK und KPD sind unbedingt dafür, das mit möglichst vielen revolutionären sozialistischen Kräften gemeinsam zu tun.“ (RM 16/83)

Tatsächlich haben sich die gemeinsamen Vollversammlungen der ZKs von BWK und KPD aber nicht zu einem Instrument entwickelt, das die „historisch gewachsene Konkurrenz“ zwischen beiden Organisationen in einer Partei, die im April '83 möglich schien, positiv voranbrachte. Die Entwicklung verlief eher gegenteilig. Man muß heute feststellen, daß die Frage einer Vereinigung von BWK und KPD in einer Partei — zumindest für die nähere Zukunft — nicht mehr auf der Tagesordnung steht. Man muß darüber hinaus feststellen, daß die politischen Differenzen zwischen BWK und KPD in den letzten zwei Jahren ganz erheblich zugenommen haben — zur Erläuterung sei hier nur auf die Auseinandersetzungen um den Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und auf die Auseinandersetzungen um den Charakter der sog. „realsozialistischen“ Staaten verwiesen. Die Debatten zwischen BWK und KPD auf den gemeinsamen Vollversammlungen sind heute in einem manchmal schwer erträglichen Ausmaß von gerade der Konkurrenz bestimmt, die zu überwinden, BWK und KPD im April 1983 ursprünglich angetreten waren.

Die Hauptverantwortung für diese negative Entwicklung trägt unserer Ansicht nach der BWK, weil er — aus welchen Gründen auch immer — nicht bereit war, die Frage der Vereinigung beider Organisationen in einer Partei tatsächlich konkret zu stellen und weil er in den letzten zwei Jahren zunehmend politische Auffassungen entwickelt hat (s.O.), die ihn objektiv in eine Frontstellung gegen die reale Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik bringen. Auf der anderen Seite muß man aber auch sehen, daß die Partei — obwohl sie die Frage der Vereinigung beider Organisationen in einer Partei aufgeworfen hat — die Vereinigung von BWK und KPD bei weitem nicht so konsequent betrieben hat wie jetzt die Frage der Vereinigung von KPD und GIM. Das hat seinen Hauptgrund darin, daß politische Diskussionen in der Partei, die jetzt mit der Verabschiedung des Programmentwurfs ihren vorläufigen Abschluß gefunden haben, 1983 noch in ihren ersten Anfängen steckten.

Trotz dieser negativen Entwicklung, was das Verhältnis zwischen KPD und BWK angeht, waren wir der Meinung, daß die Existenz des „Beilagenkreises“ durchaus positiv zu bewerten ist. Dies einfach deshalb, weil damit ein Diskussionsforum für revolutionär-sozialistische Kräfte besteht, was immerhin ein Novum in der historischen Entwicklung ist.

Flick-Skandal

Im Oktober 84 erreichte der Flick-Skandal einen Höhepunkt. Der „Spiegel“ enthüllte, daß Flick mit Zahlungen von insgesamt 1,7 Millionen DM an Rainer Barzel dafür sorgte, daß dieser als CDU-Vorsitzender abtrat, um Platz für Helmut Kohl zu machen.

Auf dem Plenum am 26./27.10.84 diskutierte das Zentralkomitee, wie seitens der Partei in die heftige öffentliche Diskussion über die Korruption der Bonner Politik durch das große Geld eingegriffen werden sollte. Das Zentralkomitee beschloß die Herausgabe einer Reihe von AP-Mitteln (RM-Extra, Plakat, Kleber, Broschüre).

Wichtigstes politisches Ergebnis dieser Diskussion aber war, daß das Zentralkomitee zu der Auffassung kam, daß es nicht ausreichte, die bekanntgewordene Korruption der Bonner Politiker und Parteien (mit Ausnahme der Grünen) durch Flick und das große Kapital zum Anlaß zu nehmen für eine reine Propagandakampagne zur Demaskierung der Tatsache, daß hinter dem Parlamentarismus sich in Wirklichkeit die politische Macht des Kapitals verbirgt. Das Zentralkomitee beschloß, daß die Partei sich in ihrer Kampagne für die Forderung nach Rücktritt von Kohl und Neuwahlen einsetzen soll.

Dafür waren zwei Überlegungen ausschlaggebend:

1. Auch wenn Flick-Gelder ebenfalls an die SPD ge-

flossen sind, gingen wir davon aus, daß die Zusammenrottung reaktionärster Kapitalkreise auf dem rechten Flügel der Unionsparteien, ihr Einfluß auf die Bonner Wende der politische Hintergrund war, vor dem die Flick-Affäre vor allem beurteilt werden mußte, daß die Arbeiterbewegung auch in besonderer Weise gegen die politische Formierung dieser ihr gegenüber am aggressivsten auftretenden Richtung im Lager der Kapitalisten und der bürgerlichen Politik kämpfen muß.

2. Wenn es besondere Aufgabe der Kommunisten ist, das Streben der Arbeiterklasse nach politischer Macht zu fördern, dann konnte die Partei nach unserer Auffassung in einer solchen Situation nicht faktisch für eine politisch passive Haltung der Arbeiterbewegung gegenüber einer Regierung, die in seltener Eindeutigkeit als vom Klassengegner gekauft entlarvt war, eintreten.

Entsprechend hieß es in der ZK-Erklärung „Kohl muß zurücktreten“: „Die an sich selbstverständliche Forderung nach Rücktritt der Regierung ist bislang weder von der SPD noch von den Grünen, die als einzige Partei kein Geld von Flick erhalten haben, erhoben worden. Der DGB, der sich im Streikkampf in der Metall- und Druckindustrie dieser Regierung als einer offenen Arbeitskämpftruppe der Unternehmer erwehren mußte, fordert ebenfalls nicht den Rücktritt dieser Regierung.“

In dieser Situation darf sich die Diskussion in den Betrieben und Gewerkschaften nicht in allgemeinen Redensarten, daß Geld die Welt regiert und Politik ein schmutziges Geschäft ist, erschöpfen. Eine Arbeiterbewegung, die schimpfend aber tatenlos eine solche Regierung weiter duldet, verliert gegenüber den Angriffen von Kapital und politischer Reaktion immer weiter an Boden. Dieser Kanzler, diese Regierung müssen weg. Kohl muß zurücktreten und den Weg für Neuwahlen freimachen.“

Diese Orientierung stieß bei einer Reihe von Genossinnen und Genossen auf massive Kritik, die es vor allem als Aufgabe der Partei sahen, den Parlamentarismus zu entlarven. Sie lehnten die Stoßrichtung „Rücktritt der Regierung, Neuwahlen“ als reformistisch ab.

Weitaus größer war die Zahl der Genossinnen und Genossen, die zwar diese grundsätzliche Ablehnung der ZK-Position nicht teilten, sich aber andererseits nicht gedrängt sahen, sich besonders für die Forderung nach Kohls Rücktritt und Neuwahlen einzusetzen.

Daß die vom ZK diskutierte Stoßrichtung der Kampagne nur von einem Teil der Parteimitglieder wirklich überzeugt vertreten wurde, zeigte sich auch bei dem gemeinsam mit der GIM unternommenen Versuch, die Forderung nach Rücktritt und Neuwahlen über eine Initiative von Betriebsräten und gewerkschaftlichen Funktionsträgern zu verbreitern. Der Aufruf, unter den die Unterschriften gesammelt wurden, richtete sich insbesondere an die Fraktionen der SPD und der Grünen im Bundestag mit der Aufforderung, die Forderungen nach Offenlegung aller Fakten in Flick-Affäre und zum gesamten Filz Großkapital/Politik, Rücktritt von Kohl und Neuwahlen zum Bundestag zu unterstützen und dafür parlamentarisch aktiv zu werden.

Zwar kamen deutlich über 400 Unterschriften von Betriebsräten, Vertrauensleuten und anderen Funktionsträgern zusammen, was durchaus im Bereich der Erwartungen lag, bei genauerer Betrachtung des Beitrages, den wir dazu geleistet haben, wird aber deutlich, daß viele Genossinnen und Genossen ihren Einfluß gar nicht für diese Initiative eingesetzt haben. Die dann noch relativ große Unterschriftenzahl kam dadurch zustande, daß in bestimmten Bereichen, in denen Genossinnen und Genossen sich sehr energisch eingesetzt haben, die Resonanz sehr groß war. Um das herausragendste Beispiel zu nennen: in einem Betrieb wurde der Aufruf vom ganzen Betriebsrat (15 Mitglieder) und Vertrauenskörper (128 Mitglieder) unterstützt.

Der Aufruf erschien, nachdem die Sache sehr schleppe in Gang gekommen war, in der „taz“ als Anzeige, aber zu einem Zeitpunkt, an dem eigentlich die Luft aus der Sache schon raus war. Die Unterschriftenlisten wurden der Fraktion der Grünen übergeben und der SPD-Fraktion zugeschickt, nachdem ein vereinbarter Übergabetermin seitens der SPD aus offensichtlich politischen Gründen immer wieder verschoben wurde.

Rückblickend meinen wir: das ZK hätte früher die Flick-Affäre so diskutieren müssen, wie es dann im Oktober geschah. Mängel in der Durchführung der beschlossenen Kampagne haben sie zusätzlich verzögert. Die beschlossene Stoßrichtung der Kampagne halten wir nach wie vor für richtig.

Arbeitslosenarbeit

In der Politik der Partei, vor allem in ihrer betrieblichen und gewerkschaftlichen Argumentation, spielen Fragen der Arbeitsplatzvernichtung und Arbeitslosigkeit eine große Rolle. Demgegenüber ist die direkte Erwerbslosenarbeit und Erwerbslosenpolitik der Partei ausgesprochen unterentwickelt. Es arbeiten fünf Genossinnen und Ge-

nossen in der zentralen Arbeitsgruppe. Insgesamt arbeiten nur wenig mehr in Arbeitsloseninitiativen.

An dieser weitgehenden Vernachlässigung der Arbeitslosenfrage durch die Partei hat sich seit dem 5. Parteitag kaum etwas geändert. Eher muß man davon sprechen, daß das wenige, was es seitens der Partei an sichtbaren Aktivitäten gab, noch zurückgegangen ist.

• Eingestellt wurde die Arbeitslosenzeitung, nachdem die Resonanz aus den Ortsgruppen zunehmend negativer wurde und auch die Genossinnen und Genossen der zentralen Arbeitslosen-Arbeitsgruppe zu der Ansicht kamen, die Zeitung sei dem Stand der Arbeitslosenarbeit nicht angemessen. Feststellen muß man, daß die guten Vorschläge, die mit der Erstellung der Zeitung auch verbunden waren, zu konkreten Fragen geeignete Materialien für die Arbeitslosenarbeit zu erarbeiten, auch nicht in die Tat umgesetzt worden sind.

• Eingestellt wurden auch die regionalen Arbeitslosentreffen wegen mangelnder Beteiligung.

• Seit Genossen Ernst Aust von seinen zentralen Funktionen zurückgetreten ist, gibt es im Zentralkomitee keinen für die Arbeitslosenarbeit direkt verantwortlichen Genossen mehr, geschweige denn einen auch nur teilweise dafür Freigestellten. Im Rahmen der ursprünglichen Pläne zur Schaffung einer größeren Betriebs- und Gewerkschaftsabteilung war die Integration der Arbeitslosen-Arbeitsgruppe geplant. Nachdem die Schaffung der B.u.G.-Abteilung in der beabsichtigten Form nicht verwirklicht werden konnte, kümmerten sich die beiden für die B.u.G.-Arbeit verantwortlichen PB-Genossen nur sehr sporadisch um die Arbeitsgruppe. Aus Termingründen war es nicht einmal möglich, eine regelmäßige Teilnahme an den Treffen zu gewährleisten.

Die Arbeitslosenarbeit wurde seit dem 5. Parteitag nur zweimal speziell und länger im Politbüro bzw. im Zentralkomitee diskutiert. Eine Diskussion im Politbüro drehte sich um die Frage der gewerkschaftlichen Organisation von Arbeitslosen. Anlaß war der Entwurf einer Artikelserie im „Roten Morgen“ zur Arbeitslosenfrage und die Diskussion auf dem letzten Gewerkschaftstag der IG Metall, der die Öffnung der IGM für Arbeitslose ablehnte. Ergebnis dieser Diskussion war, daß in der Partei, aber auch in Arbeitsloseninitiativen zur Diskussion gestellt werden sollte, ob es nicht sinnvoll sei, für eine Arbeitslosengewerkschaft im DGB einzutreten. Diese Diskussion ist nach einem RM-Artikel und einer Ausgabe der Arbeitslosenzeitung zu diesem Thema, die eher den Eindruck machte, als ginge es darum, eine beschlossene Position der Partei zu propagieren, nicht weitergeführt worden.

Im Spätherbst 84 wurde im Zentralkomitee der Entwurf eines Arbeitslosenprogramms diskutiert. Die Kontroverse drehte sich einerseits um den Charakter des Entwurfs: er war sehr lang, bemüht eine Vielzahl von Forderungen, die in der Diskussion sind, zu erfassen. Demgegenüber vertrat eine Gegenposition im Zentralkomitee die Auffassung, daß ein Arbeitslosenprogramm der Partei sich nicht darin erschöpfen könne, den Forderungskatalog, der in den Arbeitsloseninitiativen diskutiert wird, noch einmal aufzuschreiben, um damit eher propagandistisch für die Partei zu werben, sondern daß einem programmatischen Dokument der Partei auch eine bestimmte Beurteilung darüber zugrundeliegen müsse, an welchen Punkten sich der Kampf voraussichtlich zuspitzen werde. In diesem Zusammenhang wurde im Zentralkomitee die Frage der Verteidigung der sozialen Sicherungssysteme gegenüber den konservativen Konzepten ihres fortschreitenden Abbaus große Bedeutung zugemessen, während der Entwurf des Arbeitslosenprogramms diese Frage nicht vorrangig behandelte, in bestimmten Forderungen und Darlegungen eher im Widerspruch zu einer solchen Orientierung stand. Die Diskussion im ZK führte zu keiner Einigung und zu keinem Abschluß. Beschlossen wurde eine Überarbeitung des Entwurfs und die Weiterführung der Diskussion im Politbüro. Dazu kam es nicht, weil Ernst seine zentrale Tätigkeit einstellte und die Arbeitslosenarbeitsgruppe den Entwurf nicht als taugliche Grundlage betrachtete.

Betrieb und Gewerkschaft

Die politisch bedeutsamste Tätigkeit während des Berichtszeitraums war das Eingreifen in den Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Die Konzeption unseres Eingreifens ging davon aus, daß die große Bedeutung des Kampfes für die 35-Stunden-Woche (diese grundsätzliche Einschätzung soll hier nicht wiederholt werden) es notwendig machte, daß der Kampf für die 35-Stunden-Woche zum eindeutigen Schwerpunkt der Arbeit der Partei wird. Deshalb wurden noch im Dezember 83 Schulungen zur politischen Bedeutung dieser Auseinandersetzung durchgeführt, deren Grundlage ein von der Dortmunder Ortsleitung ausgearbeitetes Referat war.

Grob gesagt ließ sich die Kampagne der Partei in zwei Phasen unterteilen. In der ersten Phase gingen wir davon

aus, daß es vor allem darum ging, der Propaganda der Unternehmer und der Regierung gegen die Forderung der 35-Stunden-Woche entgegenzutreten. Dazu erschienen in einer Gesamtauflage von 200 000 vier Flugblätter, die sich ausschließlich mit den ökonomischen Argumenten der Unternehmer gegen die 35-Stunden-Woche auseinandersetzten. In dieser Phase erschien außerdem ein Flugblatt mit frauenspezifischen Begründungen für die 35-Stunden-Woche und ein KJD-Flugblatt.

Zu den genannten vier Flugblättern gab es in der Partei neben Zustimmung auch Kritik, die die Beschränkung auf die wirtschaftliche Widerlegung der Unternehmerargumente nicht richtig fand. Aber in dieser Phase der Masendiskussion ging es tatsächlich darum, ob die 35-Stunden-Woche tatsächlich ein richtiger Schritt der Gewerkschaften im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit war oder ob die Wochenarbeitszeitverkürzung etwa zur Vergrößerung der Arbeitslosigkeit beitragen würde. Diese Flugblätter waren nicht ökonomistisch; denn sie gingen von der politischen Einschätzung aus, daß in diesem Meinungskampf „für oder gegen die 35-Stunden-Woche“ sich entscheiden würde, inwieweit es Unternehmern und Wendeparteien gelingen würde, die gewerkschaftlichen Positionen zu isolieren. Es widerspricht auch nicht der Rolle der Partei, wenn sie in bestimmten Flugblättern die Argumentation der Gewerkschaften nicht wesentlich überschreitet. Gerade dann, wenn Kapital und Reaktion besonders stark die Gewerkschaften angreifen, muß die Partei unbedingt die **richtigen** Positionen der Gewerkschaften konsequent vertreten — und zwar auch sichtbar als Partei. In der zweiten Phase, also mit dem Streikbeginn, sollten die Streikzeitungen das entscheidende zentrale AP-Mittel der Partei sein und waren es natürlich auch. Die 10 Nummern der Streikzeitung hatten insgesamt eine versandte Auflage von 364 000. Hinzu kam im Rahmen der Kampagne noch eine weitere Blind-Zeitung, das 1.-Mai-Extra und ein RM-Extra mit einem Aufruf zur Urabstimmung, das nur in den beiden zur Urabstimmung gerufenen Bezirken verteilt wurde.

Wir meinen, daß sich das Streikzeitungs-Konzept im allgemeinen bewährt hat. Wir haben im Zentralkomitee diskutiert, daß es bei der insgesamt passablen Kampagne der Partei folgende Hauptschwächen gab:

- Es hätte mehr Gewicht auf die praktische Initiierung und Koordinierung von Schritten gelegt werden müssen, um aus den Betrieben heraus mehr Druck zur Ausweitung des Kampfes zu erzeugen.
- Wir haben zu wenig Gewicht auf die Einbeziehung der Stadtteilzellen in den Kampf gelegt.
- Wir haben zwar in den Streikzeitungen politische Fragen aufgegriffen und auch direkt sozialistische Propaganda betrieben, die politisch-strategische Orientierung aber kam insgesamt zur kurz.

Betriebsrätewahlen 1984

Hier ist festzustellen, daß in der Vorbereitung der BR-Wahlen 1984 praktisch keine zentrale Anleitung und Ausrichtung stattgefunden hat. Die Zellen und Genossinnen und Genossen waren auf ihre eigenen Überlegungen angewiesen. Zur Auswertung der Ergebnisse wurde eine Fragebogenaktion durchgeführt, deren Ergebnisse in den „Kommunistischen Heften“ 11/85 veröffentlicht wurden. Die wichtigsten Zahlen:

Beteiligung bei mindestens 93 Betrieben mit knapp 300 Kandidatinnen und Kandidaten, die auf Listen bzw. Blockvorschlägen mit uns eng zusammenarbeiten.

Davon sind 130 Genossinnen/Genossen der Partei, die in den betreffenden Betrieben arbeiten — fast alle, die in den betreffenden Zellen organisiert sind, haben kandidiert. Von der Zahl von 300 wurde etwa die Hälfte gewählt. Im Vergleich dazu 1981: Über 300 RGO-Mitglieder o.ä., wovon über 200 gewählt wurden. Näheres auch hierzu in der zitierten Veröffentlichung. Wichtige Schlußfolgerung war, zum einen die nächsten Wahlen schon im Vorfeld durch entsprechende Debatten von der Zentrale her besser unterstützen, zum anderen eine intensivere Diskussion über die konkreten Probleme der BR-Arbeit organisieren. Dies geschah auf unsere Anregung hin in größerem Maße im Jahre 1984/85 durch verschiedene Berichte in den RGO-Nachrichten.

Zur Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Nach dem letzten Parteitag wollten wir daran gehen, ein Konzept der Anleitung und Vereinheitlichung der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit zu verwirklichen, das schon vor dem 5. Parteitag entwickelt worden war. Wir gingen davon aus, daß die Konkretisierung der Gewerkschaftspolitik sehr stark branchenmäßig erfolgen müsse. Branchenkongressen der Partei sollten diskutieren, wie sich Rationalisierung und Arbeitsplatzvernichtung in ihrer Branche auswirken, welche Fragen in den Tarifbewegungen von Bedeutung sind, wie die innergewerkschaft-

liche Auseinandersetzung verläuft usw. Die Branchenverantwortlichen sollten in der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit zusammengefaßt werden. Die Branchenkongressen sollten auch Branchenzeitschriften herausgeben. So wollten wir erreichen, daß fortgeschrittene Erfahrungen der Partei in bestimmten Betrieben für die Branche insgesamt nutzbar gemacht werden.

Konkret ist dieses Konzept daran gescheitert, daß die Genossinnen und Genossen, die in der Lage gewesen wären, die Aufgaben eines Branchenverantwortlichen zu übernehmen, dafür schon zu überbelastet waren. Heute meinen wir aber, daß dieses Konzept zwar in sich schlüssig ist und rein sachlich viel für sich hat, daß es aber für unsere Partei einige Nummern zu groß war und heute erst recht ist.

Als dieses Konzept für die B.u.G.-Abteilung scheiterte, haben wir praktisch den Plan, eine über zwei PB-Mitglieder hinausgehende B.u.G.-Abteilung einzurichten, überhaupt aufgegeben. Einen neuen Anlauf unternahmen wir erst wieder im April 85.

Eine dazu durchgeführte Konferenz von Betriebsarbeiterinnen/Betriebsarbeitern im April 85, eingeleitet mit grundlegenden Thesen zur politischen Lage der Gewerkschaftsbewegung, stieß auf großes Interesse. Es wurde beschlossen, bestimmte wichtige Themenkomplexe in Arbeitsgruppen weiter systematisch zu bearbeiten. Folgende Arbeitsgruppen wurden gebildet:

- Neue Technologien, Soziale Sicherungssystem, Arbeitslose, Arbeitszeit, Lohn/Gehalt.

Diese Arbeitsgruppen haben in unterschiedlicher Weise schon im Vorfeld des letzten RGO-Kongresses gearbeitet; ergänzt um die Arbeitsgruppe „Frauen“ trugen sie einen Teil der inhaltlichen Vorbereitung des gut besuchten Kongresses im Jahre 1985.

Die Bildung dieser Arbeitsgruppen war aber nicht nur eine richtige Konsequenz aus den praktischen Anforderungen an die Politikfähigkeit der Partei. Es war praktisch auch ein Umwerfen der zu Beginn des Berichtszeitraums vorhandenen Überlegungen für die Arbeit der Abteilung.

Schätzt man die ersten Monate der Arbeit der AGs ein, so ist zweierlei festzustellen:

- Nach einer Phase tatsächlicher Arbeit — in unterschiedlichem Umfang — läuft an praktischer Tätigkeit derzeit etwas in den AGs Frauen, Arbeitslose und Neue Technologien. In den anderen AGs herrscht dagegen mehr oder minder Ruhe. Dies hängt sicher auch damit zu-

sammen, daß die Programmdebatte einen breiten Raum in der Arbeit der Partei einnahm und unsere Kapazitäten natürlich irgendwo beschränkt sind.

- Das Interesse aus der Partei an diesen AGs teilzunehmen ist relativ hoch. Wichtig wäre es, eine tatsächliche verantwortliche Koordination und Leitung dieser AGs zu erreichen, einschließlich ihrer praktischen Einbindung in die Leitungsstruktur auf zentraler Ebene.

Die Arbeit der Abteilung war im wesentlichen bestimmt von bisher geschilderten Tätigkeiten. Hinzufügen muß man, daß eigentlich zu allen gewerkschaftspolitischen Aktivitäten/Auseinandersetzungen Artikel im RM erschienen, die auch ohne sonstige Anleitung eine gewisse Hilfestellung für die Orientierung der Partei gegeben haben, so unzureichend im Ganzen auch ein solcher Weg, dem es natürlich an Rückkopplung entscheidend mangelt, ist.

Darüber hinaus gab es eine Beteiligung an einer Arbeitsgruppe zu Gewerkschaftsfragen mit dem BWK, sowie die Beteiligung an gemeinsamen Konferenzen zu bestimmten Themen, Gewerkschaften — ÖTV-Tarifrunde 84/Stahlkoordination/ÖTV-85/INFO 35 nach der Tarifrundung 84/u.ä.

RGO

Neben der Volksfront-Diskussion hat die Auseinandersetzung um die RGO auf dem 5. Parteitag eine zentrale Rolle gespielt. Wir haben seit dem 5. Parteitag diese Diskussion nicht wesentlich vorangebracht, wobei man sehen muß, daß die Parteidiskussion auch mit der Programmdiskussion und dem damit verbundenen Richtungsstreit weitgehend „ausgelastet“ war.

Zwar wurde im März 84 eine Konferenz mit Genossinnen und Genossen aus verschiedensten Betrieben durchgeführt, auf der unterschiedliche Erfahrungen von Gewerkschaftsarbeit und der Unterstützung der RGO diskutiert wurden. Diese Konferenz brachte keine weitere Klärung.

Auf dem letzten RGO-Kongreß wurde ganz wesentlich auf unser Betreiben hin keine grundsätzliche Debatte um die RGO geführt.

Wir halten es für richtig, eine kritische Bilanz unserer Gewerkschaftspolitik und dabei insbesondere der RGO-Politik vorzunehmen. Das ursprünglich von der Partei vertretene RGO-Konzept war einerseits mit einer falschen, ultralinken Beurteilung der Arbeiterbewegung verbunden, andererseits mit einem bestimmten instrumentellen Verständnis von Massenorganisation. Letzteres hing wiederum untrennbar mit unserem Parteiverständnis zusammen. In der Partei haben wir sicher Schritt für Schritt dieses Konzept korrigiert und die RGO-Kongresse dokumentieren ebenfalls die Veränderung im Selbstverständnis der RGO. Andererseits wird etwa in der Resolution des 5. Parteitages zum wirtschaftlichen Kampf deutlich, daß sie nicht wirklich mit dem alten Verständnis bricht.

Gemeinsam mit dem Koordinationsausschuß der RGO haben wir in der Zeit nach dem 5. Parteitag Gespräche mit der GIM und der Gruppe Arbeiterpolitik geführt über die Möglichkeit, relativ schnell zu einem etwas breiteren organisierten Zusammenhang klassenkämpferischer Gewerkschafter zu kommen. Wir stießen aber bei GIM und ArPo damals auf Ablehnung. Inzwischen nimmt die GIM zu einem solchen Vorhaben eine positive Haltung ein. Wir meinen, daß wir uns zielstrebig darum bemühen sollten. Käme es zu einem organisierten Zusammenhang klassenkämpferischer Gewerkschafter, stünde nach der Beschlußlage der RGO die Auflösung der RGO zur Debatte. In diesem Fall fänden wir es erst recht notwendig, eine tatsächliche Bilanz über die negativen und positiven Erfahrungen der RGO zu machen.

Dokumente vom Sonderparteitag der KPD (November 1985)

Inhaltsverzeichnis

Programm der KPD (Entwurf)	2
Statut der KPD	10
Resolution der KPD über das Selbstverständnis und die Rolle unserer Partei	13
Resolution über die Vereinigung mit der GIM (Gruppe Internationaler Marxisten)	15

Nur 2 „DM

Bestellungen an: RM-Verlag, Postfach

3005 26, 4600 Dortmund 30

Antifaschistisch-demokratischer Kampf

Die Tätigkeit fällt in die Zeit, die durch das 2. und 3. Regierungsjahr der Rechts-Wende-Koalition geprägt ist. Mitte des Jahres 1985 gab es bereits eine „Zwischenbilanz der Bonner Wende“ (RM Nr. 31/32 vom 16. August), auf die bezüglich hier nicht näher ausgeführter politischer Entwicklung und Hintergründe, solcher Themen wie ideologische Offensive — geistig-moralische Erneuerung der Konservativen, Medien, Revanchismus, Personalausstattung usw. verwiesen wird. Die Bilanz gehörte zu der insgesamt bescheidenen Tätigkeit der Antifa-Abteilung beim ZK der KPD. In diesen Zeitraum fallen wichtige Ereignisse, Aktivitäten, Auseinandersetzungen und Entwicklungen auf dem Feld des antifaschistisch-demokratischen Kampfes wie folgende:

1. Angriff auf Arbeiter- und Gewerkschaftsrechte

Eine der schärfsten gesellschaftspolitischen Auseinan-

dersetzungen der letzten 25 Jahre — der Kampf um die 35-Stunden-Woche — signalisiert, daß es den reaktionären Kreisen ernst ist mit der Ankündigung, dem „Gewerkschaftsstaat“ und Anspruchsdenken den Weg zu verbauen, die Schwächung bis Ausschaltung der Gewerkschaften und ihrer Kampfkraft herbeizuführen. Neben dem massiven regierungsamtlichen, unternehmerischen und publizistischen Trommelfeuer kommt es auch zu Polizeieinsätzen und BGS-Übungen gegen Streikende, gewaltsame Auseinandersetzungen und Schwerverletzten. Diese Auseinandersetzung von 1984 findet 1985 ihre Fortsetzung in neuerlichen Anti-Arbeiter- und Gewerkschaftsinitiativen seitens der Unternehmer und ihrer Bonner Regierungsmannschaft, zuletzt mit dem § 116 des AFG. Diese Angriffe auf die Arbeiterschutz- und Gewerkschaftsrechte sind ein einschneidender, in der Antifa-Bewegung kaum berücksichtigter, Angriff und Einschnitt beim Abbau der Demokratie und reaktionären Formierung in dieser noch parlamentarisch-demokratischen Republik. Allgemein und im Rahmen ihrer Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit hat die Partei sich intensiv in diese Auseinandersetzungen eingeschaltet, unter dem Aspekt als Teil des antifaschistisch-demokratischen Kampfes keine besonderen Initiativen ergriffen, wie es früher in Zusammenhang mit der Aussperrungskampagne sehr gut gemacht worden war. Dies läuft jetzt an.

2. Faschisten und Neofaschisten bekommen Auftrieb

Ende 1983 wird auf öffentlichen Druck hin, Kühnens ANS verboten. Ein Erfolg der Antifa-Bewegung (Demos zum 50. Jahrestag usw.) von Seiten Zimmermann und Co. ein halbherziger Schritt mit eingebauter Falle nach links. Keiner der Aktivisten wird verhaftet, Kühn, Brehl und Co. können in der Folgezeit in den Mantel der FAP springen und ihre Sammlungsbewegung unter Jugendlichen für den Neonazismus fortsetzen. Erst sehr spät, nach vermehrten Protesten und Aktionen, an denen sich auch unsere Partei und ihre Genossen örtlich beteiligt haben, und nachdem Kühn ins Ausland sich absetzen gelassen wird, kommt es zu Festnahmen und auch verschiedenen Prozessen gegen Neofaschisten. Heute hat der Kampf um das Verbot der FAP und ihrer Vorfeldorganisationen wie „Borussenfront“ usw. neue Unterstützung und Möglichkeiten erfahren. Auf dem Hintergrund der Brüsseler Ereignisse, der Diskussionen um die Jahrestage 1983 und 1985 (8. Mai) ist das antifaschistische Bewußtsein sensibler geworden und die Bereitschaft einiges zu tun, damit es nie wieder Faschismus und Krieg gibt. Die Initiative der SPD und in ihrer Folge des Düsseldorfer Landtages für ein Verbot der FAP seitens des BVG als faschistische Partei ist ein Ausdruck davon und wurde von der Partei von Anfang an sehr begrüßt. Die Partei hat hier z. B. in der Region Dortmund/Ruhr ganz gute Aktivitäten entwickelt und sich für überparteiliche Zusammenschlüsse von Antifaschisten — Antifa-Forum, Ruhrgebietskonferenz — stark gemacht. Die Berührung und Auseinandersetzung in dieser Bewegung mit vielfältigen politischen Anschauungen und Vorstellungen über Sinn und Zweck eines Verbots, Stellenwert der Nazis im Spiel der Reaktion, ist die Partei in der Bewegung wie auch in der Volksfront zu wenig noch in inhaltliche Debatte getreten. Dies gilt auch in bezug auf den Kampf gegen die NPD, der insgesamt auch einen Aufschwung, stärkere Beteiligung von Menschen und auch Gewerkschaften an Gegenaktionen, zuletzt Frankfurt (Günter Sare) erfahren hat. Hier lagen Schwerpunkte der Aktivitäten der Partei auf dem Feld des antifaschistischen Kampfes, allerdings kann von keinem zentral forcierten und koordinierten Eingreifen gesprochen werden (Flugblätter, Diskussionen usw., mangelnde Beteiligung am NPD-Verbots-Kongreß der Volksfront im Nov. '84). Stärker geworden sind auch die Aktivitäten gegen das Auftreten der SS-Traditionsverbände (Bad Hersfeld, Oberaula, Nesselwang — jeweils fast 10000 Menschen und Gewerkschaften initiativ), die Zimmermann/Spranger aus dem Verfassungsschutzbericht genommen haben (HIAG). In der Auseinandersetzung um den 8. Mai und mit dem pervertierten Gesetz gegen die Auschwitz-Lüge und jetzt auch andere angebliche Geschichtsfälschungen, haben Dregger, Spranger, Zimmermann und Kohl ihre Haltung zum Faschismus deutlich gemacht.

3. Behutsam aber gezielt — die Demokratie wird abgebaut

Anfang 1984 lief der DEV-Sol-Prozeß an, der an eine der ersten Maßnahmen von Zimmermann und Co. erinnerte — Schlag gegen die „verfassungsfeindliche Linke“, heute Ausländer und morgen deutsche Organisationen (Begründung). Ansonsten hielt sich die Regierung nach der Niederlage mit der Volkszählung, angeschlagen durch die Spenden- und anderen Affären und wegen der sozialpolitischen Kahlschlägspolitik und Raketenstationierung ziemlich unter Beschuß, zunächst etwas bedeckt. Sie brachte eine Verschärfung des Demonstrationsrechts, die nicht mehr den weitestgehenden Vorstellungen der Unionsparteien entsprach und durch Gerichtsurteile wie zu Brokdorf nicht unproblematisch ist, als Kompromiß auf den Weg. Ansonsten wurde unter der Ebene öffentlicher Auseinandersetzungen, Personalpoli-

tik und Einflußnahme bei BND, Verfassungsschutz, BKA usw. genommen und reaktionär formiert und vor allen Dingen ein ganzes Bündel von Gesetzen heimlich bis heute vorbereitet, das eine Ausweitung des Überwachungs- und Polizeistaates, eine Stärkung des Machtapparates der Bourgeoisie in neuer Qualität bedeuten würde. Dem dient auch das Vorhaben eines neuen Zivilschutzgesetzes. Die Partei hat sich in diesen Fragen allerdings auch ziemlich bedeckt gehalten und keine besonderen Aktivitäten über Artikel und Berichterstattung im RM hinaus entwickelt bzw. entwickeln können. Dies gilt auch für das Feld der Berufsverbote, der Isolationshaft und Behandlung politischer Gefangener.

4. „Ausländer raus — offizielle Regierungspolitik

Der Feuertod von Asylbewerbern in Abschiebehaft am Sylvesterabend 1983/84 steht symbolisch für die reaktionäre, menschenverachtende und -gefährdende Ausländerpolitik der Regierung, der Reaktionäre auf Landesebene und bei Gerichtshöfen. Gegen Zimmermanns neue Ausländergesetze, „Rückkehrförderung“, Abbau des Asylrechts, für politische Gleichstellung, kommunales Wahlrecht usw. hat die Partei, auch im Rahmen der bundesweiten Initiative Frankfurter Appell viel und Gutes geleistet (s. Extra-Bericht).

5. Partei und Volksfront

Das Engagement der Partei und vieler ihrer Genossen für die Volksfront ist im Berichtszeitraum noch weiter und rapide gesunken. Was sich schon vor dem letzten Parteitag und auf ihm abzeichnete, ist im Laufe dieser Legislaturperiode verschärft zum Tragen gekommen. Da der Parteitag nur grundsätzlich über Volksfront ja oder nein, aber nicht über antifaschistische Politik konkret diskutierte, blieb die Resolution und die dort getroffenen Feststellungen und Bekenntnisse nur Appell ohne große Folgen. Die Partei hat durch mangelnde Aktivität und Initiative ihrerseits, anderen politischen Auffassungen über antifaschistischen Kampf in der Volksfront viel Raum und Platz gelassen, der letztendlich dazu geführt hat, daß die Volksfront auf ihrem Sonderkongreß zu Organisationsfragen, auf dem Kongreß zur NPD und zuletzt und schon umfassender auf ihrem letzten ordentlichen Kongreß von politischen Inhalten und Politikverständnis geprägt ist, das unseren Vorstellungen von Aufbau und Arbeit einer antifaschistisch-demokratischen Mitgliederorganisation und weniger eines Arbeitszusammenhangs revolutionärer Sozialisten auf antifaschistischem Feld, immer weniger entspricht. Ein Hauptproblem für diese Entwicklung liegt sicher darin, daß die Partei sich trotz Bekenntnisses zur wichtigen Rolle des antifaschistischen Kampfes neben dem betrieblich-gewerkschaftlichen Kampf kaum oder viel zu wenig inhaltlich mit dem antifaschistisch-demokratischen Kampf befaßt hat, um hier auch Impulse für die Partei und auch in der Volksfront geben zu können.

6. Eine wirkliche Antifa-Abteilung gab es nicht

Ein wichtiger Mangel der ganzen Misere ist das Nichtfunktionieren einer Antifaarbeit und -abteilung beim ZK, deren Aufgabe es sein müßte, oben skizzierte Aufgaben und Initiativen, Anleitung, Debatte, Koordinierung der Antifa-Arbeit zu übernehmen und dazu beizutragen, daß die Partei es versteht der reaktionären Strategie der Wendeformation eine erfolgreiche Gegenstrategie und -politik der antifaschistisch-demokratischen Kräfte entgegenzusetzen. Da liegen Aufgaben für die Zukunft.

Zum Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit und ausländerfeindliche Politik

Um es gleich vorweg zu sagen: Die Arbeit unserer Abteilung (Antifa/Ausländer/Frieden) ist auch auf diesem Gebiet bisher unzureichend. Es reicht zur Absprache für das Verhalten zu zentralen Aktivitäten, zur Klärung von Inhalten, die sich bei Aktionsvorbereitungen und im RM auswirken. Es reicht nicht zur kontinuierlichen Ausrichtung und Mobilisierung der Genossen im Bundesgebiet, nicht zur Organisation eines viele Genossen einbeziehenden Diskussionsprozesses, der sich schnell auf das Verhalten der Zentrale auswirkt, eben nicht einmal dazu, einen Überblick über die Aktivitäten in den Orten zu gewinnen. Wenn im ZK bzw. PB — das „zum zweiten“ — auch kein besserer Überblick vorliegt, reicht offenbar die Art und Weise, wie auf zentralen Instruktionen darüber berichtet bzw. gesprochen wird, auch nicht aus. Es scheint mir daher unumgänglich, zumindest zu versuchen, die zentrale Abteilung zu verstärken und darüber hinaus — ohne dem wird es nicht gehen — Arbeitsgruppen von Parteigenossen/innen zu diesem inhaltlichen Punkt (d.h. Antifa/Ausländer ohne Friedenskampf) in den Landesverbänden anzuregen bzw. einzurichten, die sich wiederum auf entsprechende örtliche Gruppen (AGs, nach meiner Vorstellung kein Ersatz für, sondern Ergänzung zu den Parteizellen) stützen können. Wir haben in Fragen der Ausländerpolitik ohne Zweifel eine verhältnismäßig weit entwickel-

te und vor allem gute Programmatik und auch Praxis entwickelt, wir machen noch zu wenig daraus.

Zur Programmatik sei gleich angemerkt, daß eine irgendwelche Folgen zeitigende Befassung mit unserem „Ausländerprogramm — Entwurf“ im Berichtszeitraum nicht stattfand. Das sollte bald nachgeholt werden. Neben Artikeln im RM befaßten sich Anfang 1984 zwei Ausgaben der „Kommunistischen Hefte“ ausführlich mit grundsätzlichen Fragen der Ausländerpolitik und der Orientierung der Partei.

Der V. Parteitag benannte den „Kampf gegen ausländerfeindliche Politik und Hetze, für die politische Gleichstellung und Integration unserer ausländischen Mitbürger“ als einen von 4 Punkten, die die „wichtigsten Aufgaben(n) im demokratischen Kampf heute angesichts der aktuellen Vorstöße der Reaktion“ darstellen sollten, wie die Partei sie sieht. Die politische Entwicklung hat gezeigt, daß dieser Kampf in diesen Kontext gehört und diese Einschätzung bestimmte auch tatsächlich die Aktivitäten der Parteigenossen, die auf diesem Gebiet arbeiten.

Die Reaktion hat ihre Pläne formuliert. Da ist zum einen am bekanntesten der Zimmermann'sche Gesetzentwurf, da ist zum anderen, in letzter Zeit ganz aktuell, der Plan zu einem neuen Asylverfahrensgesetz, zur Abschaffung des Rechts auf Asyl. Der Zimmermann-Entwurf ist noch immer nicht Gesetz. Sein „Geist“ regiert aber schon, in seinem Sinne wird gearbeitet, auch in sozialdemokratisch regierten Ländern, wenn sich auch hier zuerst Erfolge des Widerstandes und der Mobilisierung zu zeigen beginnen.

Ein gewisser Erfolg im Sinne der Bundesregierung war die „Rückführungsaktion“ ausländischer Arbeiter und Familienangehöriger, die zeitweilig mit Prämien versucht wurde. Der im ganzen gesehen völlig mangelhafte Widerstand von Seiten der Gewerkschaftsgruppen und Betriebsratsgremien in den betroffenen Betrieben dagegen — es gelang teilweise sogar, sie in die Organisation der „Rückführung“ mit einzubeziehen, andererseits gibt es (wenige) Beispiele, daß Aufklärungs- und Mobilisierungsarbeit dagegen auch Erfolge zeitigten — macht deutlich, wie wichtig es ist, sich für einen verstärkten Widerstand der organisierten Arbeiterbewegung gegen die Ausländerfeindlichkeit einzusetzen. Was die „Rückführungsaktion“ angeht, so sind die Genossen, die von uns in betroffenen Betrieben arbeiten, dagegen aufgetreten, z.T. initiativ. In unserer Propaganda, im RM und anderen Publikationen hat die Aufklärung darüber eine wichtige Rolle gespielt.

Die KPD hat aktiv teilgenommen an den Versuchen, den Protest gegen die Pläne der Reaktion zu organisieren. Gestützt auf Erfahrungen und Fortschritten in örtlicher Bündnisarbeit, haben auch wir uns eingesetzt für die bundesweite Zusammenarbeit von auf diesem Gebiet tätigen Initiativen und Parteien. Unser Ausgangspunkt: die BRD ist ein Einwanderungsland. Unser Motto: Gleiche Rechte für Ausländer und Deutsche, weg mit allen Sondergesetzen — weg mit Ausländergesetz. Unsere perspektivische Forderung: Automatische Zuerkennung der doppelten Staatsbürgerschaft.

Den „Frankfurter Appell“ haben wir unterstützt und unterstützen wir als bundesweites Initiativbündnis, das sich die Forderung nach gleichen Rechten zur Grundlage der Arbeit gemacht hat. In dieser Hinsicht gibt es für den Frankfurter Appell nach wie vor keinen Ersatz. Trotz möglicher feststellbarer Mängel in der Arbeit und Schwierigkeiten in der Ausdehnung der Bündnisbreite, die manchem vielleicht nicht schnell genug geht, wo es z.T. auch immer wieder Rückschläge zu verzeichnen gibt.

Ins Jahr 1984 fielen zwei große bundesweite Aktionen, für die der „Frankfurter Appell“ verantwortlich zeichnete: die Aktionswoche im März und der „Marsch ...“ im Oktober. In beiden Fällen hat die Partei an Planung und Durchführung mitgewirkt, in zahlreichen Städten an den Aktionen teilgenommen und sie mit auf den Weg gebracht. Beide Aktionen brachten einen höheren Bekanntheitsgrad für den „Frankfurter Appell“, eine Verbreiterung der Forderung nach gleichen Rechten und, besonders der Marsch, z.T. neue Kontakte zu gewerkschaftlichen Kreisen, eine Unterstützung für diejenigen, die dort für eine offensivere Politik eintreten.

Bei diesen bundesweiten Aktionen gab es im Nachhinein auch immer anzumerken, daß die Mobilisierung von KPD-Genossinnen und Genossen Mängel aufwies. Das Problem wurde anfangs schon angesprochen. Eine intensivere politische Arbeit in die Partei hinein, auch gut organisiert, muß hier Abhilfe schaffen.

Wir haben uns im Berichtszeitraum sicher stärker als in der Zeit vorher, dafür eingesetzt, die Forderung nach Gleichberechtigung nicht nur als Propagandalosung gegen die Absichten der Bundesregierung zu setzen, sondern Schritte zu benennen und Ansätze zu nutzen, der Gleichberechtigung näher zu kommen. Im Mittelpunkt steht dabei unseres Erachtens der Kampf für das kommunale Wahlrecht. Das Kommunalwahlrecht ist ein möglicher Schritt zur Gleichberechtigung, der am ehesten durchsetzbar erscheint (auf Länderebene). Heute zeichnet sich ab, daß der Druck für diese Forderung breitere Kreise zieht, in der SPD z.B. die Kräfte sich stärker zu

Wort melden (können), die z.T. schon vorhandene Beschlüsse nicht in den Schubladen verrotten lassen wollen. Bewegung gibt es auch in den Gewerkschaften. Schwerpunkt unseres Einsatzes unter diesem Thema war 1984 Nordrhein-Westfalen (Kommunalwahlen). Dort lief auch im Vorfeld der Landtagswahlen '85 noch etliches. Zur Unterschriftenkampagne des VIA haben KPD-Genossinnen und Genossen einen erheblichen Teil beigetragen. Hierbei wie auch generell kann bzw. muß gesagt werden, daß Initiative und praktischer Einsatz für und bei Aktionen der Volksfront oft vor allem bei KPD-Mitgliedern lagen. (Wobei die Partei insgesamt die Volksfront mehr und mehr außer acht gelassen hat.) In Hessen, Westberlin, Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg haben sich bzw. werden sich noch KPD-Gruppen dafür stark machen. Wahlen stehen außerdem in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bayern an. Unsere Arbeit 1984 und 1985 bestätigt, daß der Einsatz für das kommunale Wahlrecht für Ausländer wichtig und lohnend ist. Wichtig im Sinne einer „Durchsetzungskampagne“, deren Erfolg natürlich niemand versprechen kann.

Dort, wo die KPD sich an Wahlen beteiligt hat, war die Forderung nach dem kommunalen Wahlrecht bzw. auch allgemeinen Wahlrecht zentraler Bestandteil unseres Programms und wurde oftmals offensiver vertreten als von anderen Parteien (auch den Grünen).

Im Bundesmaßstab hat sich die KPD zusammen mit anderen dafür eingesetzt, im Hinblick auf die Bundestagswahl eine Kampagne mit den Schwerpunkten Niederlassungsrecht und Wahlrecht zu führen. Der „Frankfurter Appell“ hat eine solche Kampagne beschlossen. Im Februar '86 beginnt die nähere Planung dafür. Der Kampf auch für kleine Schritte hin zur Gleichberechtigung wird auf entschiedenen Widerstand der Unternehmer stoßen. Verschiedene kapitalistische Verbände haben auch im Berichtszeitraum deutlich gemacht, daß so etwas nicht in Frage kommen dürfe, von daher bestätigt sich unsere Einschätzung, daß das „Zimmermann-Papier“ alles andere als „vom Tisch“ ist.

Die Kampagne „Mach meinen Kumpel nicht an“, die die 'ran-Redaktion im Herbst startete, haben wir begrüßt — und mit der Unterstützung **begonnen**. Z.T. waren Genossen auch an gewerkschaftlichen Initiativen beteiligt. Eine wichtige Aufgabe, die Kampagne auszuweiten, mit Inhalt zu füllen, damit zur Veränderung des politischen Klimas beizutragen. Eine offensichtliche Notwendigkeit, dabei abgehobene theoretische Einwände in der Linken — MLPD, BWK — zu bekämpfen, wie sie sich z. B. inzwischen auch in der Volksfront durchgesetzt haben.

An einer Reihe von Initiativen gegen den Abbau des Asylrechts in verschiedenen Bundesländern sind Genossinnen und Genossen engagiert. Wir haben uns auch im Rahmen des „Frankfurter Appells“ mit dafür eingesetzt, eine engere Verbindung zwischen diesem Kampf und dem Einsatz für Gleichberechtigung herzustellen, wie das dann ansatzweise auf der Konferenz im letzten Jahr geschah.

Friedensbewegung

Ende 83 mußte die Friedensbewegung eine herbe Niederlage einstecken: Trotz des erklärten und durch die Friedensbewegung aktivierten Willens der Mehrheit der Bevölkerung, daß in der BRD keine neuen Mittelsteckenraketen stationiert werden sollen, beschloß die Bundesregierung ihre Zustimmung zur Stationierung von Cruise Missiles und Pershing II, letztere sind inzwischen vollständig stationiert. Hatte der Widerstand nicht ausgereicht, die Stationierung zu verhindern, so hatte sich doch (bleibend) eine Einsicht breit gemacht: die Aufrüstung sichert nicht den Frieden, sondern bringt uns dem Krieg näher.

1. In einer Zwischenbilanz der Wendepolitik in der Sicherheits- und Außenpolitik schrieb der Genosse U. L. im RM 32/85:

Festzuhalten bleibt. Die Union hat das **Bündnis zu den USA** und die **Treue zur NATO** in jeder Hinsicht bekräftigt. Sie hat den **Nachrüstungsbeschluß** durchgesetzt gegen den Widerstand und Willen der Mehrheit der Bevölkerung. Sie hat in der **Entwicklungspolitik den Kurs verschärft**, im Sinne Reagans. Unterstützung nur noch für genehme Regierungen. Sie ist auf den **Konfrontationskurs** Reaganscher Art nicht vorhaltlos, aber mehr eingeschwenkt. Unter anderem wird dies ja auch durch das Anfachen bzw. Aufkommenlassen des offenen **Revanchismus** als besonderer bundesdeutscher Variante gegenüber der SU und den Ostblockländern sichtbar.

Sie hat sich die **Optionen für eine auch atomare Bewaffnung** der Bundeswehr durch die Stationierung der Mittelstreckenwaffen, aber auch durch die **Reaktivierung der WEU**, Aufhebung aller Einschränkungen bis auf die Atombewaffnung selbst, nukleare Mitsprache bis europäische Atomstreitmacht, weiter offen gehalten.

Sie hat den Kriegsführungskonzepten der USA und NATO ihre volle Unterstützung bei Verfolgung eigener Absichten gegeben. Die Unterschrift von Glanz unter **Air-land-battle** gilt. Das Wartime-Host-Nation-Support-Abkommen wird mit Leben gefüllt. Die **Bundeswehrbe-**

schaffungsplanung von 300 Mrd in den nächsten 12 Jahren (heutige Preise), die eine militärtechnische Verwirklichung von Air-land-battle, Rogers-Plan und FOFA — also von offensiver Vorverteidigung und integriertem Schlachtfeld, Enthauptung bzw. Erpressung der SU, darstellen, hat längst begonnen. Dies bedeutet eine weitere enorme Steigerung der Rüstungsausgaben, die noch folgenschwere Auswirkungen auf den Sozialabbau im Haushalt usw. haben werden.

Die **Wehrdienstverlängerung** ist klar, die Stärke der Bundeswehr wird unter allen Umständen aufrechterhalten, obwohl bald 150000 Soldaten durch „Pillenknicke“ fehlen. Entsprechend wurde die **Kriegsdienstverweigerung erschwert** durch Abschreckung des Ersatzdienstes durch Verlängerung. Im übrigen auch eine Vorankündigung der Verlängerung des Wehrdienstes.

Die **Rüstungskosten** sind im Bundeshaushalt von 1982 bis jetzt schon überproportional gestiegen, sie werden 1986 statt der bislang schon erreichten 23 Prozent des Haushalts dann 30 Prozent erlangen.

Die Regierung plant die Verabschiedung eines neugefaßten sogenannten **Zivilschutzgesetzes**, das in Wirklichkeit ein innenpolitisches Militarisierungsprogramm total darstellt und die Hebel zur Schaffung von Ruhe an der Heimatfront und Kriegführung im innern gewährleisten soll, nicht nur im Kriegs- sondern auch in allen denkbaren „politisch-militärischen“ Krisenfällen.

Anzufügen wäre noch: Während die oppositionelle Sozialdemokratie schon im Widerspruch steht zu einigen Elementen der Sicherheitspolitik der Wenderegierung (uneingeschränktes Ja zu P II und CM, SDI-Beteiligung im Sinne des Aufbaus eines Raketenabwehrschirms, Zivilschutzgesetz) werden andere tragende Elemente des Aufrüstungskurses von ihr mitgetragen: uneingeschränktes Ja zur NATO und zur Bundeswehr, Ja zur Wiederbelebung der WEU, Ja zur konventionellen Aufrüstung, Ja zu Eureka.

2. Gegen diesen Aufrüstungskurs hat die Friedensbewegung in den letzten beiden Jahren Front gemacht. Sie hat zwar erheblich an Größe und Mobilisierungsfähigkeit verloren, ist aber nach wie vor eine fortschrittliche gesellschaftliche Massenbewegung, in der sich die KPD engagieren sollte. Die Aktionen der Friedensbewegung lassen sich sehr grob in zwei Gruppen unterteilen: Einmal die traditionellen Großaktionen der Friedensbewegung, die thematisch eher unverbindlich „Abrüstung in Ost und West“ fordern, aber auch gegen konkrete Aufrüstungsmaßnahmen dieser Wenderegierung (Stationierung von P II, Rüstung und Sozialabbau, SDI-Beteiligung) gerichtet sind und die die größten Mobilisierungszahlen aufweisen, weil sich das sozialdemokratische und gewerkschaftliche Spektrum massenhaft beteiligt u. a.: (Ostermärsche 84 an ca. 100 Orten, Menschenketten und Volksversammlungen im Oktober 84 mit 400000 Teilnehmern, Osteraktivitäten 85 mit ebenfalls 400000 Teilnehmern.) Zum anderen die Aktionen (vorwiegend vom unabhängigen Spektrum getragen), die sich konkret gegen einzelne Aufrüstungsschritte in der BRD richten und die Konfrontation mit der von allen staatstragenden Kräften gestützten Sicherheitsdoktrin suchen (etwa Treue zum NATO-Bündnis, Ja zur Bundeswehr, Westintegration). Aktionen waren u. a.: Manöverbehinderung und Menschennetz im Fulda-Gap mit 40000 Leuten, Aktionen gegen die NATO-Manöver in Hildesheim mit 6000 Leuten, Tribunal und Demo gegen den Weltwirtschaftsgipfel mit 30000 Leuten im Mai 85. Daneben gab es an Großaktionen noch:

- die Volksbefragung am 17. 6. 84, an der sich 58 Prozent der Wähler vor 18000 Wahllokalen beteiligten und von denen sich 87 Prozent gegen die Stationierung von P II und CM aussprachen.

- die Demonstrationen anlässlich des 40. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus mit Zehntausenden Teilnehmern und die Antikriegstage der Gewerkschaftsbewegung.

3. Die Beteiligung der KPD an den Aktionen der Friedensbewegung

Um es vorweg zu sagen: Das Engagement der Partei in der Friedensbewegung entsprach zwar keineswegs dem Einsatz in der Gewerkschaftsbewegung oder auch in der Bewegung gegen Ausländerfeindlichkeit, aber war dennoch für unsere kleine Organisation nicht so schlecht:

- Osteraktionen 84. Nur punktuelle Teilnahme mit wenigen Kräften, KPD gibt ein Flugblatt heraus, Info-Stände;
- Volksbefragung 17. 6. 84: Die KPD propagiert die Volksbefragung als ein Mittel öffentlich deutlich zu machen, daß die Mehrheit im Bundestag nicht den politischen Willen der Mehrheit der Bevölkerung vertritt. An einigen Orten beteiligen sich Genossinnen und Genossen der KPD fleißig und tragen die Aktionen verantwortlich mit.

- Hildesheim 22. 9. 84: „Störmanöver gegen NATO-Manöver“. Die KJD macht ein Friedenscamp und beteiligt sich konkret an der Manöverbehinderung. An der Demo beteiligen sich einige Dutzend KPD-Leute, die KJD ist auch in die Struktur der Aktion einbezogen, Info-Stand.

- Menschennetz im Fulda Gap 29. 9. 85: Das ZK hatte beschlossen, daß die KPD im Friedensherbst 84 hauptsächlich nach Fulda mobilisieren sollte. Etwa 100 KPD-

Mitglieder beteiligen sich, einiges an Transparenten, Veranstaltung, Info-Stand, gute Mobilisierung des LBV Hessen.

- An den Großaktionen im Oktober 84 beteiligt sich die KPD nur mit Info-Ständen.

- An der Solidaritätsdemo für Nicaragua am 3. 11. 84 nehmen ca. 12 Genossinnen und Genossen der KPD teil und verbreiten 5000 Flugblätter.

Für den gesamten Friedensherbst 84 gaben wir eine BLIND heraus und verbreiteten gute 30000.

- Ostern 85: Die KPD verbreitet eine neue BLIND in der Auflage von 25000, Info-Stände, punktuelle Teilnahme

- 4. Mai 85: Die Beteiligung eines Blocks der Partei mit ca. 100 Leuten an der Demo gegen den Weltwirtschaftsgipfel war die beste und kämpferischste Friedensaktion in den letzten beiden Jahren, Info-Stände bei Demo und Tribunal. Am gleichen Tag nahmen noch einige Dutzend Genossinnen und Genossen an den regionalen Demonstrationen zum 40. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus teil. Zu beiden Aktionen gab die KPD eine Flugschrift in Auflage von 15000 heraus.

Zu den gewerkschaftlichen Antikriegstagen 84 und 85 gab die KPD Flugblätter heraus, die auf DGB-Veranstaltungen und vor Betrieben verteilt wurden.

4. Die Rolle der KPD in den Strukturen der Friedensbewegung/ politische Initiativen

Ihr merkt schon, wozu wir vor allem die Aktionen der Friedensbewegung genutzt haben: um a) wie alle anderen daran teilzunehmen und b) unsere Standpunkte publizistisch zu verbreiten. Die allermeisten Aktionen haben wir politisch überhaupt nicht beeinflussen können, obwohl wir an einer Reihe von Aktionsvorbereitungen (Fulda Gap, Hildesheim, WWG, Reagan-Stippvisite in Hambach, auch die Aktionskonferenzen der Friedensbewegung) fleißig teilgenommen haben. Dies kommt daher, daß wir örtlich in der Regel in der Friedensbewegung nichts darstellen, revolutionäre Sozialisten den Sozis und Revis zu revolutionär und den Ach-so-Alternativen zu antiquiert sind und die Szene uns inzwischen auch nicht mehr liebt als früher. Über die Beteiligung der KPD an regionalen Friedensstrukturen, etwa Ostermarschkomitees und Friedensversammlungen (die in der Verantwortung der LBLs liegen) ist uns nichts bekannt.

Stärker eingeschaltet hat sich die KPD zentral und z.T. auch mit weitaus mehr Genossinnen und Genossen in die Förderung der Initiative „Kein Frieden mit der NATO — BRD raus aus der NATO“, die wir mitgegründet haben und deren ersten Flugschrift zu Ostern 84 wir mitverbreitet haben. Letztlich wurden wir vom Kern dieser Initiative — Leuten vom KB und Umfeld — aus der Initiative ausgegrenzt anhand der Frage der Stellung zum Warschauer Vertrag. U.E. waren es aber nicht nur die politischen Grundsatzfragen, die eine Zusammenarbeit so schwierig machten. Wir gestehen ja gerne ein Defizit der KPD in Sachen inhaltlicher Auseinandersetzung in die Bewegung hinein zu, aber ähnlich defizitär ist der KB in Sachen „Arbeit unter den Massen“: In seinen Politikkonzepten kommt die schlicht nicht vor. Inzwischen existiert diese Initiative nicht mehr.

Seit dem Frühsommer 85 arbeitet die KPD regelmäßig in der Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen (BUF) mit und hat auch die Mitgliedschaft im Trägerkreis dieses Bündnisses beantragt. Wir haben uns für die Mitgliedschaft im BUF entschieden, weil der BUF der Zusammenhang ist, der am eindeutigsten für einseitige Abrüstung eintritt (also klassischem marxistischen Antimilitarismus am nächsten steht) und eine Anti-NATO-Orientierung besitzt. Schwierigkeiten im BUF gibt es für uns immer da, wo es gilt, eine Friedenspolitik gegen die Reaktion zu entwickeln und gemeinsame Handlungslinien mit den sozialdemokratischen „Massen“ (etwa bei SDI) zu entwickeln.

Örtlich arbeiten 12 bis 15 Genossinnen und Genossen in der Friedensbewegung, verteilt jedoch über die verschiedenen Spektren: teils in traditionellen Stadtteilinitiativen, teils in eher unabhängigen „Komitees gegen den Krieg“, „Anti-NATO-Initiativen“ u.ä. Eine Bündelung unserer lokalen Aktivitäten, um die Friedenspolitik, die wir gemeinsam für richtig halten, zumindest punktuell durchzusetzen, fand nicht statt (auch eine Kräftefrage).

5. Die Entwicklung der Friedenspolitik der KPD in Stichworten

- Auseinandersetzung (v.a. im RM) darum, daß der Friedenskampf als Klassenkampf gegen das hiesige Großkapital geführt werden muß, Polemik gegen die klassenversöhnlerische Position der DKP (mehrere Große Koalitionen der Vernunft gegen P II und SDI);

- Die KPD beteiligt sich nicht an der Verweigerungskampagne der Friedensbewegung, weil sie auf einer pazifistischen Grundlinie erfolgt und keine politische Strategie darstellt, die Arbeiterklasse gegen die Kriegsvorbereitungen zu mobilisieren;

- Die KPD orientiert v.a. auf Aktionen, die gegen konkrete Kriegsvorbereitungen (Fulda, Hildesheim, WWG, Hambach) gerichtet sind und wo die politische Konfrontation mit den Kriegstreibern im eigenen Land gesucht wird und nicht vorrangig auf allgemeine „Abrüstungsde-

mos“; in der oft geführten Debatte über die Radikalität der Kampfformen der Bewegung erklärt die KPD für sich, daß es vor allem auf die politische Radikalität der Forderungen, für die mobilisiert wird, ankommt;

Seit die SPD in der Opposition ist, ist die Sozialdemokratie Teil der Friedensbewegung. Unsere Haltung: der Friedenskampf muß gegen die Regierung der politischen Reaktion gerichtet sein, aber während wir die gemeinsame Aktion mit Sozialdemokraten suchen, muß gleichzeitig gegen den integrativen Druck und die falschen Lösungen der Sozialdemokratie angegangen werden. Um die Problematik, die sich aus diesem Spannungsverhältnis ergibt, hat sich das ZK erst ganz zuletzt politisch-taktisch gekümmert (Kontroverse um den Anti-SDI-Aufruf). Die KPD hat ein allgemeines Defizit in konkreten Auseinandersetzungen mit sozialdemokratischen Friedensstrategien: neue Entspannungspolitik, Sicherheitspartnerschaft, neue europäische Friedensordnung;

Unter den in der Friedensbewegung engagierten Genossinnen und Genossen der KPD ist soweit diskutiert worden, daß der „Friedensplan der KPD“ keine geeignete Grundlage für die Friedensarbeit der KPD darstellt. Dieser Plan abstrahiert von vielen konkreten Positionen der Friedensbewegung. Sein Hauptmangel ist jedoch, daß er den hauptsächlichsten Antrieb für den Friedenskampf in einer nationalen Argumentation sucht: der Existenz von zwei deutschen Staaten, der Anwesenheit von US-Truppen in der BRD und von Truppen der SU in der DDR. Demgegenüber ist es jedoch so, daß das Friedensengagement der meisten Leute in der BRD resultiert aus der Betroffenheit von den Aufrüstungsmaßnahmen der BRD-Regierung. Die KPD braucht also neue Veröffentlichungen zum Friedenskampf.

- Geändert hat die KPD auch ihre Einschätzung der derzeitigen Militärpolitik der SU. Während der 5. Parteitag Ende 83 noch in der Resolution „Krieg dem imperialistischen Krieg“ festschrieb: „Beide Supermächte sind bestrebt, das sogenannte atomare Patt zu überwinden und eine deutliche Überlegenheit über die jeweils andere Seite zu gewinnen.“, unterstrich der Sonderparteitag weitgehend einheitlich, daß ein Streben nach atomarer Überlegenheit und militärischer Erstschlagsfähigkeit z.Z. nur bei der NATO feststellbar ist. Daraus folgte der Auftrag des Sonderparteitags an das ZK, die militärstrategische Rolle der NATO und des Warschauer Vertrags im Programm differenzierter darzustellen.

6. Vom ZK einberufen, hat eine Friedensarbeitsgruppe der KPD bislang dreimal getagt. Es hätte regelmäßiger sein können, aber immerhin. Die AG hat unsere Politik bei den verschiedenen Aktionen und Konferenzen diskutiert, friedenspolitische Papiere in der KPD verbreitet und z.T. auch die Teilnahme der Partei an überregionalen Bündnissen organisiert. Klar also: nur ein Ansatz, den wir ausbauen müssen.

Tätigkeitsbericht Frauenabteilung

Der V. Parteitag legte den Grundstein für den Beginn einer organisierten Frauenarbeit in der KPD. Es war jedoch nicht der Parteitag selbst, sondern ein Teil der weiblichen Delegierten, die in den Pausen — teils belächelt von männlichen Delegierten — eine Frauenresolution erarbeiteten. Die Resolution selbst spielte auf dem PT keine Rolle und wurde an das ZK zur Behandlung verwiesen, mit dem Auftrag, eine Frauenkonferenz einzuberufen. Erstmals gab es nun auch eine Frauenbeauftragte beim ZK der KPD.

Die erste Frauenkonferenz der KPD im April 1984 sollte eine Art Bestandsaufnahme und Erfahrungsauswertung der mit Frauen und in Frauengruppen etc. aktiv arbeitenden Genossinnen werden. Dies hat sie nur zum Teil geleistet. Einen großen Teil der Diskussion entspann sich um den Tagesordnungspunkt „Probleme der Frauen in der Partei“. Damit waren die Weichen gestellt für ein neues Selbstverständnis der Frauen in der Partei weg von der alten Unterordnungsideologie — hin zum aktiven Vertreten der eigenen Interessen, verbunden mit der Aussage, daß sich die Frauen in der KPD als Teil der Frauenbewegung sehen und verstehen.

Die auf der Frauenkonferenz begonnenen Diskussionen setzten sich fort auf weiteren Seminaren und Treffen und fanden letztlich in den Anträgen zur Quotierung zum Sonderparteitag einen ersten Höhepunkt.

Die auf der Frauenkonferenz gebildete Frauenabteilung — bestehend aus vier Genossinnen der Partei — hatte das Ziel, in den Prozeß zur Entwicklung von Frauenpolitik innerhalb der KPD möglichst viele Genossinnen einzubeziehen, Frauenpositionen in der KPD möglichst gemeinsam zu erarbeiten. Wir meinen, daß dies durch die Seminare, die Diskussion um die Quotierung incl. Go-in im ZK und die Bildung von dezentralen Frauenarbeitsgruppen gelungen ist, ein Anfang gemacht ist.

Aktivitäten im Berichtszeitraum:

- a) nach außen: Zum Anfang des Berichtszeitraumes stand im Mittelpunkt die 35-Stunden-Woche — dazu Frauen-Flugblatt; Beteiligung an der ersten Muttertagsaktion — Stand der KPD-Frauen; 8. März; Teilnahme an

der zweiten Muttertagsaktion/Flugblatt-Aufruf/KPD-Stand.

- b) nach innen: 1. Frauenkonferenz der KPD; 3 Frauentreffen Nord-Mitte-Süd/Frauen in der Partei; Seminar § 218; Seminar gewerkschaftliche Frauenarbeit gemeinsam von GIM/RGO/KPD; Seminar Frau und Familie im Sozialismus; Diskussion um Frauenpositionen im Programmwurf und Quotierung; Go-in ZK bei Diskussion Frauenanträge Programmwurf und Quotierung.

RM: Nach zwei von der Frauenabteilung gemachten Frauenseiten im RM stellte sich heraus, daß der Aufwand gemessen an unseren Kräften von der Frauenabteilung nicht zu leisten war. Danach kam der Antrag an die RM-Redaktion und ZK, den 8.-März-RM mit mindestens 1/2 der Artikel von und zu Frauen zu erstellen. In der folgenden Zeit wurden neben den Artikeln der RM-Redaktion nur noch einzelne Artikel von Genossinnen veröffentlicht.

Bei einer besseren finanziellen Lage der Partei, hätten wir die Freistellung einer Genossin für Frauenfragen beantragt. Politisch halten wir dies für angemessen.

Die Diskussionen im Zentralkomitee über Frauenpolitik fanden kaum statt — mit Ausnahme zum Programm und Quotierung.

Jugend

Dieser Teil des Tätigkeitsberichtes behandelt die Jugendpolitik bzw. Jugendarbeit der KPD im Berichtszeitraum. Er geht nicht genauer auf die Entwicklung der KJD ein. Darüber hat die KJD als selbständige Organisation auf ihren Kongressen diskutiert und Rechenschaft abgelegt.

- Dezember 83: Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche. Das ZK beschließt, daß auch ein spezielles Jugendflugblatt erscheinen soll. Das Flugblatt erscheint als KJD-Faltblatt in einer Auflage von 10000 Exemplaren.
- Januar 84: Das Politbüro beschließt regelmäßig auf seinen Sitzungen über die Arbeit der Abteilungen beim ZK zu sprechen. Die Arbeit der Zentralen Jugendabteilung soll alle zwei Monate besprochen werden.

- März 84: Das Plenum des ZK befaßt sich mit der Parteitage resolution zur Jugendarbeit der KPD, die auf dem V. Parteitag nicht mehr diskutiert und verabschiedet werden konnte. Obwohl es an der Resolution eine Reihe von Kritiken gibt — moralischer Appell an die Partei, es werden keine konkreten politischen Ansatzpunkte zur Entwicklung der Jugendpolitik aufgezeigt — wird die Resolution ohne Änderungen verabschiedet.

- April 84: Das Politbüro diskutiert den Aufruf zum VII. Internationalen Jugendlager in Columbien und beschließt ihn nicht zu unterstützen. Die Entsendung einer Delegation wird begrüßt, vorausgesetzt es finden sich Gen., die die Flugkosten selbst tragen können.

Das Politbüro diskutiert über die Verweigerungskampagne der Friedensbewegung und beschließt sie nicht zu unterstützen (siehe Teil: Frieden). Auf Antrag der ZJA wird auch über die Kampagne des DFG/VK zur Kriegsdienstverweigerung diskutiert. Die KPD hält an ihrer Auffassung fest, daß die Verweigerung des Wehrdienstes zweifellos eine Form der Opposition gegen den Militärdienst ist, die jedoch im Gegensatz zu der Auffassung über die Notwendigkeit einer direkten antimilitaristischen Arbeit innerhalb der Bundeswehr steht, diese schwächt. — Die KJD organisiert in Düsseldorf eine Diskussionsveranstaltung mit Vertretern der DFG/VK, der Holländischen Soldatengewerkschaft (VVD) und dem „Soldatenaufruf“ zu der Frage: „Verweigerung oder antimilitaristische Arbeit in der Bundeswehr?“

August/September 84: Politbüro und Zentralkomitee diskutieren über die sich dramatisch zuspitzende Situation auf dem Lehrstellenmarkt. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit waren zu diesem Zeitpunkt 65000 Jugendliche noch nicht in ein Ausbildungsverhältnis vermittelt. Der DGB veranschlagte die fehlenden Ausbildungsplätze 1984 mit 200000.

Das ZK kritisiert die Vernachlässigung dieses Problems in der KPD und im Jugendverband. Schwerpunkt des Eingreifens soll die Forderung nach einer Ausbildungsverpflichtung für die Großbetriebe sein. Die Tatsache, daß die Großbetriebe am wenigsten tun um Ausbildungsplätze zu schaffen, stößt in der Öffentlichkeit auf allgemeine Empörung und an dieser Forderung, gerichtet auf ausgewählte Zielbetriebe, sind nach Einschätzung des ZK, für KPD und KJD am leichtesten Aktivitäten möglich. Es werden für Jan./Febr. 85 gezielte Aktionen von KPD und KJD für auszuwählende Großbetriebe beschlossen. Als kurzfristige Maßnahme wird ein Flugblatt der KPD beschlossen, das aber nicht erscheint. Dafür wird Flugblatt und Plakat der KJD zur Jugendarbeitslosigkeit vertrieben.

In den Bezirken Schleswig-Holstein, Hamburg, Westberlin, Ruhr und Rheinland diskutiert die KJD mit den Leitungen bzw. Betriebszellen der Partei über Möglichkeiten gemeinsamer Aktivitäten. Zu einem positiven Ergebnis führen diese Gespräche allerdings nur in Dortmund (Hoesch) und Köln (Ford). Für diese beiden Betriebe diskutieren die Parteibetriebszellen und KJD-Gruppen gemeinsame Aktionen der KJD-Gruppen. Im April/Mai 85

finden diese Aktionen — „Kommando jetzt wird wieder in die Hände gespußt“ — in Dortmund, Köln und Duren statt. Zu Initiativen der Betriebsräte kommt es nicht. In keinem Fall wurde die Jugendarbeitslosigkeit im konkreten Zusammenhang mit der Ausbildungsplatz-Situation in dem jeweiligen Großbetrieb, in den Betriebszeitleitungen aufgegriffen.

Die KJD in NRW beschließt auf einem regionalen Seminar die Unterschriftensammlung der DGB-Jugend „Wer nicht ausbildet soll zahlen“, zu unterstützen. In den Orten Münster und Leverkusen setzt sich die KJD für ein überbetriebliches Ausbildungszentrum ein. In Leverkusen wird dazu ein Bürgerantrag gestellt. In der KJD wird an dieser Aktion kritisiert, daß sie vom ZK der KPD auch für die KJD, ohne vorher mit den KJD-Gruppen zu diskutieren, beschlossen wurde.

Die KJD-Aktivitäten in dieser Aktion können insgesamt als positiv bewertet werden. Es hat sich bewährt, die fehlenden Ausbildungsplätze gegen die hohen Vorstandsgehälter aufzurechnen (Steckbrief „Gesucht“ weil so für Jugendliche deutlich wurde, daß Geld für Ausbildungsplätze durchaus vorhanden ist. Das Experiment, die Betriebszellen zu einem stärkeren Engagement zur Jugendarbeitslosigkeit zu bewegen, ist nicht gelungen. Es scheiterte vor allem daran, daß die Betriebszellen in ihren Betriebsräten und Vertrauensleutkörpern keine ausreichende Unterstützung für die Forderung nach einer Ausbildungsverpflichtung und mehr Ausbildungsplätze im eigenen Betrieb sahen.

Oktober 84: Das Zentralkomitee diskutiert über die Jugendarbeit, dazu ist das Sek. der KJD eingeladen. Es liegt ein Papier der Jugendabteilung vor, in dem eine stärkere Orientierung der Jugendarbeit auf soziale Fragen (Jugendarbeitslosigkeit) und die Gewerkschaftsjugend gefordert wird und als eine Gefahr der Einfluß „alternativer oder autonomer Ideologie“ bezeichnet wird. Die Gegenposition dazu formulierte A. aus Leverkusen, der vor allem extreme Mängel in der Arbeit der ZL der KJD sieht, die Abschaffung der ZL und Ersetzung durch ein neues Organisationsmodell, das stärker die Gruppen mit einbezieht, fordert.

Die insgesamt sehr konfuse Diskussion führt zu keinem klaren Ergebnis. Das Zentralkomitee begrüßt es nur ganz allgemein, daß der Jugendverband sich stärker um soziale Fragen kümmern will und bezieht zu den übrigen Fragen keine Position.

Februar/März 85: Das PB und ZK diskutieren über die inhaltliche Vorbereitung des IV. KJD-Kongresses. Von der ZJA werden drei Fragen zur Diskussion gestellt: 1. Vereinigung mit der RSJ Roter Maulwurf, 2. Unabhängiger Jugendverband, 3. Selbstbestimmungsrecht der Jugend. Zur Frage der Vereinigung von KJD und RSJ Roter Maulwurf wird im Politbüro diskutiert, daß die Vereinigung nicht unabhängig von dem Vereinigungsprozeß zwischen KPD und GIM angestrebt werden soll. Zu den beiden übrigen Fragen erscheint ein Artikel im „Kommunist“ und „Rundbrief der KJD“. Das ZK unterstützt die allgemeine politische Orientierung.

Anfang Juni 85 findet der IV. KJD-Kongreß statt. Er wird überschattet von der Parteiauseinandersetzung mit der Fraktion. Ein Teil der Hamburger KJD-Gruppe (alles Parteigen., die zur Fraktion gegangen sind) fordert, das „Kampfprogramm der Roten Garde“ als Diskussionsgrundlage für die weitere Arbeit zu nehmen. Sie behaupten die ZL der KJD hätte im Einklang mit dem ZK der KPD die „marxistisch-leninistischen Grundsätze über Bord geworfen“. „Die ganzen Bestrebungen der ZL laufen darauf hinaus, sich der spontanen Jugendbewegung zu unterwerfen“. „Das Selbstbestimmungsrecht der Jugend ist in Wahrheit nichts anderes als eine kleinbürgerliche Strömung innerhalb des kapitalistischen Systems: Es ist die Parole der Anarchisten, die die Freiheit des einzelnen propagieren...“ Der Jugendverband muß der Jugendverband der Partei sein, seine Aufgabe besteht darin, die Jugendlichen politisch und moralisch an die Partei heranzuführen.

Die Positionen der Hamburger Gen. finden auf dem Kongreß keine Unterstützung. Andererseits zeigt sich aber, daß insbesondere für die Gen. der Partei, die in der KJD arbeiten, die Zeit zu kurz war, die neuen Überlegungen zur Jugendarbeit zu diskutieren. So schafft es der KJD-Kongreß nur den Tätigkeitsbericht zu beraten, eine Resolution zur Jugendarbeitslosigkeit zu verabschieden und eine neue Leitung zu wählen. Alle übrigen Entscheidungen (Unabhängiger Jugendverband, Programm- und Satzungsfragen) müssen auf einen Sonderkongreß vertagt werden.

Inzwischen sind von Genossinnen und Genossen der ZL „20 Thesen zur Diskussion über ein neues Konzept revolutionär-sozialistischer Jugendarbeit“ erstellt und im RM veröffentlicht worden. Im ZK und PB war es aus Zeitgründen (Vorbereitung des Sonder- und ordentlichen Parteitag) nicht möglich, diese Thesen inhaltlich ausführlicher zu diskutieren. Das ZK unterstützt die Denkrichtung bezüglich des Strebens der Jugend nach Selbstbestimmung, kritisiert aber das Fehlen konkreter Ansatzpunkte für die Entwicklung politischer Aktivitäten der KPD und der KJD.

Alles über LENIN!



Alles von Lenin, die Gesamtausgabe, das war eines unserer ersten Angebote im Büchermarkt. Jetzt (fast) alles über Lenin. Sieben Bücher, folgende Titel: **Wolodja, unser Bruder und Genosse**, Erinnerungen der Geschwister W.I. Lenins, 295 Seiten, mit schönen Illustrationen. **Absender: W.I. Uljanow**, Briefe W.I. Lenins an seine Mutter, 184 Seiten, **Lenin und Gorki**, Eine Freundschaft in Dokumenten, 580 Seiten. Ln, mit dem Briefwechsel Lenin/Gorki, allen Schriften Lenins über Gorki und Gorki über Lenin sowie Erinnerungen Dritter an diese Freundschaft. Maurice Pianzola: **Lenin in der Schweiz**, 159 Seiten mit Bildmaterial. **Unvergesslicher Lenin**, Erinnerungen deutscher Genossen, 207 Seiten; 38 deutsche Genossinnen und Genossen berichten über ihre Begegnungen mit Lenin. **Sprache und Stil Lenins**, sechs Analysen sowjetischer Literaturwissenschaftler zeigen an Sprache und Stil Lenins, daß die Veränderung der ökonomischen Verhältnisse auch eine veränderte Sprache mit sich bringen muß. Hanser TB, 177 Seiten. Dazu den Nachdruck der ersten „offiziellen“ Lenin-Biographie: **Lenin, Leben und Werk**, 1924 erstmals in deutsch erschienen, Nachdruck des VKT von '71, 208 Seiten mit vielen Bildern. Alle sieben Bände über Lenin, 1810 Seiten, das Angebot.

nur DM 30,—

VIER für FÜNF

Vier wichtige Taschenbücher zu je fünf Mark:

• **Nachrichten vom Zustand des Landes**. Westdeutsche Autoren wie Chotjewitz, v.d. Grün, Hochhuth, Zahl und viele andere äußern sich zur Republik nach dem „Deutschen Herbst“ (Fischer boot) 287 Seiten.

• **Georg v. Rauch-Haus Kämpfen Lernen Leben**. Das Georg v. Rauch-Haus in Westberlin stand für eine Bewegung. Die Bewohner selbst haben ein Buch gemacht mit Darstellungen ihres Alltags, ihrer Probleme, ihrer Perspektiven, „Die haben Angst vor uns, weil wir keine Angst mehr vor ihnen haben“, heißt es da. Über 250 Seiten starke Dokumentation, eine Seltenheit!

• **Freisprüche — Revolutionäre vor Gericht**, H. M. Enzensberger hat auf fast 500 Seiten zusammengetragen, wie sich Revolutionäre vor Gericht äußerten. Ob Babeuf, Blanqui, Bakunin, Marx, Luxemburg, Levine, Dimitroff oder Fidel Castro — die Geschichte hat sie von den Vorwürfen der Gerichte freigesprochen.

nur DM 20,—

BÜCHERMARKT

• Leider noch immer aktuell. Das **Schwarzbuch Franz Josef Strauß**. Wir bieten an, die erste unzensurierte Auflage des Buches, das einen ausführlichen politischen Lebenslauf und eine ausführliche Dokumentation der Strauß'schen Politik und Ansichten bietet. Kiepenheuer & Witsch, pocket 42, 120 Seiten. Jedes dieser Bücher

nur DM 5,—

Kunst und Revolte

Der Mai '68 erschütterte nicht nur Frankreich. Diese wichtige politische Bewegung hat zumindest in ganz Westeuropa Spuren hinterlassen. Wie sich der Aufstand der französischen Studenten im politischen Plakat ausdrückte, dokumentiert ein Band aus dem Kölner Kunstverlag DuMont. Neben ausführlichen, informativen Texten enthält das Buch viele (auch farbige) Nachdrucke von Flugblättern und Plakaten, und einen ausführlichen Fototeil mit Aufnahmen aus den Mai- und Juni-tagen '68 in Paris. Nicht nur ein „historisches“ Dokument, sondern auch beispielhaft und ideenreich für Plakat- und Flugblattdesigner. **Kunst und Revolte**, Louis F. Peters, DuMont Aktuell, 151 Seiten

nur DM 10,—



Im Internationalen Arbeiter Verlag, Berlin erschien 1929 die „Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution“. Dieses außergewöhnliche Buch, gestaltet von John Heartfield, herausgegeben unter Mitwirkung fast aller bekannten Kommunisten der damaligen Zeit schildert in Wort und Bild, in Kommentar und Dokumentation die Geschichte der deutschen Revolution von den Bauernkriegen bis zum Jahre 1920. Der Jammer deutscher Vergangenheit / Das imperialistische Deutschland / Der Weltkrieg / Der Zusammenbruch / Revolution oder Kontinuität / die Ära Noske / Ordnung herrscht in Deutschland / Der Kapp-Putsch — das sind die großen Kapitel des Buches, das auch noch eine ausführliche Chronik und ein Personenregister enthält. Das 21/30 cm große Buch, 528 Seiten dick bieten wir in einem sauber gemachten Reprint des Verlages Neue Kritik aus dem Jahre 1968 an, und zwar für

Weil's so schön war, bzw. ein so großer Erfolg, kommt der Büchermarkt noch mal wieder. Wenn vom Weihnachtsgeld noch was übrig ist, hier gibt's günstige Gelegenheiten, auch die Reste zu verbraten. Letzte Angebote aus Spenden, Rezensionsexemplaren, Doppel- und Dreifachausgaben aus unserer Bibliothek. Dazu noch modernes Antiquariat aus dem Vertrieb des RM-Verlages.

Und so wird bestellt:

Alle Bücher, alle Angebote, die mit einem Sternchen (*) versehen sind, gibt es nur einmal oder zweimal. Um Mehrfachbestellungen und damit eventuell große Traurigkeit bei den zu spät kommenden zu vermeiden unser Weg: **Anrufen — nachfragen, ob das Buch noch zu haben ist, reservieren lassen und der Versand kommt in die Gänge**, sowie Eure Kohle eingetroffen ist. Bei mehreren Exemplaren und Restauflagen läuft der Versand in der Reihenfolge des Eingangs der Bestellungen. Und bitte: keine Bestellungen unter 10,— DM — das ist für niemanden ein Vorteil.

Daher ganz wichtig: Telefon RM-Verlag: (0231) 433691 oder 92, Werktags von 9 - 18 Uhr.

Bestelladresse: RM-Verlag, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30

Für Schecks und Überweisungen: Verlag RM, Stadtparkasse Dortmund, Kto.-Nr. 321 000 290 (BLZ 440 501 99) Postscheckkonto Dortmund 79 600-461



Theophile Alexandre Steinlen (1859 - 1923) ist ein zu Unrecht relativ unbekannter Künstler, dessen Werk 1978 in einer großen Ausstellung in Westberlin gezeigt wurde. Der zu dieser Ausstellung erschienene Katalog ist viel mehr als nur ein Ausstellungsführer. Auf 400 großformatigen Seiten werden nicht nur sehr gute farbige und s/w-Reproduktionen seiner Arbeiten gezeigt, sondern das Leben des Künstlers auch anhand eines zeitgeschichtlichen Überblicks mit vielen Fotos und Dokumenten geschildert. Ein Schweizer Kunsthistoriker: „Steinlen hat sein ganzes Leben lang das Wort, den Pinsel und die Zeichnung benutzt, um in aufregender oder auch in satirischer Weise den Entertainer und Unterprivilegierten beizustehen. Großzügig und von brüderlicher Menschlichkeit erfüllt war er im Zeitalter tiefgreifendster sozialer Umwälzungen ein Pionier im Kampf für mehr Gerechtigkeit. Er war ein wirklicher Verfechter der Sache der Gleichheit und der Freiheit, des berechtigten Strebens jedes Menschen und jeden Volkes.“ — Überzeugt? Der Riesenwälzer über Steinlen kostet bei uns

nur DM 25,—

Who is who in Germany?

Hintergründe, Verbindungen, Beziehungen. Sie kann man erhellen, nachvollziehen, belegen mit folgenden Büchern: Zum einen „wer gehört zu wem“, einem Standardwerk, daß von der Commerzbank herausgegeben wird. Zwei Ausgaben bieten wir an, sie sind nicht ganz neu, aber die großen Veränderungen im Kapitalgeflecht sind ja bekannt, als Nachschlagewerk sind die Bände auch weiterhin brauchbar. Jeweils über 1000 Seiten Informationsmaterial über die Verbindungen des Kapitals untereinander, die Ausgaben von 1977 und 1979 gibt es bei uns für jeweils

nur DM 5,—



Über 1200 Seiten stark und Groß wie ein Telefonbuch ist die '75er Ausgabe von „WER IST? WER?“. Hier versammelt, die biographischen Angaben von „mehr als dreißigtausend Persönlichkeiten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlins“, so der Verlag. Von Adressen, Lebensdaten, Ausbildung, Ämtern und Berufen ist alles bei den Angaben vertreten. Nicht mehr die neueste Ausgabe, dafür aber die billigste, die es je gab; alle Daten werden schutzlos dem Markt preisgegeben, das dicke Buch für

nur DM 15,—



Nein, es geht nicht um den Verfassungsschutz, VS steht für Verband deutscher Schriftsteller und die drei hier angebotenen Bände enthalten wichtige Beiträge aller wichtigen Mitglieder des VS zum politischen Standort des VS, zu aktuellen politischen Fragen, zur sozialen Lage der Schriftsteller, zu Zensur und vielen anderen Dingen. Die Beiträge umfassen Gedichte von Satiren, Collagen, Essays, erzählende Prosa und Reden. Von Bernt Engelmann herausgegeben, bieten sie ein dichtes Bild des VS Ende der 70er Jahre. 3 TB's zusammen 861 Seiten und

nur DM 10,—

GEGEN GEBOT

Komplette gebundene Jahrgänge der Zeitschrift der IG Metall: „Metall“. Und zwar die hochinteressantesten Jahrgänge 1957, 1960, 61, 62, 63, 64. Wer meint, da war ja doch nichts los, der irrt sich. Einige zufällig herangezogene Themen: Der Kampf um Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, der lange Streik in Schleswig-Holstein, der Kampf um die 41 1/2- und die 40-Stunden-Woche, der Kampf um Urlaubsgeld. Dazu berichtete Metall über die Lage in Bonn, der Kalte Krieg war noch ganz schön heiß, der Auswärtigenprozeß begann, die Fußball-Bundesliga startete — alles Themen der „Metall“. Neben vielen Informationen über die Lage und den Kampf der Metaller atmen die Bände auch ein bißchen den Geist der späten fünfziger und frühen 60er Jahre: Der Ton gegenüber der DDR — nicht zum aushalten, die Frauenseiten enthielten Themen wie z.B.: **Mode- und Schneidertips**. Was tun gegen Sommersprossen? Mehr Verstand im Einkaufsnetz. Reis, wie er auch Männern schmeckt! Nicht nur sowas, aber ziemlich viel davon, kann man nachlesen. Auch in der Jugendfrage ging es recht konservativ zu, auffällig allerdings das Engagement der IGM zum algerischen Befreiungskrieg.

Alles in allem: **Sechs Bände interessantes zeitgeschichtliches Material und nicht zuletzt: anhand der Metall-Zeitung von früher kann man endlich auch mal eine positive Entwicklung in der Republik feststellen — wenn man sich „metall“ heute anschaut. Das ist ja auch was wert. Mindestens die 15 DM pro Band (28/40 cm, mit geprägtem Leinenrücken und Jahresregister). Also, wer mindestens für das „Metall“-Paket 90 Mark bietet, kann es haben. Nichts wie ran ans Telefon.**

Massenweise Sonderpreise

Proletarische Laienlyrik 1914 bis 1945, 115 Seiten 1,— DM
Das kleine dicke Liederbuch, 800 Seiten 14,— DM
Roter Fels, Roman aus China, 500 Seiten 7,— DM
Erich Weinert, Bildbiographie, 152 Seiten 5,— DM
Brinker-Gabler, Frühe Texte — Frauen gegen den Krieg, 340 Seiten 6,— DM

Friedrich Wolf, Dramen, 6 Bände 15,— DM
Lessing, Werke, 5 Bände 15,— DM
Schiller, Don Carlos, Reclam 0,50 DM
Goethe, Campagne in Frankreich, Belagerung von Mainz 1,— DM
Goethe, Egmont, Reclam 0,20 DM
Heine, Band 4 6,— DM
G. Hauptmann, Bahnwärter Thiel, Reclam 0,20 DM

Albanische Literatur
Sterjo Spasse, Sie waren nicht allein, Roman, 356 Seiten 2,— DM
Landwirtschaft in der SVR Albanien 1,— DM

Biondi, Passavantis Rückkehr, 105 Seiten 5,— DM
Förderzentrum Jugend schreibt, Täglich eine Reise von der Türkei nach Deutschland, 115 Seiten 5,— DM
Yilmaz Güney, Süri Die Herde, 110 Seiten 9,— DM
Nazim Hikmet, Menschenlandschaften 3. Buch, 135 Seiten 7,— DM

Bücher der Friedensbewegung
Ulrich Albrecht, Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik, 193 Seiten 6,— DM
Studiengruppe Militärpolitik, Aufrüsten, um abzurüsten? 313 Seiten 5,— DM
Albertz, Bastian, Mechttersheimer u. a., Es geht ums Überleben 5,— DM
Nigel Calder, Atomares Schlachtfeld Europa 6,— DM

Lehrbuch der politischen Ökonomie, Band 1: Die bürgerliche Produktionsweise 14,80 DM
Band 2: Die sozialistische Produktionsweise 10,80 DM
Albanische Jugend — geboren und erzogen in der Revolution 2,— DM
Kalinin, Über kommunistische Erziehung 2,— DM
Berta Lask, Leuna 1921, Roman 3,50 DM

Dimitroff, der Held von Leipzig 3,50 DM
Erich Weinert, Camaradas 7,50 DM

Poster
Ernst Thälmann 60 x 85 cm 3,— DM
Aus Nicaragua 1. 1927 FSLN 1981 3,— DM
2. Sandino ayer, Sandino hoy, Sandino siempre 3,— DM
Arbeitsplätze statt Ausländerhetze 3,— DM
Poster der KJD: Wenn wir diese Typen enteignen 3,— DM
Laßt uns mit diesem Deutschen nicht allein 3,— DM
Poster der KPD: Laßt Euch nicht (Flick) verKOHlen 3,— DM
Alle Plakate Größe DIN A2, wenn nicht anders vermerkt.

Musikkassette „Schönes Land“ von Elbe 7,— DM

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

4600 Dortmund (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109 a, Tel.: (0231) 20931

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: (0203) 4430 14

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeiten zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen: Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 Kiel 1, KPD, Rendsburger Landstr. 9, Tel.: (0431) 6421 10, geöffnet: Di u. Fr 18 - 20 Uhr

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 2624388, geöffnet Mo u. Fr. 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr

KPD Saar: 6685 Helligewald, Kontaktadresse: E. Bittner, Waldwiesstr. 13

Sektion Westberlin: 1000 Berlin 44 (Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer Str. 18, Tel.: (030) 6228474